

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 22. April 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Dokumente sozialpolitischer Rückständigkeit.

Die Arbeiterschutzgesetzgebung ist trotz aller feierlichen Ankündigungen sozialpolitischer Gesetze in den ersten Anfängen stecken geblieben, und nur die allerkrasseste Ausbeutung der Arbeitskraft ist durch Schutzgesetze hintangehalten. Aber selbst diesen geringen Anfängen eines Arbeiterschutzes steht in vielen Fällen das Unternehmertum feindlich gegenüber. So finden wir denn auch im Jahresbericht der kgl. preussischen Gewerbeämter für 1907 an verschiedenen Stellen die Klagen der Richterämter, daß Differenzen mit Unternehmern entstanden, weil die Gewerbeämter die Einhaltung der Arbeiterschutzvorschriften verlangten. Für die Arbeiterschaft ist der beste Arbeiterschutz ein freies Koalitionsrecht, und die gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen werden am ehesten dort eingehalten, wo eine starke gewerkschaftliche Organisation dem einzelnen Arbeiter einen Rückhalt gegen übermäßige Ausbeutung bietet.

Trotzdem die einzelnen Berichte bekanntlich durch die Zentralinstanz sorgfältig durchgesehen und zensiert werden, finden wir doch hier und da Stellen, die von einigem Verständnis für die Notwendigkeit der Organisation und der damit verbundenen geistigen und sittlichen Hebung der Arbeiterschaft zeugen. So erkennt der Richterämter für den Landespolizeibezirk Berlin ausdrücklich an, daß die eingelaufenen Schreiben in der Form im allgemeinen sachlich und höflich waren und daß in dieser Beziehung namentlich die Organisationen und Gewerkschaftskommissionen mit gutem Beispiel vorangehen.

Wenn wir im folgenden den Bericht für den Landespolizeibezirk Berlin in großen Zügen besprechen, so müssen wir mit Bedauern feststellen, daß die Zahl der Revisionen von 11371 in 1906 auf 11142 in 1907 heruntergegangen ist, trotzdem die Zahl der Fabrikbetriebe sich im gleichen Zeitraum um 1671 vermehrt hat. Wie notwendig aber eine dauernde und uneingeschränkte Kontrolle der Betriebe ist, lehrt die Tatsache, daß in 59 ermittelten Fällen die Profitgier die Unternehmer veranlaßte, die doch nur auf das allernotwendigste Maß beschränkte Kinderschutzgesetzgebung zu durchbrechen. Es wurde in mehreren Fällen ermittelt, daß Kinder — darunter solche von fünf und sechs Jahren — ihre gewerbliche Tätigkeit regelmäßig schon gegen 5 Uhr morgens aufnehmen mußten! Lächerlich gering sind die Strafen, die wegen solcher barbarischer Ausbeutung des kindlichen Körpers verhängt wurden. Sieht ein Arbeiter einen Streifbrecher scheel an und nennt er ihn gar beim richtigen Namen, so sind ihm einige Wochen oder gar Monate Gefängnis sicher; preßt aber ein rücksichtsloser und brutaler Unternehmer dem Kinde das Mark aus den Knochen, dann werden, wie der Bericht feststellt, 1—30 Mark Geldstrafe verhängt! Als ob nicht das Vielfache dieser Strafe schon längst durch die Uebertretung der Schutzgesetze verdient ist, ehe es überhaupt zu einer Verurteilung kommt.

Nicht weniger schlimm sieht es mit der ungesetzlichen Beschäftigung jugendlicher Arbeiter von 14—16 Jahren aus. Auch in dieser Gruppe bewegen sich die verhängten Strafen in niedrigen Grenzen. Mit 5—75 M. mußten die betroffenen Unternehmer ihre Profitgier „büßen“. So wurde beispielsweise zu der Höchststrafe ein Druckereibesitzer verurteilt, weil er jugendliche Arbeiter wiederholt 11 1/2 Stunden, einmal sogar bis nach 1/2 1 Uhr beschäftigte. Wie wenig einzelnen Unternehmern an Leben und Gesundheit der beschäftigten Arbeiter liegt, lehrt die Tatsache, daß in einigen Fällen die Wartung von Dampfmaschinen durch jugendliche Arbeiter inhibiert werden mußte! Willige Arbeitskraft ist das Ideal vieler Unternehmer, und so sehen wir denn in einer Tischfabrik fast alle Holzbearbeitungsmaschinen von jugendlichen Arbeitern besetzt, deren Beaufsichtigung durch einen Erwachsenen und einen achtzehnjährigen Arbeiter erfolgt.

Die moderne Technik mit ihrer Zellarbeit gibt den Unternehmern die Möglichkeit, an Stelle der etwas teureren männlichen Arbeitskraft weibliche Arbeiter einzustellen. Von Jahr zu Jahr wächst denn auch die Zahl der Arbeiterinnen in den Fabriken. Die bestehenden Schutzvorschriften für Arbeiterinnen werden überschritten, weiß doch der Unternehmer, daß nur geringfügige Strafen seiner warten. Der Bericht konstatiert Verstöße gegen die Vorschriften über die Dauer der Arbeitszeit besonders zahlreich in Druckereien und Konfektionswerkstätten. Wie wenig sich einzelne Unternehmer um die gesetzlichen Bestimmungen scheeren, lehrt die Tatsache, daß ein Druckereibesitzer in seiner Arbeitsordnung für die Nachtarbeit seiner weiblichen Arbeiterinnen einen erhöhten Stundenlohn vorgesehen hatte, trotzdem in solchen Betrieben Nachtarbeit weiblicher Arbeitskräfte gesetzlich verboten ist.

Die Durchlöcherung des Gesetzes durch besondere Ausnahmebestimmungen gibt den Unternehmern die Möglichkeit, in besonderen Fällen die Arbeitskraft der Arbeiterin in erhöhtem Maße auszunutzen. Der Bericht konstatiert denn auch, daß besonders in der Konfektionsindustrie vielfach die Ausnahmebestimmungen voll ausgenutzt werden. Die Kontrolle

darüber wurde dadurch noch besonders erschwert, daß die ausgehängten Verzeichnisse teilweise durch neue ersetzt waren, daß in anderen die Lage, an denen länger gearbeitet werden durfte, nicht eingetragen wurden oder daß gar die Unternehmerrückstellungen begingen, indem sie die Eintragungen wegradierten. Der Bericht über die Gruppe der männlichen Arbeiter zeigt, daß die absteigende Konjunktur die männlichen Arbeiter zuerst und am schärfsten trifft. Während noch im vorigen Jahre in den der Gewerbeinspektion unterstellten Betrieben eine Zunahme der Arbeiter um 16318 gezählt wurde, war es im vergangenen Jahre nur ein Mehr von 3423. Die Stöckungen und Abflauungen machten sich besonders in der Holzindustrie und im Baugewerbe bemerkbar. Die ganze Schwere der schlechten Konjunktur wird freilich erst im nächsten Berichtsjahre in die Erscheinung treten. Denn mit dem Ende des Jahres setzte, wie bekannt, die Arbeitslosigkeit in ihrer ganzen Schwere ein.

Ein sehr interessantes Dokument für die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit liefert der Richterämter, indem er feststellt, daß der Direktor einer Gasanstalt, der noch im Vorjahre ein Gegner der Achtstundenschicht war, jetzt zu einem unbedingten Anhänger der achtstündigen Arbeitszeit geworden ist. Wie dieser Direktor dem Gewerbeamt erklärte, hat er durch scharfe Beobachtung seiner Leute seine frühere Befürchtung, daß diese die vermehrte freie Zeit in wenig ersprießlicher Weise ausnützen würden, vollständig widerlegt gefunden. Die Arbeiter benützen ihre Zeit zu einer gesunden Erholung, und der Direktor erwartet, durch die achtstündige Arbeitszeit einen tüchtigen, zuverlässigen und dauernd leistungsfähigen Stamm von Arbeitern zu erhalten.

Zum Schluß des Berichts wird der Einfluß alkoholischer Getränke auf die Lebenshaltung der Arbeiter vorgeführt und ersichtlich gemacht, daß der Genuß alkoholischer Getränke im allgemeinen nachgelassen hat. In einzelnen Betrieben ist durch die Beschaffung billiger und warmer Getränke, z. B. Kaffee, Tee und Kakao, der Biergenuss ganz erheblich zurückgegangen. Der Branntweinengenuss hält sich in den Berliner Betrieben in engen Grenzen.

Den bisher ganz unzulänglichen Arbeiterschutz weiter auszugestalten, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Arbeiterbewegung. Nur durch starke Arbeiterorganisationen ist diese Aufgabe zu lösen.

Die liberalen Abgeordneten haben bei der Beratung des Reichsvereinsgesetzes gezeigt, wie wenig sie gewillt sind, die Interessen der gewerkschaftlichen Organisationen wahrzunehmen. Die kommenden Wahlen werden ihnen zeigen, daß man nicht ungestraft Volksinteressen verraten darf!

## Polen und Zentrum.

Das Wahlbündnis zwischen Polen und Zentrum ist perfekt, obwohl beide Verbündete öffentlich nicht gern davon sprechen. Daß sich die beiden arg verfeindeten Brüder so bald wieder gefunden, ist ein freilich ungewolltes Verdienst der „genialen“ Wilkowschen Blochpolitik. Wäre das Zentrum Regierungspartei geblieben und hätte es als solches die Polenpolitik Wilkows weiter fontenieren oder wenigstens wohlwollend dulden müssen, dann hätte von einer Verständigung oder gar von einem Bündnis zwischen Polen und Zentrum nicht die Rede sein können, trotzdem die Polen ebenso gute Söhne der katholischen Kirche sind, wie das Zentrumslente sein können. Jetzt aber ist das Zentrum wieder Oppositionspartei und kann eine Spitze riskieren, wenn es sich um die Verteilung des verfolgten polnischen Bruders handelt. In der Tat können sich die Polen nicht beklagen, das Zentrum hat seine Sache beim Enteignungsgesetz im Landtage wie beim Sprachenparagraphe im Reichstago gut und manchmal besser gemacht, wie die Polen selbst.

Aber ganz ungetrübte Freude über den neuen Herzogshund will doch bei keinem der beiden aufkommen. Das bis vor kurzem so regierungserfommene und auch jetzt jeden Augenblick wieder „regierungsfähige“ Zentrum ist in weiten Schichten seiner Anhänger „treudeutsch“, stramm „national“ geworden. Es empfindet daher die Intimität mit den „hochverräterischen“ Polen, besonders mit deren linkem Flügel, sehr peinlich. Das Verhalten der Kopp, Wallerstein und anderer hat das genugsam gezeigt und das heftige Widerstreben oberösterreichischer und anderer deutscher Zentrumslätter bei Erörterung der Bündnisfrage geht in gleicher Richtung. Nicht anders aber ist es bei den Polen. Freudig begrüßt wird die neue Situation freilich von den konservativen Elementen der Polenpartei, den polnischen Junkern und ihren Freunden und Parteigängern im Bürgertum. Diese waren im Herzen immer beim Zentrum und haben sich nur, der Not gehorchend, äußerlich von diesem ferngehalten, als die Stimmung des polnischen Volkes dem regierungsfreundlichen Zentrum immer feindlicher wurde.

Ganz anders bei den radikalen Elementen der Polenpartei. Sie haben jetzt seit Jahren das Zentrum als vollverräterisch, als reaktionär, als ärgste Feindin des polnischen Volkes dargestellt und wie die Reichstagswählerfolge zeigten, dafür nur zu guten Glauben gerade bei den proletarischen Schichten des Volkes gefunden. Nun aber müssen sie plötzlich ihre zu so guten Partnern des Zentrums erzogenen Parteigenossen diesem Zentrum als Wähler wieder zuführen. Vielleicht, ja sehr wahrscheinlich gelingt dies Stückchen den Herren angesichts der gegenwärtigen Situation noch leidlich. Freilich die besseren Elemente verlieren sie zum Teil schon jetzt und zwar an die Sozialdemokratie. Das hat bei der öffent-

lichen Stimmabgabe nicht viel zu sagen. Wie aber wird es bei den Reichstagswahlen werden? Kann und darf oder muß das konspromittierliche Bündnis da aufrecht erhalten werden? Und wenn nur das Zentrum wieder Regierungspartei wird, was doch nur eine Frage der Zeit ist? Da wächst den polnischen Nationaldemagogen das Gespinnst der Sozialdemokratie ins riesenhafte! Man glaubt nicht, welche lächerlich wirkende Angst vor der Sozialdemokratie die radikalen Polenführer und ihre Presse unausgesetzt zeigen, mit welcher wahnsünniger Mut sie diese bekämpfen, um jeden Preis, mit allen Mitteln giftiger Lüge und Verleumdung dem polnischen Volke zu vereteln suchen. Sie wissen — besser wie es die Sozialdemokratie bis jetzt selbst weiß — wie schwach ihre Herrschaft gegründet ist, wie bald auch das polnische Proletariat der Sozialdemokratie verfallen kann und wird. Und sie fürchten mit Recht, daß der Versuch, die polnischen Arbeiter jetzt wieder dem Zentrum zuzuführen, ihrer Herrschaft noch viel schneller wie im entwickelungsgemäßen Verlauf ein Ende machen könnte.

Innerhalb, für jetzt ist das Geschäft abgeschlossen, die radikalen Elemente konnten sich mit Erfolg nicht widersetzen, ohne eine Spaltung der Polenpartei herbeizuführen — und für den Augenblick ist das Geschäft auch kein schlechtes, weder für die Polen, noch für das Zentrum: die Polen werden mit Hilfe ihrer Verbündeten in Oberschlesien drei, vielleicht vier neue Landtagsmandate erlangen und zwar ganz sicher. Ebenso viele, vielleicht noch mehr Mandate kann das Zentrum mit Hilfe der Polen in Oberschlesien erlangen, wiewohl das nicht ebenso sicher ist, wie der Mandatgewinn der Polen. Außerdem aber werden die Polen auch in Rheinland-Westfalen ihrem Bundesgenossen wertvolle Unterstützung zukommen lassen.

Bei diesem Mandatgeschäft handelt es sich nicht um ein Tauschen oder gegenseitiges Abtreten von im Besitze der einen oder anderen der beiden Parteien befindlichen Mandate. Wenigstens in Oberschlesien geht es vielmehr um ein halbes Duzend Landtagsmandate, das gegenwärtig im Besitze der Nationalliberalen und Freikonservativen ist. Und auch in Rheinland-Westfalen dürfte ein Erfolg der Verbündeten nur auf Kosten der Nationalliberalen zustande kommen. Das erklärt denn auch den giftigen Spott, mit welchem die dreimal geeichten „Patrioten“ das Bündnis des „unnationalen“ Zentrums mit den „landesverräterischen“ Polen überschüttet. Kerger und Mut über den drohenden Mandatsverlust haben die „patriotische Entrüstung“ der Herren verursacht.

Für die Frage der Wahlrechtsreform im neuen Landtage, die uns vor allem interessiert, ist das Bündnis von Polen und Zentrum von keiner Bedeutung. Die polnischen Abgeordneten, im Reichstago wie im Landtage, standen schon bisher völlig im Wanne der zwei bedeutigen, volksverräterischen Zentrumspolitik, trotz gelegentlicher Bestimmung zwischen Zentrumsländer und Bruder Polak. Und so wird es bleiben — bis einmal das arbeitende polnische Volk genug hat von der nationalen Demagogie und in die Parlamente Vertreter seiner wirtschaftlichen und politischen Interessen schickt: Sozialdemokraten!

## Im Bunde mit den Wahlrechtsfeinden.

Die „Germania“ unternimmt den kampfhaftesten Versuch, das Zentrum von dem Makel zu reinigen, der wahlrechtsfeindlichsten Reaktion die schmutzigen Handlangerdienste zu leisten.

Das ultramontane Hauptorgan will beweisen, daß das Zentrum es mit seiner Forderung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts ehrlich meine. Und wie führt es diesen Beweis? Etwa durch den Hinweis auf eifrige parlamentarische und außerparlamentarische Aktionen des Zentrums für das Wahlrecht? Nein, das kann die „Germania“ nicht, denn eine Aktion zugunsten des allgemeinen und gleichen Wahlrechts hat das Zentrum seit 1873 nie mehr unternommen! Die „Germania“ versucht die angesichts der Haltung des Zentrums nur zu begreiflichen Zweifel an der Aufrichtigkeit seiner Freundschaft für das allgemeine und gleiche Landtagswahlrecht dadurch zu zerstreuen, daß sie nachzuweisen sucht, daß sich das Zentrum auch bei der Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen an Mandaten nicht schlechter stehen werde wie beim Dreiklassenwahlrecht.

Der Beweis hat ein großes Loch! Denn mit der Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen müßte selbstverständlich auch eine gleichmäßige Neueinteilung der Wahlkreise verbunden sein. Und auch dann, wenn das Zentrum selbst davon keinen Mandatsverlust zu befürchten hätte — das wirklich gleiche und allgemeine Wahlrecht würde die Rechte dezimieren und die Linke bedeutend stärken. Deshalb hat ja auch das Zentrum am 10. Januar 1908 gegen die Neueinteilung der Wahlkreise gestimmt, also für Aufrechterhaltung jenes ungeheuerlichen Zustandes, der das industrielle Proletariat noch mehr entrechtet, dafür den Konservativen ein noch größeres Uebergewicht verleiht!

Daß aber das Zentrum mit vollem Bewußtsein, mit wohlberedener Absicht gerade die Konservativen stärkt und schirmt, bewies ja die kürzlich vom „Vorwärts“ wiedergegebene Auslassung der Zentrumspresse, die empfahl, die Konservativen bei der Landtagswahl mit allen Kräften zu unterstützen, um eine freikonservativ (!) nationalliberal-freikonservativ-sozialdemokratische (!) Mehrheit zu verhindern. Das Motiv dieses Bündnisses mit der wahlrechtsfeindlichsten agrarischen Reaktion enthüllt die „M. d. L. Volksztg.“, der Ableger der „Germania“, in der Nr. 91 ganz offen mit den Worten:



Wenn wir den liberalen Parteien in die Hände arbeiten und mitwirken würden, daß der Liberalismus groß wird, dann würden wir ja selbst die Waffen schmieden, mit denen der Kampf gegen die christliche Schule zu unserem Nachteil geführt werden könnte. Die Erhaltung der christlichen Volkserziehung steht für uns in erster Linie.

Also das Wahlrecht ist dem Zentrum absolut gleichgültig! So gleichgültig, daß es den ebsartigsten Wahlrechtsgegnern in die Hände arbeitet, wenn dadurch nur die Verfassung der Schule sichergestellt ist!

Denn es ist ja hohles dummes Zeug, wenn das Blatt gleich darauf behauptet, das Zentrum sei gleichzeitig bemüht, auch noch eine aus Freisinnigen, Sozialdemokraten und Ultramontanen bestehende zweite Mehrheit für eine demokratische Wahlreform zustande zu bringen! Sagt doch die „Germania“ am gleichen Tage: „daß das Reichstagswahlrecht unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht zu erreichen ist, weiß jedes Kind“.

In der Tat, wenn das Eintreten des Zentrums für die Wahlreform in der Unterstützung der Konservativen besteht, ist das Reichstagswahlrecht natürlich nicht zu erreichen!

Das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht ist unter solchen Umständen nur dann zu erreichen, wenn die gesonderten, entrechteten Wählermassen endlich über die schamlosen Verrätereien des Zentrums nicht weniger als des Freisinnigen aufgeklärt und zum gemeinsamen proletarischen Wahlkampf und Wahlrechtskampf vereinigt werden!

## Das Weingelesetz.

Der „Reichsanzeiger“ hat den Entwurf eines neuen Weingesetzes veröffentlicht, durch das den Klagen der Winger über die Konkurrenz, die ihren Erzeugnissen aus den Weinsäulungen erwächst, abgeholfen werden soll. Eine erschöpfende Regelung der Materie bietet der Entwurf nicht, und vermag er schon deshalb nicht zu bieten, weil mit dem Fortschritt der Wissenschaft und der praktischen Erfahrung sich die Frage, welche Stoffe zur Weinbereitung unentbehrlich sind und wie sie die Zusammensetzung des Weins beeinflussen, ständig verhält. So hat denn auch der Gesetzentwurf die Frage, ob der Zuderzusatz gestattet sein soll und in welchem Maße, in einer sehr milden Weise entschieden. Bei ungenügender Reife der Trauben darf dem Traubenmost oder dem Weine bei Herstellung von Rotwein, sowie auch der vollen Traubenmaine so viel Zuder oder Zuderwasser zugesetzt werden als erforderlich ist, um Wein zu erzielen, der noch seinem Gehalt an Alkohol und Säure dem aus Trauben gleicher Art und Herkunft in Jahren der Reife ohne Zusatz erhaltenen Weine entspricht. Der Zusatz an Zuderwasser darf jedoch in keinem Falle mehr als ein Fünftel des in die Mischung gelangenden Mostes oder Weines betragen. Die Zuderung darf nur innerhalb des Weinbaugebietes vorgenommen werden, aus dem die Trauben stammen, und ferner soll die Zuderung nur in der Zeit vom Beginne der Weinlese bis zum Schluß des Kalenderjahres stattfinden.

Diese Bestimmungen sind im eigenen Interesse der Winger aufgenommen; denn würde der Zuderzusatz überhaupt verboten, so würden dadurch in schlechten Erntejahren die Winger selbst am schwersten getroffen. Sie müßten dann ihren Most einfach fortschütten oder zur Essigsäurefabrikation verwenden.

Ausgenommen von den Bestimmungen über den Zuderzusatz ist natürlich die Herstellung von Wein zur Schaumweinbereitung und die Umgärung kranken Weines.

Das Verschneiden (Vermengen) der Weine ist gestattet, auch der Rotweinschnitt. Ein Schnitt von Weißwein mit Dessertwein (Süßsüßwein) darf jedoch nicht stattfinden. Wein nachzumachen wird durch den § 7 des Entwurfs gänzlich verboten; doch fällt unter dieses Verbot nicht die Herstellung von dem Weine ähnlichen Getränken aus Frucht- oder Pflanzensaften, wenn solche Fruchtweine im Verkehr mit solchen Verbindungen bezeichnet werden, die die Säfte kennzeichnen, aus denen sie hergestellt sind.

Reinbranntwein, dessen Alkohol nicht ausschließlich aus Wein gewonnen ist, darf im geschäftlichen Verkehr nicht als Cognac bezeichnet werden. Eine Mischung von Cognac mit Alkohol anderen Ursprungs darf als Cognacverschnitt bezeichnet werden. Ferner muß jeder Cognac, der in Flaschen verkauft wird, eine Bezeichnung tragen, welche das Land erkennbar macht, wo er für den Verbrauch fertiggestellt worden ist.

## Aus dem Wahlkampf.

### Ein jungerlicher Wahlrechtswitz.

Einen echten dreisten Jungerwitz leistet sich Graf Rauhau-Astorff in der „Deutschen Tages-Zeitung“. Der wadere Junker erklärt sich nicht nur gegen jede Verbesserung des elendesten aller Wahlsysteme, sondern er macht sogar Vorschläge, wie das Dreiklassenwahlrecht noch verschlechtert werden könne. Dieser Junker schwärmt natürlich für die ständische Wahl und empfiehlt deshalb, ein Drittel der Abgeordneten durch Landwirtschaftskammern, Handelskammern, Handwerkskammern und Arbeitskammern wählen zu lassen. Ein weiteres Drittel der Kammer möge aus Wahlen der Provinzial-Landtage hervorgehen — also der Wahl einer Körperschaft, die selbst wieder von Kreisvertretungen, den Repräsentanten der Bourgeoisie und hauptsächlich des Agrariertums, gewählt worden ist! Das letzte Drittel der Abgeordneten soll dann, so empfiehlt der hohle Junker, wie bisher nach dem Dreiklassenwahlrecht gewählt werden! Nur wenn es gar nicht anders geht, möge man es bei diesem letzten Drittel mit dem „Experiment“ einer „Annäherung (!) an das Reichstagswahlrecht“ versuchen.

Das Dertel-Organ erklärt in einer Fußnote zu diesem kostbaren Junkerwitz, daß es sich zwar mit den positiven Vorschlägen des Grafen Rauhau „nicht völlig unbedingtdenktifizieren“ möchte, aber den „interessanten und beachtenswerten Darlegungen gern Raum gewährt“ habe!

Und mit diesen Junkern geht der Freisinn im Mod-Gespann, mit diesen unverschämlichen Feinden der Volkserziehung empfiehlt die Zentrumspresse bei der Landtagswahl so häufig wie möglich gemeinsame Sache zu machen! —

### Die Hoffnung des Zentrums.

Die „Kölnische Volkszeitung“ stellt fest, daß in den letzten Wochen eine Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Konservativen und Zentrum eingetreten sei; in den Reden der konservativen Abgeordneten und den Artikeln der konservativen Presse komme das offen zum Ausdruck. Für eine aristokratisch-konservative Durchdringung des Volkes sei wohl erst die nächste Generation der Konservativen reif. Dagegen sei man im Zentrum heute schon so weit, daß man für ein Zusammengehen alles Verständnis habe:

„Zentrumswähler haben Freude von konservativen Mandaten gerettet. Wo aber geschah es umgekehrt? Die Konservativen müssen mehr mit dem sozialen und politischen Zentrumsgedanken durchdrungen werden, ehe dem christlich-konservativen Geiste die Herrschaft im Reiche zufällt.“

Das Zentrumblatt schließt mit dem Wunsche, daß sich in den konservativen Reihen die Erneuerung bald vollziehen möge — „zum Segen für Volk und Vaterland!“

Interessant ist das Geständnis, daß das Zentrum Duhende von konservativen Mandaten gerettet habe, womit das Zentrum zugestehet, daß es diejenige Partei gestärkt hat, die der wütendste Widersacher der preussischen Wahlreform ist. Man kann danach beurteilen, was es mit den Versicherungen des Zentrums auf sich hat. Im übrigen darf man hoffen, daß der nächsten Generation der Konservativen die Lust genommen sein wird, noch an die „Durchdringung des Volkes mit christlich-konservativem Geiste“ zu denken.

Die Urwahlen sind für Berlin wie folgt festgesetzt worden: Am 8. Juni wählt die zweite Wählerabteilung vormittags in den Stunden von 9 bis 12, die erste Wählerabteilung mittags von 1 bis 2 Uhr und die dritte Wählerabteilung nachmittags von 3 bis 8 Uhr.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. April 1908.

### Philipp von Eulenburg.

Der gestern in München verhandelte Harden-Prozess, über den wir an anderer Stelle berichtet, wird den politischen Freunden des Fürsten Philipp von Eulenburg, die nach seinen beiden Eiden ihn als den sitzereinen Ritter ohne Furcht und Tadel hinstellen, der sich nie homosexuelle Verfehlungen habe zuschulden kommen lassen, schwer in die Knochen fahren. Denn ist das richtig, was die Zeugen Kiedel und Ernst — der letztere erst nach scharfen Ermahnungen — im Münchener Gerichtssaal unter ihrem Eid über ihren geschlechtlichen Verkehr mit dem Fürsten Philipp von Eulenburg, diesem noch vor kurzem von seinen eigenen Standesgenossen als feinste Blüte des deutschen Adels gefeierten Hofsing und Diplomaten, ausgesagt haben, dann hat Fürst Phil. falsch geschworen, als er im Wilton-Brand-Prozess erklärte: „Ich habe mit niemals Handlungen gegen den § 175 zuschulden kommen lassen“, und als er im Prozess Harden schwur: „Ich habe niemals Schmutzereien getrieben.“ Oder wollen vielleicht die Edelsten der Nation, deren Presse nach den beiden Eiden mit pathetischer Entrüstung von niederträchtigen Anschuldigungen sprach, sich jetzt mit der Versicherung herausreden, derartige Handlungen, wie sie der Fürst von Eulenburg vorgenommen hat, seien gar keine Schmutzereien. Vielleicht finden sie auch darin nichts, daß sich der hochgeborene Herr Fürst mit einem Fischerknecht duzt!

Was nun, nachdem der Harden-Prozess ein für gewisse Kreise so bloßstellendes Nachspiel gehabt hat? Wird nun auch die Staatsanwaltschaft so besorgt um die deutsche Ehre einspringen, wie im Prozess Rottke-Harden, und gegen den Fürsten Phil. von Eulenburg die Meineidsklage erheben, oder wird sie gegen die Münchener Zeugen die Klage einleiten? Das eine oder das andere ist doch nur möglich.

Nach zu den Overtagen haben die konservativen Blätter über die Unfittlichkeit der unteren Volksschichten gezeckelt, und nun dieser Schlag, der den Hohenau und Lynar eine weitere Blüte des Hochadels hinzusetzt. Wer folgt? —

### Inkonsequenz!

Das „Berl. Tagebl.“ ist seit einiger Zeit den wunderlichsten politischen Schwankungen unterworfen. Es geißelte mit blutigem Hohn den Wahlrechtsverrat des Blockfreisinn, verurteilte gemeinsam mit den Barth und Breitscheid den Freisinn im Kampf für die Wahlrechtsreform vorwärts zu weisen, um dann den Strahldemonstrationen gegenüber eine so kleinlich philisterhafte Stellung einzunehmen, daß daran sogar zahlreiche seiner Leser Anstoß nahmen! Und jetzt ist dem Blatte, das die politische Korruption und Unzuverlässigkeit des Blockfreisinn in so zahlreichen Artikeln entlarvt und gebrandmarkt hat, seltsamerweise die sozialdemokratische Wahltaktik nicht recht. Zu unserem Aufruf, die Kaiserfeier zugleich zu einer imposanten Wahlrechtsdemonstration zu gestalten, bemerkt das Blatt:

„Im Rausch der wilden Phrasen vergißt der „Vorwärts“ nur eines: nämlich, daß die sozialdemokratische Wahltaktik, die er selbst vor kurzem verkündet hat, notgedrungen jener Volkserziehung Vorschub leisten muß.“

Daß die Sozialdemokratie dadurch der Volkserziehung Vorschub leistet, daß sie die Sorte Freisinn, die lieber bei konservativen Brotverkäufern und nationalliberalen Scharfmachern, als bei der Sozialdemokratie Nahrung im Wahlkampf sucht, ihrem Schicksal überläßt, ist eine Ansicht, die bei einem Biemer, Rugdan oder dem „Blockjüngling“ Decker begreiflich ist, beim „Berliner Tageblatt“ aber Kopfschütteln erregen muß.

Wenn das „Berl. Tagebl.“ meint, eine ernsthafte demokratische Partei könne sich dazu hergeben, einen Freisinn bedingungslos zu unterstützen, dessen ganze politische Tätigkeit während des letzten Jahres nichts als eine Reihe schamloser Verrätereien an der Demokratie, ja dem Liberalismus selbst gewesen ist — ja, wozu hat es denn selbst seit einem Jahre diesen Liberalismus so schonungslos bekämpft? Nur aus Lust an der Opposition, aus Freude an der journalistischen Sensation? Wenn aber die Kritik des Rosse-Blattes ernst gemeint war, wie kann es dann behaupten, daß es von irgendwelcher Bedeutung für die Wahlrechtsreform sei, ob ein paar Blockfreisinnige mehr oder weniger im Abgeordnetenhaus sitzen!

Das Rosse-Blatt sollte sich also hüten, im Stile der „Freis. Stg.“ die Sozialdemokratie anzugreifen, wenn es sich nicht dem Verdacht aussetzen will, selbst „im Rausche der wilden Phrasen“, statt aus ehrlichen politischen Motiven den Blockfreisinn bekämpft zu haben! —

### Arbeiter- und Agrarierinteressen im Zentrum.

Der Landtagswahlkreis Mülheim-Sieg-Wipperfurth war bisher durch zwei Juristen und einen Landwirt vertreten, die sämtlich dem Zentrum angehörten. Der Landwirt will nicht mehr kandidieren; man redet davon, daß an seine Stelle ein Arbeiterkandidat treten soll. Das bringt die zentrums-agrarische Rheinische Volksstimme“ auf die Weine. Das Blatt schreibt:

„Der Landwirt wird hinausmanduciert, der Arbeiter kommt hinein. Wie reinigt sich das zusammen mit den großen Läten, die immer von der Verächtlichmachung der Landwirte durch das Zentrum

geredet werden. Erst wird den Landwirten Honig um die Backen gestrichen und dann gibt's eine Ohrfeige drauf, daß ihnen Hören und Sehen vergeht. Wenn sie dann wieder zu sich kommen, sehen sie erst, daß sie neben dem Stuhle sitzen.“

Das Blatt schließt mit der Drohung, daß die Landwirte im genannten Wahlkreise das nicht länger mit ansehen würden; man verlange einen Abgeordneten, der von landwirtschaftlichen Fragen etwas verstehe und nicht umfalle, wenn seine städtischen Kollegen auf ihn einreden. Im übrigen brauche sich das Zentrum gar nicht zu wundern, wenn viele einflußreiche Landwirte von ihm abfallen und zum Bund der Landwirte oder zur Deutschen Vereinigung übergehen. Gerade die einsichtigen Landwirte durchschau das Spiel und tun nicht mehr mit.“ —

### Der Parteitag der Freisinnigen Vereinigung.

Unter Beteiligung von etwa 300 Delegierten aus ganz Deutschland trat heute nachmittag in der Frankfurter Loge der dritte Parteitag der Freisinnigen Vereinigung (Hauptversammlung des Wahlvereins der Liberalen) zusammen.

Generalsekretär Weinhausen erstattete den geschäftlichen Jahresbericht. Die Zahl der Parteimitglieder sind um 71 Proz., die der Parteimitglieder um 61 Proz. gestiegen. Ausgetreten seien in Bezug auf die Vorgänge vom 10. Januar und was damit zusammenhängt: 4 Mitglieder (Hört! hört!), jedoch seien 2 davon inzwischen wieder eingetreten. (Weiterkeit.) Bedauerlich sei, daß es noch Wahlkreise mit Reichs- und Landtagsabgeordneten gebe, in denen noch keine Parteiorganisation bestände. Die Partei sei überhaupt bei weitem nicht so gut organisiert wie sie hier und da erschiene. Die Anstellung von Parteisekretären sei sehr erschwert, weniger durch den Mangel an geeigneten Kräften als durch den Mangel an den nötigen Mitteln. Ueberhaupt sei die finanzielle Lage der Partei außerordentlich ungünstig, so daß sie den Wettbewerbs mit den anderen Parteien kaum aushalten könnte.

Den Rassenbericht erstattete Reichstagsabg. Kommissen. Die Einzelheiten sollen vertraulich bleiben, doch geht daraus hervor, daß die Partei nur mit Mühe die notwendigen Ausgaben gedeckt hat. Das sei keine gesunde Finanzwirtschaft. (Lebhaft Zustimmung.)

Zum politischen Jahresbericht nahm Reichstagsabgeordneter Schrader das Wort: Als der neue Reichstag zusammen trat, beschloßen die drei Parteien, eine Fraktionsgemeinschaft zu bilden, und gemeinsam Stellung zu nehmen zu den Regierungsvorlagen und zu den Anträgen aus dem Hause. Die Einigung der freisinnigen Parteien wurde keine vollständige, da die freisinnige Volkspartei verlangte, daß die Organisationen der drei Parteien in der bisherigen Weise fortbestehen und durch die Einigung nicht beeinflusst werden sollten. Das müßte zu Schwierigkeiten führen, die sich nachher auch gezeigt haben. Es ist schwer, wenn drei Parteien nebeneinander bestehen, Reibungen zu vermeiden. So hat man von vornherein Schwierigkeiten in die Einigung hineingelegt. (Sehr wahr!) In dem ersten Teile der Reichstagsession haben sie sich aber nicht sehr stark gezeigt. Der Reichskanzler hatte während des Wahlkampfes in Aussicht gestellt, daß der Liberalismus mehr berücksichtigt werden sollte. Infolgedessen erwarteten die drei freisinnigen Parteien einige liberale Vorlagen der Regierung. Der erste Reichstagsabschnitt brachte jedoch politisch keinen Ertrag. Wahrscheinlich wollte der Reichskanzler die Schwierigkeiten zunächst noch vermeiden. Für die zweite Reichstagsession entstand nun die große Frage: wie wird die Zukunft werden? Diese Frage hat die freisinnigen Wählerkreise mit steigender Lebhaftigkeit beschäftigt, namentlich nach zwei Richtungen hin. Daß in Preußen eine liberale Politik getrieben wurde, stand außer Zweifel. (Sehr wahr!) Eine Veränderung der preussischen Politik sollte dadurch zustande gebracht werden, daß verschiedene Minister, die man als Träger der reaktionären Politik ansah, beurlaubt werden sollten. Es hat lange gedauert, ehe etwas geschah. Was schließlich geschah, hat das nicht erfüllt, was wir erwarteten. (Lebhaft Zustimmung.) Graf Solodotoff wurde beurlaubt, ohne daß jemand wußte, weshalb. An seine Stelle trat der preussische Minister des Innern v. Weismann-Hollweg, für die Sozialpolitik ein unbeschriebenes Blatt. In das preussische Ministerium des Innern zog Herr v. Nolde ein, ein ganz unbeschriebenes Blatt, und in das Kultusministerium Herr Holle, das unbeschriebene Blatt. (Weiterkeit und Beifall. Zum: Jetzt ist er beschrieben.) Ja, jetzt wissen wir, daß Holle keine Veränderung der Studischen Politik bedeutet.

Dann die Wahlrechtsfrage.

So viel ich weiß, sind in Norderny sehr viele Liebesswürdigkeiten ausgetauscht worden, aber von einem politischen Programm war nicht die Rede. (Hört! hört!) So kam der Wiederzusammentritt des Reichstages und des preussischen Abgeordnetenhauses. Bei der Eröffnung des preussischen Abgeordnetenhauses hörten wir eine Thronrede, in der vom Liberalismus und vom Wahlrecht nicht die Rede war. Dem Reichstage gingen inzwischen die Novelle zum Vorkessgesetz und das Reichsvereinsgesetz zu, aber auch ein Etat mit ungeheuren Ausgaben, für deren Deckung nicht gesorgt war. Es wurde kein ernsthafter Versuch gemacht, die Mittel zu beschaffen. So viel ich weiß, ist in Norderny in den Unterhaltungen des Fürsten Wilton dem Reichstagsabgeordneten nahegelegt worden, damit zu warten. (Hört! hört!) Soweit ich mich erinnern, ist es noch niemals passiert, daß ein Etat mit so großem Defizit dem Reichstage vorgelegt worden ist, ohne daß auch nur ein Versuch gemacht wurde, für Deckung zu sorgen. (Sehr wahr!) Inzwischen wurde die Agitation um Reform des preussischen Wahlrechts immer stärker. Sie erreichte ihren Höhepunkt, als Fürst Wilton in seiner Antwort vom 10. Januar dem Liberalismus gegenüberadez brüllierte. (Sehr wahr!) Im Reichstage berieten wir inzwischen Vorkessgesetz und Vereinsgesetz weiter. Wir haben das Reichsvereinsgesetz angenommen, trotzdem es uns nicht in allen Punkten paßte, aber wir müssen tolerant sein und dürfen deswegen jetzt keine Vorwürfe gegen diejenigen erheben, die gegen den § 7 des Reichsvereinsgesetzes gestimmt haben: sie haben nach ihrer besten Ueberzeugung gehandelt. (Sehr wahr!) Die freisinnige Fraktionsgemeinschaft hat keinen Zweck, wenn sie zu nichts anderem dienen soll, als dazu, dem Reichskanzler das Regieren zu erleichtern. (Lebhaft Beifall.)

Reichstagsabgeordneter Strube-Riel: Beim Vereinsgesetz habe der Freisinn mit den Konservativen zusammen gearbeitet. Dadurch sei das Zentrum zwar nicht überwunden, aber doch isoliert. Vielleicht gehört manchmal mehr Mut und Charakterfestigkeit dazu, Zugeständnisse zu machen, als lediglich Prinzipien zu reiten. (Lachen bei der Wiederholung.)

Als erster Diskussionsredner spricht Rechtsanwält Dr. Cohn-Deffau: Es fragt sich: Wie kommt der Liberalismus zur Herrschaft in Deutschland? Dr. Barth sagt, es sei nötig, den Schwerpunkt nach links zu legen, nach der Seite des Zusammengehens mit der Sozialdemokratie. Es ist nicht zu leugnen, daß, wenn die Sozialdemokraten es wollten, mit uns zusammenzugehen, und wenn unsere Wähler damit einverstanden wären, auf diese Weise Fortschritte in freierlicher Beziehung zu erreichen wären. Aber die Sozialdemokraten wollen es nicht, und das Gros unserer Wähler will es erst recht nicht. (Beifall und Widerspruch.) Wenn wir uns schon tatsächlich entschließen könnten, mit der Sozialdemokratie zusammenzugehen, dürften wir es dann? Freilich, das Reichstagswahlrecht für Preußen will auch die Sozialdemokratie. Ist das aber der höchste Kreis unserer Politik? Trennt uns sonst nichts von der Sozialdemokratie? Vergessen wir nicht, wie die sozialdemokratischen Genossenschaften und Gewerkschaften überall erschauern. (Lachen bei der Wiederholung.) Ehen Sie nicht, wie die Sozialdemokratie lieber auf dem Tag von Tag härter in der Praxis und Theorie die Arbeiterklasse als kompakte Masse den anderen bürgerlichen Parteien entgegenzusetzen sucht. Die Gefahr der Sozialdemokratie ist nicht mehr eine entfernte,



ste ist handgreiflich geworden. (Ho-Rufe) Stärker als alle politischen Ideen sind die wirtschaftlichen Gegensätze im Volke. Wenn es mit der Sozialdemokratie nicht geht, dann bleibt nur der Versuch, mit den rechts von uns stehenden Parteien Kompromisse zu machen. Da können wir nur vorwärts kommen mit Kompromissen. Es bleibt nur übrig, mit den liberalen Parteien und den Nationalliberalen (Jurist: Junfermann), ja wohl, und mit den Konservativen zusammenzugehen.

### Nationalliberale Arbeiterkandidaturen.

Die Nationalliberalen in Dortmund haben das Ersuchen der evangelischen Arbeitervereine, in Dortmund-Land für die bevorstehenden Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus einen evangelischen Arbeiter aufzustellen, abschlägig beschieden mit der Begründung, daß in den Kreisen der evangelischen Arbeiter des Industriebezirks keine zum Abgeordneten geeignete Kraft zu finden sei. Daraufhin hat sich der Kreisvorstand der evangelischen Arbeitervereine von Dortmund-Hörde versammelt und eine Resolution gefaßt, worin er sein Bedauern ausdrückt, daß die Nationalliberalen vor der Aufstellung der Kandidaten für die in Frage kommenden Kreise weder den Vorstand des rheinisch-westfälischen Verbandes noch den Kreisvorstand der evangelischen Arbeitervereine Dortmund-Hörde angefragt haben, ob die evangelischen Arbeitervereine einen Kandidaten zu präsentieren hätten — um so mehr, als die evangelischen Arbeitervereine noch den zwischen ihnen und der nationalliberalen Partei gepflogenen Verhandlungen bei der letzten Reichstagswahl eine solche Anfrage hätte erwarten dürfen.

Daraus geht hervor, daß die evangelischen Arbeiter bei der letzten Reichstagswahl den Nationalliberalen in Dortmund Wahlhilfe geleistet haben und daß jetzt die Nationalliberalen die ausbedungene Gegenleistung, den Arbeiterkandidaten, versagen. Weiter erzählt man, daß die Nationalliberalen sich gar nicht einmal die Mühe gegeben haben, bei den evangelischen Arbeitervereinen um einen Kandidaten anzufragen, sondern daß sie einfach angenommen haben, daß kein geeigneter Kandidat vorhanden sei.

Der Kreisvorstand der evangelischen Arbeitervereine erklärt nun, in der Lage zu sein, geeignete Arbeiterkandidaten nachweisen zu können; die evangelischen Arbeitervereine wollen demgemäß nur dann für die Nationalliberalen eintreten, wenn jetzt noch ihrem Wunsch auf Aufstellung eines Arbeiterkandidaten für Dortmund-Land Rechnung getragen wird.

Die Nationalliberalen werden schon Ausschüfte finden, um der Arbeiterkandidatur zu entgegen und die evangelischen Arbeiter, die wie schon so oft, so auch diesmal die Gefoppten sein werden, werden es nicht besser.

### Aus dem Lande des Ochsentopfes.

Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz halten nunmehr am 12. Mai in der Stadt Schwerin den längst erwarteten außerordentlichen Landtag ab, auf welchem lediglich die Frage der Verfassungsänderung zur Beratung steht. Bis her weiß aber noch niemand, was für ein Konstrukt der neue Gesetzentwurf der Regierung ist, der den Mecklenburgern das Landtagswahlrecht bringen soll. Auf eine Anfrage der nationalliberalen Partei bei dem Ministerium in Schwerin antwortete dieses, daß es nicht in der Lage ist, vor Herausgabe an die Stände die Verfassungsentwürfe bekanntzugeben. So dürfte kaum jemand vor dem 11. oder 12. Mai Kenntnis von der Arbeit der genannten Regierung erhalten. Hingzu kommt aber noch, daß dieser Landtag „geschlossen“ tagt! Nicht einmal Vertreter der bürgerlichen Presse haben Zutritt!

Der Staatsminister für die Justiz, Dr. Langfeld, hat einem Liberalen gegenüber bereits ziemlich scharf abgewinkt, indem er erklärt haben soll, er habe sich mit der Zeit davon überzeugt, daß das allgemeine Wahlrecht für das Volk nicht lauge. Die „Landtagsmitglieder“, Junfer und Bürgermeister, dürften dadurch etwas beruhigt werden sein, galt ihnen doch Langfeld als ein sogenannter liberaler Regierungsmann. Die Junfer werden sich zweifellos ausdrücklich gegen ein „Wahlrecht“ überhaupt wenden, denn es wäre für einen Mecklenburger Landstättig das härteste Stück, wenn er sich in Zukunft in den „Landtag“ wählen lassen müßte. Für die Arbeiterkandidatur dürfte bezüglich wenig bei der ganzen „zeitgemäßen“ Reform herauskommen.

### Antisemitismoral.

Mainz, 10. April.

Der antisemitische heftige Landtagsabgeordnete Otto Hirschel wurde kürzlich von der Strafkammer in Gießen wegen Unterschlagung in sechs Fällen zu einer Gefängnisstrafe von fünf Wochen verurteilt. Hirschel, der von 1893 bis 1898 auch den heftigsten Wahlkreis Erbach-Wendheim im Reichstag vertrat, hat sich dieser Unterschlagung als Direktor der landwirtschaftlichen Genossenschaft in Friedberg in Oberhessen schuldig gemacht. Der Prozeß in Gießen warf ein eigentümliches Licht auf die Verwaltung derartiger landwirtschaftlicher Genossenschaften. Der Leiter des deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaftens, der nationalliberale Reichstagsabgeordnete und heftige Kammerpräsident, Geheimrat von Haas, sagte z. B. als Zeuge aus, dem Direktor Hirschel hätten alle kaufmännischen Kenntnisse, die für das Genossenschaftswesen unbedingt nötig seien, gefehlt. Hirschel sei auf diesem Gebiete der reine Dilettant gewesen, deshalb habe man der Friedberger Genossenschaft Beamte der Genossenschaftszentrale zur Verfügung stellen müssen.

Trotzdem man vorher wußte, daß Hirschel gar nicht in der Lage war, eine Genossenschaft leiten zu können, hatte man ihn mit einem hohen Jahresgehalt von 4000 M. nebst Speesen angestellt. Unerwähnt darf hierbei nicht bleiben, daß Hirschel vor kurzem noch nebenbei Drucker und Herausgeber der von ihm gegründeten antisemitischen „Volkszeitung“ war, bis dieses Blatt vor einigen Monaten für die nette Summe von 52 000 M. an ein Konsortium überging, in welchem als Hauptgeldgeber der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Graf Drölla s. g.

Man sollte annehmen, daß der vom Gericht gestempelte Abgeordnete Hirschel jetzt ein politisch toter Mann wäre und von der Öffentlichkeit des öffentlichen Lebens verschwinden müßte. Wer sich dieser Meinung hingibt, kennt aber nicht die robusten Tugendgriffe unserer antisemitischen „Patrioten“. Hirschel denkt gar nicht an die Niederlegung seines Mandats.

Er ist Mitglied des Finanzausschusses der Zweiten heftigen Ständekammer und nahm an den Sitzungen dieser Korporation noch vor einigen Tagen teil. Die dem Hirschel ergebene Presse verbreitet sogar die Notiz, daß es keine gesetzlichen Bestimmungen gäbe, die einen wegen Betrugs bestraften Abgeordneten, dem nicht auch die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt seien, zum Niederlegen seines Mandats zwingen könnten. Herr Hirschel wird also jedenfalls bis zum Schluß des Landtages, der voraussichtlich im Spätjahr erfolgt, sein Mandat behalten und wahrscheinlich sogar eine neue Kandidatur annehmen.

### Die sächsischen Industriellen

wollen von der Gründung eines politischen Bundes gewerblicher Arbeitgeber nichts wissen resp. sie lehnen einen Anschluß daran ab. In der letzten Sitzung des Gesamtvorstandes der Verbandes sächsischer Industriellen, die sich mit dem Projekt der Echarfacher Beschäftigten, wurden „lebhafteste Bedenken“ geäußert und einstimmig der Meinung Ausdruck gegeben, daß der Verband nicht in der Lage

sei, dem geplanten Bund beizutreten oder seinen Mitgliedern den Beitritt zu empfehlen.

### Militärische Gerechtigkeit.

Weil er kein Rhinoceros sein wollte, wurde der Musikleiter A. vom 85. Infanterieregiment in Reudsburg zu 42 Tagen Gefängnis verurteilt. Der Unteroffizier D. hatte nämlich seine Abteilung erst 20 Minuten lang, ohne zu zählen, exerzieren und dann zum Schluß die Ferien heben lassen. Als A. in dieser Stellung sein Gewehr „nicht vorchristlichmäßig“ zu halten vermochte, trat der Unteroffizier an ihn heran und sagte: „Sie blödsinniges Rhinoceros!“ „Ja, bin kein Rhinoceros“, sagte der also Angeordnete, was ihm eine Anklage wegen Ungehorsams, Beharrens im Ungehorsam und Achtungsverletzung vor versammelter Mannschaft eintrug. Gegen das Urteil legte A. Berufung ein. Begründend führte er aus, er sei an dem Tage von der Strafanstaltung so erschöpft gewesen, daß er trotz heftigen Willens das Gewehr bei „Ferien heben“ nicht in die vom Unteroffizier geforderte Lage zu bringen vermochte. Das Oberkriegsgericht hielt diese Angabe für glaubwürdig und verurteilte den Angeklagten nur wegen Achtungsverletzung vor versammelter Mannschaft zu drei Wochen strengem Arrest. Als strafmildernd zog es in Betracht, daß der Angeklagte von dem Unteroffizier gereizt worden war.

Und trotzdem drei Wochen strengen Arrest! Dies Urteil ist bezeichnend für die Militärpsychologie. Ein schwer gereizter und über seine Kräfte hinaus angestrebter Soldat soll sich im Interesse der Disziplin unter allen Umständen, ohne zu museln, in der größtmöglichen Weise beleidigen lassen!

### Oesterreich.

#### Eine Konfiskation.

Am 18. April ist das Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie, die „Arbeiter-Zeitung“ zu Wien, von einem überreifen Staatsanwalt konfiszirt worden, weil sie in einem Gerichtsbericht über einen Majestätsbeleidigungsprozeß zu Graz in anderthalb Zeilen den Ausdruck, der zu dem Prozeß führte, nicht etwa wiedergegeben, sondern nur soweit angedeutet hat, als notwendig war, das Psychologische des Falles verständlich zu machen. Das war in diesem Falle besonders wichtig, weil es sich um die Kennerung eines armen Krüppels handelt, der als 74-jähriger an der Schwelle des Grabes steht und der, da er keine Altersversorgung findet, das Gefängnis ersucht, in das ihn seine Kennerung bringen sollte. (Das Urteil des Grazer Gerichts lautete auf dreizehn Monate Kerker.) Der Staatsanwalt zu Graz hat denselben Sach im Grazer „Volkswillen“ ruhig passieren lassen — lediglich der Wiener Dr. Pollak schritt deswegen zur Konfiskation. Die „Arbeiter-Zeitung“ bemerkt zu jener Geldstrafe: „Es ist nicht mehr zu verkennen, gegen die sozialdemokratische Presse wird eine neue Konfiskationsära eingeleitet. Die ruhigsten Artikel in Hochblättern werden unterdrückt; die Protokolle des letzten Sessionsabschnittes enthalten Klagen und Beschwerden über Konfiskationen in unerhörter Fülle, und die „Arbeiter-Zeitung“ ist in diesen dreieinhalb Monaten öfter konfiszirt worden als unter Kerker oft in Jahren. Die Vereinskasse zur Verfolgung auf Seite der Staatsanwälte ist unerkennbar: um so wichtiger wird die Pflicht der Arbeiter, zu ihrer Presse zu stehen.“

Lemberg, 20. April. Die Schwurgerichtsverhandlung gegen den Mörder des Grafen Potoki, Siezinski, wird am 1. Mai beginnen und zwei Tage dauern.

### Schweiz.

#### Aus der Bundesversammlung.

Bern, 18. April. (Ein. Ver.)

Nach nur zehntägiger Dauer ist die kurze Frühjahrs-sesssion der Bundesversammlung wieder geschlossen worden, ohne daß irgend ein größeres Geschäft, wie z. B. die Kranken- und Unfallversicherung, behandelt und erledigt worden wäre. Diese wurde vielmehr auf die nächste Junisession verschoben, in der sie vielleicht behandelt, aber nicht erledigt werden wird.

In der verflorenen Session wurden der Versicherungsvertrag und der neue, in die Verfassung aufzunehmende Gewerbeartikel, der dem Bunde das Recht zur Gewerbegesetzgebung verleiht, angenommen. Die Schweiz entbehrt noch eines Gesetzes, wie es die deutsche Gewerbeordnung ist. Der neue Verfassungsartikel soll die Möglichkeit dazu bieten, ein solches zu schaffen.

Große Debatten veranlaßte, namentlich im Nationalrat, die Abstiniinitiative, die vor mehr als Jahresfrist mit 167 814 Stimmen dem Bundesrat eingereicht worden war und die das Verbot des Absinths, dieses gefährlichsten Alkohols, für die ganze Schweiz will, nachdem die Kantone Gené und Waadt für ihre Gebiete das Verbot geschaffen haben. Der Bundesrat hat zwei Mitglieder aus der welschen Schweiz, die Herren Ruchet und Antesse, in seiner Mitte, die Gegner des Absinthverbotes sind und von denen er sich zu einer geradezu kompromittierenden Haltung der Initiative gegenüber verhalten ließ. Er ließ sich von den fünf Kantonsregierungen Gutachten über die Frage geben, wertete davon aber nur die, welche gegen das Absinthverbot und „eskommierte“ einfach die anderen, die sich dafür erklärten. Da prangt in der Vorlage das ablehnende Gutachten des Kantons Zug, während das zustimmende Gutachten des großen Kantons Zürich unerwähnt blieb. Herr Ruchet spielte mit seinen leeren Redensarten zur Verhinderung des verlangten Absinthverbots im Nationalrat eine klägliche Rolle und der Bundesrat holte sich dann auch die wohlverdiente Niederlage, indem der Nationalrat mit 82 gegen 53, und der Ständerat mit 24 gegen 12 Stimmen sich für das Absinthverbot erklärten. Das Initiativbegehren kommt nun vor die Volksabstimmung, in der ihm die Annahme von vornherein sicher ist.

Die sich allmählich zur Seeschlange auswachsende Wasserrechtsinitiative ist abermals und zwar vom Ständerat verabschiedet worden bis zur nächsten Junisession. Der Nationalrat hat der Vorlage einen neuen Zusatz betreffend die Verücklichtigung der Flussschiffahrt hinzugefügt, wie es der nord-schweizerische Schiffsahrtsverband verlangt hatte. Die kapitalistischen Interessenten der Elektrizitätsindustrie setzen diesen Bestrebungen mehr oder weniger feindselig gegenüber, kollidieren also, wie so oft, mit den Gemeininteressen.

Neue Wünsche hatten wieder die begehrlichen und unerfülllichen Agrarier. Sie verlangen das Verbot der Kunstweinfabrikation einschließlich der Erzeugung von Trockenbeerwein, aber nur insoweit der Kunstwein verkauft werden soll. Der Kunstwein, den die Herrenbauern für ihr Personal als „Arbeiterwein“ zusammenpanschen, soll erlaubt sein. Wie dieser Antrag wurde auch die zweite agrarische Forderung nach Unterstützung der Weinverkaufsgenossenschaften mit Bundesgeldern angenommen. Es folgt ein agrarischer Vorschlag nach dem anderen auf die Bundesliste, um die Mehrerinnahmen aus den erhöhten Zöllen in die bodenlosen Taschen der Agrarier zu bringen.

Auch in Mittelstandsrichtung wurde gemacht, indem ein Antrag auf Einschränkung des Hausierhandels Annahme fand.

Die Annahme des Antrages betreffend die Errichtung eines eidgenössischen sozialistischen Amtes erwähnten wir bereits in einem früheren Berichte. Nach den Erklärungen des Bundesrates Deuber wird es lange dauern, bis eine solche Vorlage der Bundesversammlung zugehen wird.

### Italien.

#### Eine abgefragte Flottendemonstration.

Am Vorabend des Osterfestes berief die italienische Regierung ihre Flotte in Genua zusammen, um, wie sie bekannt gab, drei Divisionen zu einer Flottendemonstration gegen die Türkei zu

senden, die begründete Befürchtungen Italiens abgewiesen habe. In der Hauptsache drehte es sich um die Forderung, italienische Postanstalten in Konstantinopel, Salonika, Athen, Smyrna und Jerusalem zu errichten. Die Pforte hatte sich dem widersetzt, da sie die fremden Postämter — Deutschland, England, Oesterreich-Ungarn und Frankreich haben solche auf türkischem Boden — am liebsten ganz beseitigen möchte, um den Profit des Postbetriebs selbst zu haben. Italien verlangte natürlich, mit den übrigen Großmächten gleichberechtigt zu sein. Wahrscheinlich war geplant, eine türkische Insel durch die Flotte solange besetzen zu lassen, bis die Pforte nachgegeben hatte.

Indes ist es zu der Operation nicht gekommen. Noch ehe die Flotte in See stach, hat die Pforte nachgegeben. Am 21. April, dem Tage, da die Flotte auslaufen sollte, hat der türkische Vizekönig zu Rom gemeldet, daß die Errichtung der italienischen Postanstalten zugestanden wird, bis zu dem Zeitpunkt, wo die türkische Regierung die fremden Postanstalten samt und sonders aufheben werde. Auch die lokale Regelung der anderen Beschwerdepunkte werde versprochen. Darauf sind die Segelbefehle, die an die Flotte ergangen waren, zurückgenommen worden.

### Portugal.

#### Die Opfer der Wahlen.

Lissabon, 20. April. Eine weitere bei den letzten Wahlen verletzete Person ist gestern gestorben. Hierdurch erhöht sich die Gesamtzahl der Opfer der Unruhen auf 13.

### England.

#### Die Wahl in Manchester.

Am Freitag, den 24. d. M., findet in Nordwest-Manchester eine Ergänzungswahl zum Unterhaus statt. Als Kandidaten sind aufgestellt von den Liberalen Winston Churchill, der bekanntlich vor kurzem in das Ministerium eingetreten ist. Churchill ist ein sehr beliebter Redner; er ist gegen jede Vertretung der Lebensmittel durch Pöbel. Die Irländer werden wahrscheinlich auch für ihn stimmen, da er sich für Home Rule erklärt hat. Zu seiner Unterstützung ist der bisherige Handelsminister Lord-Georges tätig. Der Kandidat der Tory-Partei ist Janion Pids; ein Tariffreformer, für den die Tariffreform-Liga von Manchester eintritt.

Als dritter Kandidat kommt der Genosse Dan Irving von der Sozialdemokratischen Partei (bisher Sozialdemokratische Föderation) in Betracht. Diese Kandidatur nun ist von dem Lokalkomitee der Arbeiterpartei in Manchester nicht gutgeheißen worden. In diesem Komitee sind neben Mitgliedern der unabhängigen Arbeiterpartei auch solche der Sozialdemokratischen Partei vertreten und diese Körperschaft hat erklärt, daß durch die Aufstellung eines eigenen Kandidaten in diesem Wahlkreis für die Sache der Sozialisten und der Arbeiter überhaupt Vorteil nicht erwartet werden könnten. Der „Labour-Leader“, das Organ der sozialdemokratischen Labor Party meint hierzu, diese Ansicht könne richtig oder auch falsch sein; jedenfalls aber sei es die Entscheidung derjenigen Körperschaft, welche die Verantwortung der Arbeiterpartei gegenüber trage. Die Sozialistische Partei habe die Kandidatur im letzten Moment aufgestellt; außer einer kleinen jüdischen Gruppe habe sie in dem Wahlkreis keinerlei Organisation. Unter solchen Umständen, so fährt die „Labour-Leader“ fort, werde die Kandidatur kein gutes Beispiel für die Solidarität der Arbeiterklasse geben, wie das in einem Kreise erwartet werden müsse, wo die zwei großen bürgerlichen Parteien über solche Kräfte verfügen. Das Organ der unabhängigen Arbeiterpartei spricht aber am Schluß die Erwartung aus, daß, nachdem einmal die Kandidatur aufgestellt ist, ihre Anhänger in Manchester auch für Irving eintreten werden. Im Gegensatz hierzu hat Ramsay MacDonald, der Sekretär der parlamentarischen Gruppe der Arbeitervertreter, die Frage, ob die Arbeiterpartei den Genossen Irving unterstützen werde, mit einem blühigen „nein“ beantwortet. Dieser Wahlkreis sei nicht geeignet, um dort den Kampf für direkte Vertretung der Arbeiterpartei zu führen. Unterdessen aber hat die sozialdemokratische Partei eine lebhaftige Wahlagitatio entfaltet; die Genossen Hyndman, Herbert Currows und andere sind im Kreise tätig.

### Rußland.

#### Gegen persische „Räuber“.

Russische Truppen — 400 Kosaken und Artillerie — haben dieser Tage die nordpersische Grenze überschritten und mehrere Gefechte geliefert, um persische Räuber, aufsteigend aus den Bergen, zu verfolgen. Persische Dörfer sind bombardiert und dabei viele Personen, die an den Kämpfen ganz unbeteiligt waren, getötet worden. Der russische Kommandant telegraphierte nach einer Petersburger Meldung, er bleibe auf persischem Gebiet und schlage daselbst sein Lager auf. Es wurde befohlen, aus Batu eisendste Verstärkungen zu senden, da die panislamitische Bewegung das ganze kaspische Gebiet in gefährlicher Weise ergreife. Auch an der türkischen Grenze bei Kars erscheint die Lage drohend. Dorthin wurde General Wischitschenko mit den weitesten Vollmachten entsendet.

Der Schluß der Meldung läßt ziemlich deutlich erkennen, daß es sich bei dem russischen Vorstoß doch um mehr handelt, als um die Verfolgung persischer Räuber. Solcher Vorwand ist des öfteren die Einleitung zur Eroberungszügen gewesen. Und Persien ist mit seinen jetzigen inneren Wirren zweifellos ein geeignetes Objekt. Zweifelhaft ist nur, ob das erschöpfte Rußland die Kraft zu einem Eroberungszug hat.

### Japan.

#### Eine Flottendemonstration gegen China.

Nach einer Meldung des „New York Herald“ werden 13 japanische Kriegsschiffe, darunter 5 Kreuzer, eine „Besuchsfahrt“ in die südhinesischen Gewässer antreten.

### Amerika.

#### Die Union und Venezuela.

Washington, 19. April. Der Vorsitzende der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten hat nach verschiedenen Besprechungen mit Präsident Roosevelt und Staatssekretär Root eine von Roosevelt gutgeheißene Resolution aufgesetzt, in der der Präsident ermächtigt wird, gegen Venezuela de jure vorzugehen, wie es die Aufrechterhaltung der Würde der Vereinigten Staaten und die Wahrung der amerikanischen Interessen erheischen. Man rechnet darauf, daß der Kongreß die Resolution annehmen wird, nach der zunächst die Regierung nochmals eine scheidungsgerichtliche Friededigung verlangen, dann aber, wenn erforderlich, zu schärferen Maßnahmen greifen soll.

New York, 21. April. Nach einem Telegramm aus Caracas hat Präsident Castro die Schließung des Hafens von La Caba auf die Dauer von 14 Tagen bezw. bis zur Vorlage des Berichtes der Sanitätskommission über die dort vorgekommenen Erkrankungen verfügt. Die Waren-Ein- und Ausfuhr ist nur über Puerto Cabello gestattet.

### Gewerkschaftliches.

#### Berlin und Umgegend.

#### Achtung, Former und Giebereiarbeiter!

Ein Betrieb, wie er nicht sein soll, ist die Eisengießerei in Breh, Marienfelder Straße, die sich den stolzen Namen „Deutsche Eisengießerei“ zugelegt hat.

Diese Gießerei ist seit Mitte Dezember vorigen Jahres eröffnet. Man sollte nun meinen, eine neue Gießerei ist auch einigermassen der Neuzeit entsprechend eingerichtet. Aber weit gefehlt. Die Zustände in der neuen Gießerei lassen nicht nur vieles, sondern alles zu wünschen übrig. Es ist geradezu ein Wunder, daß in dieser Gießerei nicht schon große Unglücksfälle vorgekommen sind.



Wenn ein neuankommender Formner nach Werkzeug usw. fragt, erhält er stets die Antwort: „Das ist bestellt.“ Das notwendige Werkzeug, ohne das überhaupt nicht gearbeitet werden kann, ist nur in ungenügender Zahl und teils auch unbrauchbarem Zustand vorhanden. In Formmaschinen für Sandform sind nur solche aus Holz im Gebrauch. In einem solchen Kasten wurde vor einiger Zeit ein Drehbankstein von 8 Zentnern angefertigt. Wenn man bedenkt, daß ein solch vollgestampfter Kasten 9—10 Zentner wiegt, der dann von den Formern und Hilfsarbeitern transportiert werden muß, und zwar ohne jede Einrichtung, da Kran und Hebezug nicht existieren, dann ist es, wie gesagt, kaum zu verstehen, daß noch kein schwerer Unglücksfall vorgekommen ist.

Wenn Viehen eines solch schweren Gießstückes müssen die Arbeiter die Gießpfanne, die mit Eisen gefüllt etwa 11 Zentner wiegt, auf ein Paar 1 Meter hohe Holzbocke setzen, von wo aus dann gegossen wird. Die kleineren Gießpfannen sind derartig, daß das Gabelende nicht durch die Verbindungstür vom Ofen zur Gießerei hindurchgeht. Oft passiert es, daß das flüssige Eisen am Schloßende abgefangen werden muß. Da aber hier sehr wenig Platz ist, schweben die Formner und Gießereiarbeiter beständig in Gefahr, zu verbrennen. Besondere Gefahr besteht für die Arbeiter, die beim Befüllen der Gießerei, angebracht worden, sind nicht berücksichtigt.

Auch bei den Kernmachern sind die Mißstände zur Unrechtigkeit angewachsen. Die Ventilation wird markiert durch offenstehende Fenster. Die Wascheinrichtung wird durch einige Wassereimer dargestellt.

Der „Chef“, Herr Wächter, scheint auch für seine Person sehr genigam zu sein. Ein alter Eisenbahnwagen dient als Konitor, Lagerraum und Schlafraum. Die Arbeiter glauben, der Chef will ihnen dadurch in puncto Bedürfnislosigkeit mit gutem Beispiel vorangehen.

Der Verdienst, der bei dieser lebensgefährlichen Arbeit erzielt wird, steht mit den sonstigen Einrichtungen der Gießerei auf einer Stufe, d. h. ist äußerst mangelhaft.

Aus allen diesen Gründen heraus warnen wir alle Formner und Gießereiarbeiter vor einer Arbeitsaufnahme in diesem „Eldorado“. Wir erlauben gegebenen Falles, sich erst in unserem Bureau, Charlottenstraße 3 III, zu erkundigen. Diese Warnung ist notwendig, weil die Firma versucht, von a u s w ä r t s Formner heranzuziehen.

Auch wäre es dringend notwendig, daß die Gewerbeinspektion sich diesen Betrieb einmal ansieht, da hier grobe Verstöße gegen die diesbezüglichen gesetzlichen Bestimmungen vorliegen.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

### Deutsches Reich.

**Der Streit in der Wolgaster Zementfabrik** dauert ununterbrochen fort. Wir bitten, den Zugang nach hier mit allen geeigneten Mitteln zu verhindern. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

**Im Breslauer Baugewerbe** hat sich die Situation noch mehr verschärft. Am Osterfestabend sollten vor dem Gewerbeamt Verhandlungen stattfinden. Die Parteien waren auch erschienen, indessen lehnte es die Unternehmung ab, in die Beratung einzutreten. Sie hatten sich nur dem gesetzlichen Zwange, der bei Strafandrohung das Erscheinen fordert, gefügt, an einem Frieden aber ist ihnen nichts gelegen.

**Von den Verhandlungen im Meißner Baugewerbe.**

Vor den Feiertagen beschäftigte sich in Meissen eine gemeinsame Versammlung der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter mit dem Rasterarif. Trotz der darin enthaltenen Verschlechterungen erklärte man sich bis auf einige Zusätze in Anbetracht der im allgemeinen ungünstigen wirtschaftlichen Lage damit einverstanden. Da die Arbeitgeber über die Lohnhöhe kein Angebot gemacht hatten, so stellten die Organisationen ihre Forderungen auf. Die Maurer fordern für die kommenden zwei Jahre je 3 Pf., die Zimmerer 3 und 2 Pf., die Bauarbeiter 4 Pf. pro Stunde mehr. Bei den Verhandlungen über den Vertrag erklärten sich beide Parteien mit den gemachten Zusätzen einverstanden, über den geforderten Lohn sei aber nicht zu diskutieren. Es wird aber weiter verhandelt werden.

### Maisfeierfrage und Gewerkschaften.

Eine Konferenz der organisierten Schuhmacher für Hessen und Mittelrhein, die am Ostermontag in Frankfurt am Main tagte, nahm auch zur Maisfeierfrage Stellung. Verschiedene Redner betonten, daß man mit aller Energie an der Feier des 1. Mai festhalten müsse. Mit den Abmachungen zwischen dem Parteivorstand und der Generalkommission könne man nicht einverstanden sein. Die Resolution der Frankfurter Genossen wurde mit einem Zusatzantrag der in Gotha stattfindenden Generalversammlung des Zentralverbandes der Schuhmacher unterbreitet. Es heißt darin, daß die zwischen dem Parteivorstand und der Generalkommission der Gewerkschaften getroffene Vereinbarung über die Frage der Unterstützung der Mai-Gemahregelten die Erwartungen der Kollegen bitter enttäuscht hat, da sie in ihren Wirkungen auf eine Befestigung der Arbeitsruhe am 1. Mai hinausläuft. Dem Parteivorstand wird es zur Pflicht gemacht, bei Unterhandlungen der Zentralvorstände und Parteivorstand bzw. Generalkommission es abzulehnen, in irgendeiner Art gegen die Maisfeier Stellung zu nehmen.

Die **Stuttgarter** in Dresden traten am Donnerstag erneut mit den Unternehmern in Unterhandlung und es gelang, eine Einigung herbeizuführen. Die Gehältern erreichten eine Lohn-erhöhung von 10 Pf. pro Stunde und die allmähliche Herabsetzung der Arbeitszeit, so daß in drei Jahren der Achtstundentag erreicht ist. Der Streit hat drei Wochen gedauert. Die Stuttgartergehültern haben damit einen schönen Erfolg zu verzeichnen.

### Maureransperrung in Stuttgart.

Ueber Nacht ist in Stuttgart ein scharfer wirtschaftlicher Kampf zwischen dem Bauunternehmertum und dem Maurerverband entbrannt. Am Sonnabendmittag vor Ostern wurden sämtliche Maurer Stuttgarts, Cannstatts und der Vororte ausgesperrt. Die meisten Arbeiter erfuhr erst kurz vor Mittag von dem Beschluß der Unternehmung. Die Ansperrung ist vom württembergischen Arbeitgeberverband erzwungen worden. Den Vorstand zu seinem gewalttätigen Vorgehen boten dem „Vund“ folgende Vorgänge: Die Stadt Stuttgart baut zwischen Cannstatt und Münster ein großes Elektrizitätswerk. Die Maurerarbeiten sind dem Werkmeister Mayer übertragen worden. Diese Firma zahlt Löhne, die hinter dem Durchschnittslohn zurückbleiben. Der Vertrag, laut dem vom 1. April an eine Lohnerhöhung von 3 Pf. pro Stunde eintreten soll, wurde von der Firma bei der Lohnzahlung am 3. April nicht eingehalten. In der Absperrung nahmen drei organisierte Maurer eine Lohnstatistik für den Verband auf. Die Firma machte die drei Maurer. Daraufhin legten sämtliche Maurer die Arbeit nieder. Sie verlangten Wiederanstellung der drei gemahregelten Kameraden und Regelung der Lohnverhältnisse. Der Maurerverband — verlangte die Einberufung der Schlichtungskommission. Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, Busch, lehnte das scharf ab. Er forderte sofortige und bedingungslose Aufhebung der „Sperrung“ über die Firma Mayer. Der Maurerverband hatte jedoch gar nicht die Sperrung über die Firma verhängt, wie er andererseits freilich seine Mitglieder auch nicht zwingen konnte, die Arbeitsplätze der Gemahregelten und ihrer Kameraden zu besetzen. Am Oster-Sonnabend vormittags beschloß der Arbeitgeberbund die Ansperrung sämtlicher Maurer Groß-Stuttgarts, die mittags sofort in Szene gesetzt wurde. Der Maurerverband war gar nicht benachrichtigt worden. Am Sonnabend nachmittag fand

noch eine Maurerversammlung statt, die beschloß, den Unternehmern den Scheingrund für ihr gewalttätiges Vorgehen zu nehmen und sie zu zwingen, Farbe zu bekennen. Die Differenzen bei der Firma Mayer wurden für erledigt erklärt. Am Dienstag muß sich nun entscheiden, ob die Unternehmung gewillt sind, auch ohne den fadenscheinigsten Vorwand den eben abgeschlossenen Vertrag zu zerbrechen.

### Ausperrung der Etuisarbeiter in Pforzheim.

Es scheint nunmehr beschlossene Sache bei den Etuisfabrikanten zu sein, ihre Arbeiter auszusperrn, denn in voriger Woche wurde sowohl den organisierten als auch den unorganisierten Arbeitern folgender Kündigungsbeleg zugestellt:

„Nachdem von Seiten des Deutschen Buchbinderverbandes über die Pforzheimer Etuis- und Kartonnagenfabriken die Sperrung verhängt worden ist und insbesondere deshalb, weil die Firma Dieb durch Massenkündigungen ihrer organisierten Arbeiter gemahregelt wurde, sind wir gezwungen, unserm gesamten Arbeitspersonal, also auch Ihnen, auf Samstag, den 2. Mai 1908, zu kündigen.“

Pforzheim, den 15. April 1908.  
Vereinigung Pforzheimer Etuis- und Kartonnagenfabrikanten für Pforzheim und Umgebung.“

In ganz unerwarteter Weise wird hier dem Buchbinderverband die Schuld an der Ausperrung der Fabrikanten zugeschoben.

Lassen wir gegen diese Darstellung die Tatsachen sprechen: Am 5. März kündigte die Vereinigung der Pforzheimer Etuisfabrikanten durch offizielles Schreiben an den dortigen Vertreter des Buchbinderverbandes für den 15. März eine Lohnherabsetzung „von mindestens 10 Prozent“ an. Am 12. März fanden sodann auf Antrag des Buchbinderverbandes Verhandlungen zwischen Vertretern des letztgenannten Verbandes und denen der Fabrikanten statt. Zum Schlusse derselben machten die Fabrikanten folgende Vermittlungsvorschläge: 1. Bei nur fünfzigstündiger garantiierter Beschäftigung tritt eine Reduktion des seitherigen Stundenlohnes von 10 Proz. ein. 2. Bei weniger als 5 Tage volle Beschäftigung werden die bisherigen Stundenlöhne wieder voll garantiert, also ohne Abzug der 10 Proz. für die in Betracht kommende Woche. 3. Das bisherige Personal wird auch bei nicht voller Beschäftigung beibehalten. 4. Sobald der Geschäftsgang wieder besser und Beilarbeit (Heberzeitarbeit) erforderlich wird, treten die alten, bis zum 15. März 1908 bestehenden Löhne wieder in Kraft.

Aber bereits am 14. März zogen sie diese Vorschläge selbst wieder zurück, ohne daß die Arbeiterschaft dazu hatte Stellung nehmen können, und verlangten die glatte Anerkennung einer allgemeinen 10prozentigen Lohnreduktion. Die Arbeiterschaft lehnte ein solches Vorgehen in einer sehr stark besuchten Versammlung am 18. März einstimmig ab unter voller Billigung des Verbandsvorstandes der Buchbinder. Denn die angeblich „hohen Löhne“ der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Pforzheimer Etuisindustrie sind im Gegenteil derartige, daß sie keine Reduktion vertragen können, sollen nicht die davon Betroffenen auch auf das Notwendigste zum Lebensunterhalt verzichten. Der Hinweis auf die billigeren auswärtigen Konkurrenz ist gleichfalls hinfällig, da gerade die Pforzheimer Konkurrenz in Folge ihrer niedrigen Löhne seit vielen Jahren verfallen war und ihr Ruf erst durch eine vor 1½ Jahren erfolgte Lohnbewegung etwas aufgebeßert wurde. Auch durch Lohnherabsetzungen konnte daher nicht der Mangel an Aufträgen, den die Fabrikanten vorschlugen, behoben werden, weil Etuis keine Nahrungsmittel sind, die bei größerer Billigkeit mehr konsumiert werden, sondern der Absatz richtet sich lediglich nach dem Bedarf und dem Umsatz von Schmutz- und anderen Gegenständen.

Aus allen diesen Gründen war die Arbeiterschaft voll auf im Rechte, wenn sie sich gegen die 10prozentige Verschlechterung ihrer Lebenslage erklärte. Da gingen nun die Fabrikanten auf eigene Faust, ohne die Zustimmung der Arbeiterschaft, mit Lohnreduktionen vor. Aber nicht genug damit, sie fingen auch an, zahlreiche Kündigungen vorzunehmen, die nicht anders denn als Maßregelungen bewertet werden konnten, da man sich die Vertrauensleute des Verbandes mit Vorliebe hierzu aussuchte. Was also nicht mit einem Schläge gelungen war, sollte nun nach und nach eingeführt und zugleich die Arbeiterschaft durch die Maßregelung ihrer Vertreter innerlich zermürbt werden. Dem konnte die letztere nicht mehr unthätig zusehen, und mit voller Zustimmung des Vorstandes des Buchbinderverbandes machte das Personal der Firma Dieb den Vorschlag, die Kündigung der 5 Kollegen zurückzunehmen und dafür das ganze Personal solange verkürzt arbeiten zu lassen, bis wieder genügend Aufträge vorhanden seien. Darauf ging die Firma nicht ein, lehnte jede Verhandlung mit dem Vertrauensmann der Pforzheimer Etuisarbeiter und dem früheren Vorsitzenden des Buchbinderverbandes ab, weil der erstere „zu jung“ sei und der letztere nur die „Leute aufsehe“. Als nunmehr von 60 bei der Firma beschäftigten Personen 55 ihrerseits kündigten, erfolgte die eingangs erwähnte Kündigung aller Arbeiter durch die Fabrikantenvereinigung.

Der Buchbinderverband sieht den Ereignissen ruhig entgegen und richtet sich auf eine mehrmonatliche Ausperrung ein. In Betracht kommen circa 6—700 Personen, doch läßt sich ein genaueres Resultat noch nicht feststellen, da jedenfalls auch Nachbargemeinden, in denen die Etuisfabrikation durch die Fabrikanten wegen der billigeren Arbeitskräfte eingebürgert wurde, mit in Betracht kommen. Die Scharmacher, welche die Ausperrung in Pforzheim hauptsächlich auf dem Gewissen haben, sind die Herren Rößch und Keller. Sie wollen wahrscheinlich den Arbeitern zu Gemüte führen, wie das höchste Feißt der Christenheit, das dem Andenken desjenigen geweiht ist, der der Welt den Frieden bringen wollte, den Herren Geldbesitzern gerade recht ist, um zu zeigen, daß es für sie keinen höheren Gott gibt, als den des Profits.

Die arbeiterfreundliche Presse wird um Nachdruck ersucht mit dem Hinweis, daß Pforzheim für alle Etuisarbeiter gesperrt ist.

### Ausland.

#### Schweizerischer Gewerkschaftskongreß.

Wie!, 20. April. Nachdem bereits während des Freitags und Samstags einige Zentralverbände, davon die Holzarbeiter und die Metallarbeiter, ihre Spezialtagungen abgehalten, trat am Oster-Sonntagmorgen der Schweizerische Gewerkschaftskongreß im großen Rathhausaal zur ordentlichen Frühjahrstagung zusammen. Es erschienen ca. 200 Delegierte, eine außerordentlich große Zahl, die sämtlichen dem Bunde angehörigen Organisationen halten ihre Vertreter hierzu entsendend. Die gegenwärtige Tagung war eine der wichtigsten, hängt doch von ihren Beschlüssen der Weiterbestand des Gewerkschaftsbundes ab, denn von zwei sehr bedeutenden Industrieverbänden — dem Metallarbeiter- und dem Holzarbeiterverband — lagen Anträge auf Auflösung des gegenwärtigen Gewerkschaftsbundes vor. Diese verlangen die Wiedereinberufung der Organisationen in Industrieverbände, weil der jetzt bestehende Gewerkschaftsbund, der in der Zeit, als die einzelnen Verbände noch schwach waren, gute Dienste geleistet, habe mit den vorgeschrittenen Verhältnissen nicht mehr Schritt halten können.

Ein zweiter nicht minder wichtiger Verhandlungsgegenstand ist die Stellungnahme zu der Schöpfung sozialer Einigungsämter, welche vom letzten Kongreß in ablehnendem Sinne beschieden, vom Parteitag der sozialdemokratischen Partei aber in befürwortendem Sinne gutgeheißen wurde.

Am Vormittag wurde dann über die Stellung des Gewerkschaftsbundes zu den ihm nicht angehörigen Verbänden diskutiert, ohne indessen darüber bestimmte Beschlüsse zu fassen, weil in der Nachmittags Sitzung noch die Anträge der Holzarbeiter und der Metallarbeiter, die auf Auflösung des gegenwärtigen Gewerkschaftsbundes abzielten, zu behandeln waren. Von Greulich wurden die Scherrenschen Thesen über die Schöpfung von staatlichen Einigungsämtern und Schiedsgerichten bei Konflikten zwischen Arbeiter und Unternehmer in empfehlendem Sinne ediert, aber die Versamm-

lung bezieht ihre kühl abweisende Haltung gegenüber diesen Vorschlägen, trotzdem es an Befürwortern nicht fehlte, aber die Gegner jeder staatlichen Einmischung in die Lohnkämpfe zwischen Unternehmer und Arbeiter waren noch stärker. — Den Hauptteil des Kongresses nahmen die Debatten über die Frage des Gewerkschaftsbundes ein. Von den Antragstellern, die die Reorganisation befürworteten, wird die Gründung eines Kartells von Industrieverbänden vorgeschlagen. Mit der Tätigkeit der drei Gewerkschaftssekretäre war man ebenfalls nicht vollständig einverstanden, man warf ihnen vor, daß sie namentlich in agitatorischer Beziehung den Erwartungen nicht entsprochen hätten; es wird darum auch die Kündigung aller drei Sekretäre verlangt. Mehr als 20 Redner haben zu diesem Punkte in die Debatte eingegriffen. Das Resultat dieser langwierigen und teilweise unerfreulichen Debatte war die Annahme eines Vermittlungsantrages, nach welchem die verschiedenen Zentralverbände mit den Gewerkschaften, die dem Bunde nicht angehören, zu einer Konferenz innerhalb sechs Monaten eingeladen werden zur Ausarbeitung einer positiven Vorlage für einen später stattfindenden außerordentlichen Gewerkschaftskongreß. Die geschäftlichen Angelegenheiten fanden nach diesen lebhaften Debatten eine ziemlich rasche Erledigung, da die meisten der vertretenen Verbände noch Vorverhandlungen für den am Montag stattfindenden Schweizerischen Parteitag abhielten.

**Möbelfachlerstreit in Kopenhagen.** Die Kopenhagener Möbelfachler haben einstimmig beschlossen, am 22. April die Arbeit bei allen Innungsmeistern niederzuliegen, die den neunstündigen Arbeitstag noch nicht eingeführt haben. Wie wir kürzlich mitteilten, war durch Verhandlungen eine Verlängerung des alten Tarifvertrages der Möbelfachler erzielt worden. Hierbei hatten sich die Vertreter der Parteien darüber geeinigt, daß über die von den Arbeitern geforderte Verkürzung der Arbeitszeit von 9½ auf 9 Stunden noch weiter verhandelt werden könnte. Dies witzige Zugeständnis fand jedoch nicht die Billigung der Innung, weshalb auch der Tarifvertrag keine Geltung erlangte.

### Das Ende der Maureransperrung.

Paris, 19. April. (Fig. Ver.)

Am Dienstag wird die Arbeit auf den Pariser Bauplänen wieder aufgenommen werden. Die Unternehmungspresse bemerkt sich, die Eröffnung der Baupläne als einen Erfolg des Unternehmerhabilitats erscheinen zu lassen, tatsächlich bedeutet sie den völligen Zusammenbruch der Ansperrung. Nach der offiziellen Aufstellung des Arbeitsministeriums war ein Viertel der Maurer überhaupt nicht ausgesperrt worden und die Zahl der Arbeitenden hatte seit Beginn der Ansperrung zugenommen. Die kleineren Unternehmer nahmen an dieser fast gar nicht teil. Am 10. April waren in Paris selbst 221 Baupläne offen und 434 geschlossen, in der Umgebung 519 offen und nur 106 geschlossen. Am 16. April waren in Paris nur 397, in der Umgebung 128 geschlossen. Die kleinen Unternehmer haben gegen die Maßregeln, womit die Macher des Syndikats sie zum Anschlag zwingen wollten — besonders gegen die Einstellung der Gipslieferung — protestiert, ebenso erklärten sich die Baumeister gegen die Ansperrung. Unter diesen Umständen war sogar der größere Teil der bürgerlichen Presse gezwungen, Objektivität wenigstens zu heucheln und die Meinungen der Arbeiterschaft über den Konflikt nicht ganz zu verschweigen. Das letzte Mittel, das die Ansperrter anwendeten, war die Schwindschuldung einer „Union“ von Arbeitern und Unternehmern, die den Arbeitern Alters- und Witwenversorgung gewähren sollte. Nur eine ganz verschwindende Zahl von Leichtgläubigen hat diesen Versprechungen Glauben geschenkt und sich auch bereit gefunden, ein Reglement anzunehmen, das die Herrsch- und Ausbeutungssucht der Ansperrter in Paragraphen bringt. Herr Willemin, der Ansperrungsgeneral, behauptet zwar, 6000 Arbeiter hätten unterschrieben, in Wahrheit hat er kaum einige Hundert solcher frommer Knechte gefunden — etwa so viel, als es schon vor der Ansperrung in der „gelben“ Gewerkschaft gab. Von den organisierten Arbeitern zumal ist keiner unrein geworden. Am Dienstag wird die Renommee offenbar werden. Wenn die Baupläne geöffnet werden, so werden die Arbeiter als Unbesiegte auf ihnen eingehen, und der Kampf um den Reinstudentag, dem die Ansperrung ein Ende machen sollte, erhält eine kräftigere Fortsetzung.

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Holländische Kolonialschlachterei.

Saag, 21. April. (B. L. B.) Wie amtlich gemeldet wird, ist das Gebiet von Kloengkoeng auf der Insel Bali in Jufuhr; überall treffen die Truppen auf Widerstand. Der Sitz der Häuptlinge in Seigel wurde erobert. Von den Aufständischen wurden hundert getötet. Ein Offizier ist gefallen, sechs Soldaten, drei Stulis und drei Nichtkombattanten wurden verlegt. Es wurden Verstärkungen nach Kloengkoeng entsandt. Am Tage nach der Eroberung des Häuptlingsortes fand ein weiteres Gefecht statt, in dem ein Soldat getötet und vier schwer verwundet wurden. Die Eintreibung von Steuern an der Westküste von Sumatra hat Widerstand hervorgerufen. Es wurden Truppen nach Pajaloemboeh entsandt. In der Festung Van der Kapellen wurden Gendarmen von Häuptlingen mit 100 Gewehren angegriffen. Von den Angreifern wurden 18 getötet und 50 verwundet. Die Häuptlinge wurden verhaftet. Zwei Soldaten sind verwundet.

#### Die Lederindustriellen.

Frankfurt a. M., 21. April. (B. L. B.) Heute fand die diesjährige ordentliche Hauptversammlung des Zentralvereins der deutschen Lederindustrie statt. Es wurde beschlossen, beim Bundesrat dahin vorstellig zu werden, daß sämtliche Gerbmaterialezölle befreit werden. Nach dem Referat des geschäftsführenden Vorstandesmitglied Krause-Berlin wurde beschlossen, nochmals an den Reichstag heranzutreten, um im Interesse der Lederindustrie notwendige Änderungen an der Novelle zum Reichsviehweidengesetz herbeizuführen. Die Versammlung erklärte sich gegen die Errichtung einer Wulsthandelsstelle. Auch soll der Anschlag an den Zentralverband deutscher Industrieller angestrebt werden.

#### Zum Eisenbahnunglück in Australien.

Sidney, 21. April. (B. L. B.) Die Eisenbahnkatastrophe bei Bradbrook ist das schwerste Bahnunglück in Australien. Unter den Verlegten befinden sich 45 Schwerverwundete, annähernd 20 Personen werden vermisst. Unter den Trümmern vermutet man Verunglückte mit deutschen Namen. Geborgen sind bisher Rosa Ackermann (tot), Johann Pöfener (verletzt).

#### Das Osterwetter im Ausland.

Paris, 21. April. (B. L. B.) Aus verschiedenen Departements, wie Cotes du Nord, Ardèche usw., laufen Meldungen über starken Schneeeinbruch ein. In verschiedenen Bezirken haben die Saaten stark gelitten, desgleichen die Obstbäume, die teilweise in voller Blüte standen. Der in den letzten 48 Stunden durch Frost und Schnee angerichtete Schaden läßt sich zwar noch nicht genau übersehen, ist aber sehr bedeutend.

Wien, 21. April. (B. L. B.) Aus allen Landesteilen, besonders aus den Alpen und aus sonstigen Gebirgsgegenden, wird rapider Wettersturz und starker Schneefall gemeldet.



15. Kongreß der Sozialdemokratie Ungarns.

Die sozialdemokratische Partei Ungarns hielt zu den Osterfesten in Budapest ihren XV. Parteitag ab. Dem gedruckten Bericht der Parteileitung entnehmen wir die folgenden Angaben über den Stand der Bewegung und über die Kämpfe, welche die Partei gegen die korrupte Regierung Ungarns zu führen hatte.

Ungarns Regierung hat sich unberührt auf die Seite des Kapitals und der Feudalagrarier gestellt und die Rechte der Arbeiterschaft, des Kleinbürgertums, ja sogar des Mittelstandes in schmachlichster Weise geopfert. Die Gewerkschaften wurden sistiert, aufgelöst, die Versammlungen verboten, Streiks mit roher Gewalt unterdrückt, Sammlungen für die ausgeperrten Arbeiter verboten und zu gleicher Zeit unterföhnten die Behörden die Aussperrungen der Scharfmacher und halfen ihnen beim Ausbau ihrer Organisationen.

Die neuen Gesehe, die geschaffen wurden, waren eigentlich nur dazu bestimmt, die Arbeiterschaft in Ketten zu legen. Das neue Arbeiterversicherungs-geseh annulliert alte Rechte. Die Leibeigenschaft wurde durch ein einparagrafisches Geseh für die getrockneten Eisenbahner aufs neue ausgesprochen. Und zuletzt wurde angedeutet, daß die Regierung ein Streik-geseh durchzusehnen beabsichtigt, welches die Bestrebungen der Arbeiterschaft vollends unterdrücken soll.

Inermüßlich war die Partei bestrebt, den Kampf um das Wahlrecht zu führen und in dem ewig denkwürdigen 10. Oktober fulminiert die großartigste Machtentfaltung, zu der Ungarns Sozialdemokratie bisher fähig war. Noch nie hat in Ungarn eine Arbeitseinstellung von derartigen Dimensionen stattgefunden. Zu gleicher Zeit fanden in ganz Ungarn in insgesamt 191 Städten und Gemeinden gleichfalls impotante Massenversammlungen statt. Die von der Regierung veranstalteten offiziellen Zählungen brachten insgesamt 184 021 Demonstrierende. Hiervon entfielen auf Budapest 81 024. Selbstverständlich sind diese Zahlen der offiziellen Statistik falsch, nach sorgfältigen Schätzungen der Partei war die Zahl der Demonstranten doppelt so groß.

Erst vor wenigen Monaten gelang es der „Kepszaba“, dem Budapest Organ der Partei, an Dokumenten aus dem Ministerium des Innern zu enthüllen, was die Nachhader Ungarns in ihrer Furcht vor den Massen des Proletariates planen: das Pluralwahlrecht. Das ganze Land geriet in ungeheure Erregung und in zahllosen Versammlungen wurde der Kampf gegen das schwarze, ehrlose Wahlrecht und für das wirkliche allgemeine, geheime und gleiche Wahlrecht mit verdoppelter Energie aufgenommen. Die Aktion hatte den Erfolg, daß die Regierung es vorzuziehen nicht wagte, mit ihrer Vorlage herauszukommen. Indes macht sie starke Anstrengungen, um mit Hilfe einer Aenderung der Geschäftsordnung auch das letzte Fünftel des Widerstandes im Parlament zu brechen.

Wichtige Momente in der Parteibewegung waren der Kampf gegen den Wohnung- und Lebensmittelwucher, dessen Erfolg ist, daß die Regierung und die Gemeinde Budapest gezwungen wurden, sich mit dieser Frage eingehend zu befassen.

Die Gründung einer Parteischule, die Stärkung der Parteioorganisationen, die Hausagitation, Erhaltung und Schaffung neuer Provinzsekretariate, Vorträge und Vorlesungen in allen größeren Städten, Komitats- und Kreis-Konferenzen ohne Zahl zeugen von der inneren Entwicklung, welche die Parteibewegung genommen hat. Insgesamt bestehen 24 Sekretariate in der Provinz. Mit welchen Schwierigkeiten die Partei zu kämpfen hat, zeigt der Vorfall in Scheleschewar. Die dortige Behörde hat den Parteisekretär und den Sekretär der Landarbeiter auf bloße Denunziationen hin zu Strafen verurteilt und aus der Stadt verwiesen, worauf die Arbeiter zum allgemeinen Streik griffen. Sie versammelten sich wegen des Belagerungszustandes, der über die Stadt verhängt war, nachts im Walde, auf den Wiesen und einmal sogar auf dem Friedhofe.

Besonderes Interesse verdienen die Berichte der Rationalitätskomitees. Das Landeskomitee der deutschsprachigen Sozialdemokraten in Ungarn, das vor kaum zwei Jahren seine Tätigkeit begann, hat in dieser kurzen Zeit insgesamt 267 000 Exemplare Flugschriften verbreitet. Deutsche Man-

derborträge im ganzen Lande, sowie Volksversammlungen und Bezirkskonferenzen, wo bisher noch die deutschsprachige Agitation nicht eingeföhrt hatte, Verbreitung der deutschsprachigen Parteipresse waren die wichtigsten Punkte der Tätigkeit des Komitees.

Die Bewegung der Slowaken, Serben, Rumänen zeigt gleichfalls im Verhältnis zu früheren Jahren von größerer Intensität und Ausbreitung der Agitation.

Die Parteipresse, besonders das Zentralorgan der Partei, der „Kepszaba“, hat im Berichtsjahr gleichfalls schöne Erfolge aufzuweisen. So gelang es, der „Kepszaba“ im Verlaufe von zwei Wochen 2400 Abonnenten zuzuföhren. Auch die wissenschaftliche Zeitschrift der Partei, „Sozialismus“, und die sonstigen Parteiblätter: „Volksstimme“, „Abderul“, „Blasul Poporului“, „Kardoni Glas“, „Slovenste Robotniko Novini“, „Kopred“, „Kassai munkas“, „Kunlas“, „Kagwarabi munkas“, „Arbeiterzeitung“, „Volkswille“, „Westungarische Volksstimme“, sind an Abonnenten stark gewachsen.

Flugschriften in allen Sprachen wurden in insgesamt 1 552 000 Exemplaren gratis verbreitet, dabei sind die kleineren Flugschriften nicht gerechnet.

Die Parteibuchhandlung hat insgesamt 14 neue Ausgaben von teils sozialdemokratischen, teils modern-literarischen Werken in insgesamt 107 500 Exemplaren herausgegeben. Der Geschäftsverkehr der Buchhandlung ist im Verhältnis zum vergangenen Jahr um 10 000 Kronen gestiegen.

Die Arbeiterinnenbewegung, die Bewegung der jugendlichen Arbeiter, die Genossenschaftsbewegung, die Abkündigtenbewegung zeigen gleichfalls sowohl an Zahl der Mitglieder, als auch an den Einnahmen, eine stetige Steigerung.

Ein besonderes Kapitel in der Bewegung verdient eine Statistik der über Sozialdemokraten erlassenen Strafen. Sie beweist, daß die Koalitionsregierung sich Rußland zum Muster nahm, als sie den Kampf mit der Sozialdemokratie Ungarns aufnahm. Strafen und Verfolgungen wurden unter folgenden Titeln verhängt:

Aufriegelung 15 Monate Staatsgefängnis und 300 Kronen Geldstrafe.

Aufreizung: 149 Monate 44 Tage Staatsgefängnis, 10 000 Kronen Geldstrafe.

Gewalttätigkeit gegen die Behörde und gegen Private: 108 Monate Gefängnis, 4 Wochen 119 Tage Gefängnis, 50 Monate Gefängnis, 40 Kronen Geldstrafe.

Verleumdung und Ehrenbeleidigung: 32 1/2 Monate 2 Wochen und 3 Tage Gefängnis, 1750 Kronen Geldstrafe.

Politikern ohne Zeitungslizenz: 4 Monate Gefängnis, 300 Kronen Geldstrafe.

Verwaltungsgerichtliche Urteile: 173 Tage 216 Stunden Gefängnis, 2948 Kronen Geldstrafe.

Die Einnahmen der Parteiblätter betrugen im Berichtsjahre 1906/1907 274 000 Kronen, während sie im Jahre 1907/1908 383 000 Kronen betrugen. Die Einnahmen des Parteisekretariats betrugen 1907/1908 79 000 Kronen. Davon wurden zur Unterstüßung von Inhaftierten 7178 Kronen verwendet.

Alles in allem zeigt der Bericht von einem erfreulichen, stetigen Anwachsen der Sozialdemokratie, und gerade die Verfolgungen, die Walfür der Behörden sind es, welche diesen Zahlen eine viel größere Bedeutung verleihen, als sie auszubräuen vermöchten.

Als Gäste sind zur Tagung erschienen vom Internationalen Sozialistischen Bureau der Sekretär Genosse Duhmans und von der österreichischen Waderpartei Parteisekretär Genosse Starck.

In seiner Eröffnungsrede hob Genosse Garbai die enorme Wichtigkeit gerade dieses Kongresses hervor, dessen Beschlüsse Ungarns Politik beeinflussen sollen. Aber nicht nur die Politik, sondern auch das wirtschaftliche Leben Ungarns. Die Sozialdemokratie ist jener Faktor, welcher allein dem Lande eine gesunde Politik und eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung bringen kann. Heute werden alle jene, welche ihre Stimme für das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht erheben, im Parlamente als Leute hingestellt, welche die Rationalitäten in Ungarn zu bevorzugen, die Superiorität Ungarns zu untergraben gewillt sind. Aufgabe der Sozialdemokraten ist es, diese Behauptung zu widerlegen. Nachdem der Redner kurz die wichtigsten Beschlüsse des abgelaufenen Jahres beröhrt hatte, wünschte er den Beratungen des Kongresses vollen Erfolg.

Genosse Duhmans begrüßte den Kongreß namens des Internationalen Bureaus und fuhr dann fort: Sie stehen vor wichtigen Fragen, welche nicht für Sie, sondern für die ganze große Bewegung von Wichtigkeit sind. Es sind die Fragen des allgemeinen Wahlrechts und die Landfrage. Ich komme aus einem Lande, das zum ersten Male den politischen Massenfreit inszeniert hat und in welchem — leider — das Pluralwahlrecht erfinden worden ist. Und ich kann Ihnen das eine sagen: das Pluralwahlrecht wenigstens in unserem Lande — ist ein Schwindelrecht. (Zwischenrufe: Bei uns wird's auch nichts anderes sein!) Der Pariser Kongreß im Jahre 1900, der Stuttgarter Kongreß, auf dem auch Sie vertreten waren, zeigen das feste Anwachsen der Macht der sozialdemokratischen Partei, und ich halte die Internationale für unüberwindlich, wenn sie nur gescheit und mannhaft ist und bleibt. Ihre Partei bleibt für Ungarn die einzige Hoffnung. Mit Ihrem Siege wird die feudale Wirtschaft verschwinden. Und nun wünsche ich dem Kongreß zu seinen Beratungen vollen Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Starck begrüßte den Parteitag namens der österreichischen Genossen und fuhr dann fort: Ungefähr so, wie die Wahlrechtsfrage heute bei Ihnen steht, so ungefähr sah die Sache vor zwei Jahren bei uns aus. Noch in der letzten Minute, als bereits fast die ganze öffentliche Meinung für das allgemeine, gleiche Wahlrecht gewonnen war, gab es Leute vom Schlage der Geschäfts- und Ausbeuterpolitiker, welche an Stelle des allgemeinen, gleichen Wahlrechts das Pluralwahlrecht gesetzt wissen wollten. Wir haben den Herrschaften darauf erwidert: entweder der Bürger wird im Staate als gleichwertig anerkannt, dann das allgemeine, gleiche Wahlrecht, oder überhaupt kein Wahlrecht, denn dann gibt es keinen Staat. (Lebhafter Beifall.) Sehr geehrte Parteigenossen! Sie haben schon vor Jahren bewiesen, daß das ungarische Proletariat nicht nur nicht zugrunde gegangen ist, sondern im Gegenteil, stetig erstarkt. Und ich bin überzeugt, kommt es zum Kampfe, so werden auch die Ungarn instand sein, ihren Ramm zu stellen. Man spricht in Ungarn viel von der Einführung des Pluralwahlrechts. Man will das Pluralwahlrecht, weil man die Privilegien der Besitzenden nicht aufgeben will. Man will ein Scheinwahlrecht, um das Volk, den großen Lämmel, zufriedener zu stellen und um ihm einreden zu können, nun habe es ein Wahlrecht. Wesser kein Wahlrecht (stürmischer Beifall) als das Pluralwahlrecht, das nur eine Verfälschung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts wäre und ich bin überzeugt, die gleichen Erfahrungen, welche unsere Genossen in Belgien mit dem Pluralwahlrecht gemacht haben, die gleichen Erfahrungen würden auch Sie machen und sich bald davon überzeugen, welchen Schwindel man in Ungarn mit dem Pluralwahlrecht ausführen will. Lassen Sie nicht nach. Im geeigneten Momente hinein in den Kampf und nicht früher gerührt, bis nicht auch Sie sich das allgemeine, gleiche Wahlrecht errungen haben! (Langanhaltender, stürmischer Beifall.)

Begrüßungsschreiben sandten u. a. die sozialdemokratische Partei Deutschlands, die sozialdemokratische Partei der Ungarn Amerikas, die Staatsgefängenen von Ue usw. Namens der Mandatsprüfungs-Kommission berichtete Genosse Forgacs, daß an den Beratungen insgesamt 178 Delegierte teilnahmen.

Präsidenten des ersten Tages sind die Genossen Garbai, Nariil und Martos. Nach der Wahl der Kommissionen wird ein Begrüßungsschreiben der Proletarierinnen Oesterreichs erwidert.

Hierauf bittet vor der Tagesordnung Genosse Jocsak das Wort und berichtet, unter Entrüstungsbildungen des Kongresses, über das Vorgehen eines Budapestener deutschen Blattes, des „Neuen Reiter Journals“, das in einem Artikel die Regierung auffordert, die russischen Fremdlinge, die sich an der Peripherie der Stadt niedergelassen haben, auszuweisen, weil sie Einschießer des Hungertypus sein sollen, am 1. Mai, an welchem das neue Fremden-geseh ins Leben tritt. Da es sich hier um mehr als 10 000 russische Emigranten handelt und ein großer Teil derselben aus revolutionären Flüchtlingen besteht, so widerspricht dieses Vorgehen jeder Humanität, zumal der Hungertypus gar nicht in den Massenquartieren dieser Emigranten, sondern gerade in den Armenquartieren der Hauptstadt ausgebrochen ist, welche Armenquartiere der Oberaufsicht des Gesundheitsamtes unterliegen. Der Kongreß spricht seine Entrüstung über das Vorgehen der Polizei und des genannten Blattes aus.

Gleichfalls vor der Tagesordnung berichtet Genosse Ságó über das allem Vereins- und Versammlungsrecht spottende Vor-

Kleines feuilleton.

Besser geworden.

Von Fjodor Sollogub.)

Sehr verschiedene Knaben gibt es auf der Welt, gute und böse. Es lebten einmal zwei Knaben, ein braver und ein Schelm. Einmal kam ein Zauberer zu ihnen, der Onkel Besser-sein. Er fragte sie:

„Wollt Ihr Euch bessern?“

Der brave Knabe sagte:

„Ich will besser werden, liebster Onkelchen, denn dem Guten geht es überall gut.“

Aber der Schelm sagte:

„Ich aber will es nicht werden, Onkel, ich bin schon gut genug. Von allzu vielem Gutssein kann es kommen, daß man den Mund beim Wähnen zu weit aufreißt.“

Der Onkel Besser-sein sagte:

„So bleib denn Du ein Schelm. Du aber, braver Knabe, sollst so gut und süß werden, daß sich alle dah verwundern sollen.“

Er ging. Und der brave Knabe wurde so süß, daß er vor lauter Syrup triefte. Und man konnte ihn schon nirgends mehr leiden, denn wohin er auch kam, alles machte er mit seinem Syrup liebzig. Auch seine Mutter zürnte ihm.

„Für Deinen Syrup“, sagte sie, „habe ich gar nicht genug Wäsche. Wärs Du doch lieber ein Schelm oder Zaugenichis.“

Dem braven Knaben aber gefiel es, daß er so von Syrup triefte. Und so blieb er auch. Wurde groß und ein Kriecher: drehte Kopiertüten, in die Lüten ließ er den Syrup laufen und brachte ihn so allen hochgestellten Leuten dar.

Gefährliche Blutapfelsinen. Die Nahrungsmittelfälscher besitzen eine geniale Erfindergabe und so kommen Fälschungen von Nahrungsmitteln vor, an welche eigentlich kein Mensch denkt. Wer hätte daran gedacht, daß sogar die kostigen Blutapfelsinen gefälscht werden können! Und doch ist eine solche Fälschung in St. Petersburg festgestell worden, worüber die russische medizinische Wochenschrift „Wraisch“ in einer ihrer letzten Nummern berichtet. Die Fälschung wurde gelegentlich einer merkwürdigen Veranlassung festgestellt. Ein kleines Mädchen erhielt eine Blutapfelsine, kaum hatte es jedoch von derselben eine Scheibe in den Mund, als es auffärie und aus seinem Munde Blut hervorbrachte. Dem sofort herbeigeholten Arzt gelang es, aus dem Halse des Kindes die Bruchstücke einer Spritzennadel herauszuziehen. Die Nadel war höhl und enthielt in ihrem Kanal die Reste eines roten Anilinfarbstoffes. Das verletzte Kind schwelte lange Zeit in Lebensgefahr. Bei der heimlichen Untersuchung der Apfelsinen — es handelte sich gerade um ein Duzend, das eingekauft worden war — ergab sich, daß das „Blut“ den Drangen künstlich zugeführt worden war. Es war eine rote Anilinfarbe, die mit Saccharin versetzt war und diese wurde mittels einer Spritze in die Drangen eingespritzt. In dem

Falle, welcher zur Entdeckung der Fälschung führte, war die Spitze der Nadel unbemerkt abgebrochen und stecken geblieben. Dah bereit präparierte Drangen außerdem gesundheitschädlich sind, da das Anilin auf den Organismus giftig wirkt, braucht nicht weiter betont zu werden.

Die sprechende Uhr. Die die „Potentwacht“ mittels, wird demnächst von einem Berliner Mechaniker eine sprechende Uhr beim kaiserlichen Patentamt angemeldet. Sie besteht aus einer Art Regulator, verbunden mit einem Phonographen in einem aufstehenden Holzgehäuse. Durch eine Federverbindung zwischen der Uhr und dem Phonographen wird der letztere bei jeder halben und vollen Stunde in Bewegung gesetzt und ruft klar und deutlich die durch die Uhr angegebene Zeit aus einem unter der Uhr befindlichen Schalltrichter. Der Phonograph wird nach Ablauf der betreffenden Zeit durch eine Feder sofort wieder abgestellt. Auch die Tageszeit wird durch den Apparat ausgerufen, wie z. B. „Halb elf Uhr vormittag“. Wenn sich diese Erfindung einbürgert, wird sie wohl bald auch eine Umwälzung in den Wendungen der Umgangssprache mit sich bringen, und die Zeit ist wohl dann nicht mehr fern, in der man sagen wird: Der weiß, was die Uhr gerufen hat!

Ein Schutz gegen Unfälle durch Elektrizität. Die Wirkung von Starkströmen auf den menschlichen Organismus ist eine individuell sehr verschiedene und wird zudem seltsamer Weise in hohem Maße durch den psychologischen Vorgang im Augenblick des Stromeintritts in den menschlichen Körper beeinflusst. Man gewinnt beinahe den Eindruck, als vermöge die Willenskraft sich gleichsam als Puffer der tödlichen Nervenerregung entgegenzunehmen, vorausgesetzt, daß die Hochspannungsleitung absichtlich und in Voraussicht des Schoos beröhrt wird. Elektrotechniker vermögen infolge dieser seltsamen Tatsache fallbüßig stromführende Leitungen anzufassen, die ihnen bei einem zufälligen oder unerwarteten Kontakt sicheren Tod brächten. Die Verhütung von Leitungen aber, die irrtümlich für stromlos gehalten werden, bedeutet unter allen Umständen eine tödliche Gefahr, der die Ingenieure, Monteurs und Arbeiter in elektrotechnischen Betrieben unausföhlich ausgesetzt sind. In Frankreich hat die Gesellschaft der Industriellen vor etwa drei Jahren einen Preis für einen Apparat ausgeschrieben, der anzeigt, ob eine Leitung stromlos ist oder nicht. Die preisgekürnte Vorrichtung, eine Erfindung des Ingenieurs Met, die in neuester Zeit der Praxis übergeben wurde, stellt im wesentlichen ein Aluminiumbleit-Elektroskop an isoliertem Handgriff dar. Man beröhrt die zu prüfende Leitung einfach mit dem Knopf des Elektroskops. Bei einem Strom von 300 Volt zeigt sich bereits ein erkennbarer Ausschlag der Blättchen, der bei 1000 Volt schon recht beträchtlich wird, während bei ganz hohen Spannungen schon die Annäherung des Apparates an das Kabel genügt, um die Anwesenheit des Stromes zu erkennen. Ob es sich um Gleich- oder Wechselstrom handelt, spielt dabei keine Rolle. Der Apparat ist zweifellos in manchen Fällen recht brauchbar, so bei Reparaturen in weitläufigen Regien, die Hochspannungsströme führen. Allerdings sind unter gewissen Umständen auch schon Spannungen unter 300 Volt sehr bedenklich, so daß ein Idealverfahren in der elektroskopischen Prüfung wohl noch nicht vorliegt.

Humor und Satire.

Der Ausbau der Toteninsel. Ein wichtiges Ergebnis der letzten Kaiserreise ist zu verzeichnen: es wurde beschlossen, das bei Korfu gelegene Vorbild von Volkins „Toteninsel“ nach den Plänen der Architekten Jhne und Ehard silberneu zu restaurieren.

Das Familienpalat. „Gnädiges Fräulein haben sich verlobt, wie ich höre. Ergebenen Glückwunsch. Darf ich fragen, was Ihr Herr Bräutigam ist?“ — „Sein Bruder ist Leutnant, Herr Geheimrat.“ (Simplicissimus.)

Notizen.

Die freie Volksbühne bringt am Freitagabend 8 1/2 Uhr im Luisen-theater Max Halbes „Ritter Erde“, am kommenden Sonntag im Berliner Theater Ludwig Anzengrubers Drama „Der ledige Huf“ zur Aufführung. Am Sonnabend wird der 29. Kunstabend im Rathaus abgehalten (Eintrittspreis 35 Pf.). Herr Fritz Richard vom Deutschen Theater regitiert aus den Dichtungen der jungösterreichischen Autoren. Gastkarten zu den Abendvorstellungen liegen in allen Zahlstellen aus.

Die „geheimnisvolle Frau“ spielt nicht bloß in den Kolportageromanen und den Hausagen regierender Geschlechter eine bedeutungsvolle Rolle. Sie soll nun auch in die dramatische Literatur eingeföhrt werden. Ernst v. Wildenbruch arbeitet an seinem Lebenswerk, die deutsche Geschichte im Hinblick auf die Hohenstaubner zu dramatisieren, nützig weiter. Ueber seine neuesten Pläne hat er ausgeplaudert: „Die deutsche Geschichte, so überreich an Unterlassungen, so überarm an großem Volkbringen, enthält einen Vorgang von reiner Herrlichkeit, das ist die Uebertragung der Krönungskrone von Kaiser Konrad I., dem Rheinfranken, auf Heinrich den Ludolfinger, den Sachsen. Weil er unter dem harmlosen Namen des „Zülfers“ in der Erinnerung fortlebt, wissen und ahnen kaum einige, daß ein solcher Ramm nicht der hätte werden können, der er war und ward, wenn er nicht elementare Gewalten in seinem Selbst niederzuringen gehabt hätte. In Werleburg war die geheimnisvolle Frau, war Hacheburg geboren, die so tief in seiner Seele gewirkt hat. Die Geschichte weiß und sagt von ihr wenig.“

Das weitere wird Wildenbruch besorgen. Vermutlich wird die gegen solche Attentate wehrlose Frau — kein Majestätsbeleidigungsparagrafen schlägt sie — aus dem Kaiserreih des Reiches Herrlichkeit unter den Hohenstaubner prophezeiten müssen.

Die technische Verwertung der Meereswellen hat, wie die „Frankf. Ztg.“ berichtet, eine neue Lösung gefunden, die allem Anschein nach erst zu nehmen ist. Es handelt sich um einen „Maremotor“ genannten Apparat, den Major A. Ravelli vom italienischen Generalstab erfunden, bei allen Staaten Europas und Amerikas patentiert und an der Iguirischen Küste erprobt hat. Der Apparat besteht aus einer mit Schienen versehenen schiefen Ebene, die so beweglich ist, daß sie der wechselnden Flut sich anpassen kann und auf den Schienen einen ebenfalls leicht beweglichen Karren mit Rumpfen trägt, deren Tätigkeit den Druck der Wellen mit komprimierter Luft oder Elektrizität umsetzt. Der Erfinder berechnet, daß durch seinen Apparat die Kosten für motorische Kraft um die Hälfte geringer werden.

\*) Aus Sollogubs Buch der Märchen, das in deutscher Uebersetzung bei Hans v. Weber in München erschien. (Preis brosch. 2 M.)



Reihen der Polizei, welche den Kongress der jugendlichen Arbeiter verboten hat. Der Kongress spricht seine Entzweiung aus gegen dieses Verbot auf das Versammlungsrecht. Damit wurden die Vormittagsverhandlungen beendet.

Budapest, 21. April. Trotz des polizeilichen Verbotes wurde hier der Kongress der jugendlichen Arbeiter abgehalten. Die Delegierten hielten auf einem Donauarme mehrere Boote gemietet, sie miteinander verbunden und zu einem Hof vereinigt, auf dem der Kongress abgehalten wurde. Die Polizei erfuhr davon zu spät und konnte nicht mehr eingreifen.

## Der Kongress der belgischen Arbeiterpartei.

Brüssel, 20. April. (Fig. Ber.)

In den Osterferien hat im hiesigen „Maison du Peuple“ die Arbeiterpartei ihren Jahreskongress abgehalten. Es nahmen an ihm 477 Delegierte teil, die 201 Parteioorganisationen vertraten. Die Verhandlungen begannen mit einer Diskussion über den Bericht der Fraktion. Eine Reihe von Delegierten erhoben Beschwerde gegen den künftigen Besuch der Parlamentssitzungen von Seiten der sozialistischen Abgeordneten. Der Sekretär der Metallarbeiter, Genosse Laef forderte, daß die Präsenzliste der Deputierten im „Peuple“ veröffentlicht werde. Der Arbeiter, der in der Werkstatt fronde und seine Parteipflichten erfüllt, finde eine solche Rücksichtlosigkeit unangehörig. Die sozialistischen Senatoren aber finden es nicht einmal der Mühe wert, den Sitzungen des Generalkongresses der Partei beizuwohnen, wo sie das Programm der Partei besser kennen lernen könnten. (Anspielung auf den Senator und Kongo-Anexionisten Edmond Picard).

Deputierter Hubin erklärte, die einzige mögliche Lösung bestehe in einer Kontrolle der Föderationen. Aber eine ausnahmslose Anwesenheit der Abgeordneten sei nicht möglich, ohne daß das Parteinteresse selbst darunter lide. Wenn die Abgeordneten den Sitzungen bis zum Schluss beizuwohnen wüßten, wären sie gezwungen, in Brüssel zu wohnen und in zehn Jahren wäre es dann um die belgische Arbeiterpartei geschehen. Man habe keine Ursache, Zustände wie in Frankreich zu schaffen, wo die in Paris festgehaltenen Abgeordneten den Kontakt mit dem Proletariat verlieren und Verurteilten nachhaken. Volkart griff die Senatoren Picard und Grimard an, die ihr Talent aufgewendet hätten, um den Spielwächter Marquiel vor der Strenge des Gesetzes gegen die Hazardspieler zu bewahren. Er verlangte auch eine Aufklärung der sozialistischen Senatoren über ihre Haltung in der Kongressfrage.

Zafontaine erwiderte für seine Person: Er sei ein entschiedener Gegner des Entwurfes betreffend die Übernahme des Kongo, aber Anhänger der internationalen Kolonisation. Er sei auch der Meinung, daß Belgien in Anbetracht der gedachten Opfer wohl den Anspruch darauf hätte, von den Mächten ein Mandat zur Verwaltung des Kongo zu verlangen. Die Leistungen der sozialistischen Senatoren trügen infolge ungenügender Berichterstattung in der Parteipresse nicht entsprechend zutage.

Schließlich wurde ein Antrag Vanderveldes, der die Sorge für den regelmäßigen Parlamentsbesuch den Föderationen überträgt, angenommen.

Der Bericht der sozialistischen Gemeinderäte verzeichnet die Zugehörigkeit von 605 sozialistischen Gemeinderäten zum Verband der sozialistischen Gemeindevertreter. Die Gesamtzahl der in den kommunalen Versammlungen sitzenden Sozialisten beträgt 900, darunter 115 Stadträte. Bei den letzten Gemeindevahlen sind 150 Sitze gewonnen worden.

Eine sehr ausführliche Beratung war wiederum der Kongofrage gewidmet. Neue Gesichtspunkte kamen nicht zum Vorschein. Vandervelde antwortete auf alle Angriffe mit der alten Erklärung, er sei gegen den vorgeschlagenen Kongovertrag, aber halte die Annexion für unermesslich und im Interesse der Eingeborenen auch für wünschenswert. Er sei bereit, sein Mandat, aber nicht seine Ueberzeugung in diesem Punkte aufzugeben.

Andere Redner wiesen darauf hin, daß die jetzige Einmütigkeit der sozialistischen Fraktion gegen das jetzige Projekt keine Gewähr für die Zukunft sei. Denn wenn es geändert würde, wie würde Vandervelde dann stimmen? Der Kongress müsse darüber Klarheit schaffen, ob man zugleich Sozialist und Kolonialpolitiker sein könne. De Vroelde meinte, man könne sich mit der Einmütigkeit der Fraktion gegen den jetzigen Kommissionsentwurf, die auch bei den sozialistischen Senatoren bestehe, begnügen. Wenn das Projekt modifiziert würde, was wenig wahrscheinlich sei, werde die Partei zur Entscheidung berufen sein. Der Kongress aber habe nur zu zeigen, daß die Mehrheit der Sozialisten gegen die Annexion sei und daß die Parteidisziplin über die persönlichen Meinungen triumphieren werde. Vandervelde replizierte, zwischen Belgien und dem Kongo bestünde ein Band, das die Partei nicht zerschneiden könne. Aber das Kongogeschäft des Königs habe in ihm immer einen Gegner gefunden und er habe die Parteidisziplin nicht immer Augenblick außer acht gelassen. Am Tage, wo er sich einer neuen Situation gegenüber befinden werde, werde er das Urteil der Partei anrufen.

Auf Antrag Anseles beschloß der Kongress schließlich die vom letzten Parteitag angenommene Resolution gegen die Annexion zu bestätigen und gegen das Annexionsprojekt eine intensive Propaganda zu organisieren.

## Holländische Arbeiterkongresse.

### Der Gewerkschaftskongress.

Am 13. und 14. April fand in Amsterdam der dritte allgemeine Kongress des Verbandes der niederländischen Gewerkschaften statt. Der Jahresbericht, der dem Kongress vorgelegt wurde, zeugt im allgemeinen von einer starken Entwicklung des Verbandes wie der einzelnen Organisationen. Am 1. Januar 1907 waren dem Verbande 18 Organisationen mit 23 698 Mitgliedern angeschlossen, am 1. Januar 1908 war die Zahl der Organisationen auf 24 gestiegen, die der Mitglieder auf 32 270, unter ihnen 1693 weibliche. 22 Organisationen gaben eigene Fachblätter heraus, die in zusammen 40 000 Exemplaren erscheinen. 14 Organisationen haben internationale Verbindungen. Die Einnahmen betragen im vergangenen Jahre 758 595 Gulden, die Ausgaben 417 270 Gulden. Für Lohnkämpfe in den eigenen Berufen wurden 88 198 Gulden, als Beihilfe zu Lohnkämpfen in anderen Berufen 18 172 Gulden ausgegeben. Das Vermögen der Organisationen machte am Jahresabschluss die Summe von 1 050 454 Gulden aus.

Die Mitteilungen des Jahresberichtes über Lohnbewegungen und Streiks sind, weil von einem Teil der Organisationen die Auskünfte fehlten, ziemlich mangelhaft. Es ist jedoch festgestellt, daß in einer großen Anzahl von Gewerben annehmbare Lohnerhöhungen, Verkürzung der Arbeitszeit und andere Vorteile erzielt wurden.

Der Verband der niederländischen Gewerkschaften ist im vergangenen Jahre in das Internationale Gewerkschaftssekretariat aufgenommen worden, an Stelle des „Nationalen Arbeitersekretariats“, der im Absterben begriffenen anarchoföhen Zentrale der Gewerkschaften Niederlands.

Der Verbandsvorsitzende Henri Polak sagte in seiner Eröffnungsrede zum Kongress, es wäre nicht gut, sich allzulange mit dem Gedanken an den Fortschritt der Organisation zu beschäftigen. „Denn was erreicht ist, ist nur bedeutend, wenn man es mit der Vergangenheit vergleicht. In sich ist der Fortschritt nicht so hart, wie man es mit Rücksicht auf das, was noch zu tun ist, wünschen möchte. Lohnt man den Diamantarbeiterverband außer Achtung, weil dieser Verband nicht mehr wachsen kann, dann sind die Organisationen, die schon 1906 angeschlossen waren, um 6508 Mitglieder oder um 43 Proz. gewachsen. Dies Wachstum beschränkt sich obendrein auf nur einzelne Verbände, andere stehen still, mit

einigen geht es zurück. Die Werkkraft der niederländischen Gewerkschaftsbewegung scheint noch nicht besonders groß zu sein. Woher kommt das doch? So habe ich mich selbst oft gefragt, ohne eine entscheidende Antwort zu finden. Niederland ist kein großindustrielles Land, sagt man; aber da weise ich auf Dänemark hin, das noch viel weniger Industrie hat. In unseren Organisationsformen und Kampfmitteln kann es nicht liegen, denn einige der angeführten Organisationen haben die besten Resultate damit erzielt.“

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen antwortete der Redner auf verschiedene kritische Bemerkungen, die von dem Diamantarbeiter A. van Prag und anderen der radikalen Richtung angehenden Parteigenossen, wie Frau Roland-Holt und Toton in „De Tribune“ und in „De nieuwe Tijd“ an die Tätigkeit des Gewerkschaftsverbandes geknüpft wurden. Die verschiedenen Kritiker hatten teils ausgeführt, daß der Gewerkschaftsverband in sozialpolitischer Hinsicht nicht genug leiste, teils, daß die Zentralisation, die der Verband beabsichtigt, zu straff sei, teils, daß seine Stellung zu den Ortsstellen nicht richtig sei, und teils, daß der Verband den Streik der Eisenarbeiter von Rotterdam, als einen Klassenkampf, hätte unterstützen sollen. Was diesen Vorwurf anbelangt, so erwiderte Polak, daß der Schiffs- und Bootarbeiterverband sich um die übrige Gewerkschaftsbewegung allzu wenig gekümmert, sich immer abseits gestellt habe, und daß im übrigen der Streik, um den es sich hier handelte, ein Ausfluß der dummen und reaktionären Aktion gegen die Getreideelevatoren gewesen sei.

In der Debatte über den Jahresbericht handelte es sich hauptsächlich um jene kritischen Bemerkungen. Die mit der radikalen Parteigruppe oder den Marginalen sympathisierenden Delegierten beurteilten auch die Art, wie der Redakteur Oudegeest im Verbandsorgan „De Vakbeweging“ die Streitfragen behandelt hatte.

Es wurden zwei Resolutionen eingebracht; eine für unbedingte Anerkennung der Tätigkeit des Vorstandes und mit dem Wunsche, daß er in derselben Richtung weiter arbeiten sollte, und eine andere, in der die Vorstandstätigkeit wohl gelobt wurde, jedoch der Ton in Oudegeests Artikel bedauert wurde. Die beiden Resolutionen wurden aber zurückgezogen; worauf der Kongress sich der Affirmation mit dem Jahresbericht einverstanden erklärte. Oudegeest wurde als erster Verbandssekretär einstimmig wiedergewählt.

Am zweiten Verhandlungstage wurden zunächst die Beiträge zum Verband festgesetzt, und zwar so, daß Organisationen mit 500 oder weniger Mitgliedern 15 Cent pro Mitglied und Jahr zu zahlen haben, Organisationen mit 501 bis 1000 Mitgliedern 20 Cent und solche mit über 1000 Mitgliedern 25 Cent. Ein Antrag des Möbelschleiferverbandes, der bei Streiks und Ausperrungen statt der jetzt noch üblichen Sammellisten eine Verpflichtung der angeschlossenen Organisationen zu bestimmten Extrabeiträgen zum Ziele hatte, wurde abgelehnt. Wohl war eine derartige Regelung der Streitbeiträge schon bei Gründung des Gewerkschaftsverbandes in Aussicht genommen, doch meint man, daß die Organisationen die dazu nötige Tragsfähigkeit auch jetzt noch nicht erreicht haben. Es wird jedoch weiter danach gestrebt, diese, ja in den skandinavischen Gewerkschaftszentralen bestehende Streitbeitragspflicht auch in Holland durchzuführen.

Hierauf kam die Stellung des Verbandes zur Wahlrechtsbewegung zur Verhandlung. Der Vorstand, der früher von einer direkten Beteiligung des Verbandes am Wahlrechtskampf abgeraten hatte, weil die meisten der Organisationen noch nicht dem Wahlrechtskomitee angeschlossen waren, einige sich sogar davon zurückgezogen hatten, empfahl nun im Einverständnis mit dem Parteivorstand folgende Resolution:

„In Erwägung, daß das allgemeine Wahlrecht eine starke Waffe im Klassenkampf ist, soweit er auf politischem Gebiet geführt wird;

daß gute Arbeitsgesetzgebung und vor allem befriedigende gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit nur von einem Parlament zu erwarten ist, das durch die ganze arbeitende Klasse mitgewählt worden ist;

daß der Anschluß an das Komitee für allgemeines Wahlrecht nicht Sache des Verbandes der Gewerkschaften ist, da diese Körperschaft in politischen Angelegenheiten keine Leitung ausüben kann oder darf, noch dafür irgendwelche Verantwortung tragen darf; daß gleichwohl das große Interesse, welches alle Arbeiter an der Einführung des allgemeinen Wahlrechts haben, die Gewerkschaftsorganisationen nötigt, die Aktion dafür kräftig zu unterstützen, um zu schnellerer Einführung des allgemeinen Wahlrechts zu gelangen;

und daß die Sozialdemokratische Arbeiterpartei die Aufgabe hat, die Arbeiter aufzurufen und zu führen in dem Kampf für das allgemeine Wahlrecht, erteilt die Generalversammlung des Verbandes der Gewerkschaften dem Vorstand den Auftrag, wenn die Partei den Verband in diesem Kampfe zur Hülfeleistung aufrufen sollte, diese Hülfe so kräftig wie möglich zu verleihen, soweit es die Umstände erfordern; beschließt die Generalversammlung, daß der Gewerkschaftsverband bei der allgemeinen Wahlrechtsdemonstration vertreten sein soll, und fordert die angeschlossenen Organisationen auf, nach besten Kräften die Aktion für das allgemeine Wahlrecht zu unterstützen.“

Diese Resolution wurde mit stürmischem Beifall einstimmig angenommen.

Zum folgenden Punkt „Gesetzgebung“ lag ein Antrag des Malerverbandes vor, der Gewerkschaftsverband möge für eine solche Ergänzung der Unfallgesetzgebung agitieren, daß die Unfallentschädigung auch bei Berufskrankheiten, wie Bleiweißvergiftung, gezahlt wird. Der Vorsitzende Polak empfahl Ablehnung des Antrages, weil das sozialpolitische Programm des Gewerkschaftsverbandes jetzt schon überfüllt sei und außerdem die Folgen von Berufskrankheiten nicht gut im Unfallgesetz untergebracht werden könnten. Der Kongress gab dem Vorstand den Auftrag, im Laufe des Jahres die Regierung durch eine Adresse auf die fürchterlichen Folgen der Bleiweißvergiftung aufmerksam zu machen, und auf Gegenmaßnahmen zu drängen.

Schließlich wurde noch über die Organisation der Arbeitslosenversicherung verhandelt, wobei neben der Selbsthilfe der Gewerkschaften besonders auf die Notwendigkeit einer Reichs-Arbeitslosenversicherung hingewiesen wurde. Das Vorgehen einzelner Gemeinden, wie namentlich der Stadt Haag, wo man durch ein verwirklichtes System kommunaler Arbeitslosenunterstützung die Gewerkschaften zu schädigen sucht, wurde entschieden abgelehnt. Auf Vorschlag des Vorstandes nahm der Kongress eine Resolution, die in den Hauptpunkten wie folgt lautet, einstimmig an:

„Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gibt es unter den heutigen Produktionsverhältnissen nur unzureichende Mittel. Diese Mittel sind:

- a) Große Einschränkung der Arbeitszeit bei gleichzeitiger Einstellung einer entsprechenden Anzahl Arbeitsloser;
- b) Abschluß von Tarifverträgen auf kurze Dauer, wobei das unter a) Angeführte ausdrücklich festgelegt werden muß;
- c) Errichtung von Arbeitsbüros, um das nötige Material zur Ausführung der Punkte a) und b) zu erhalten. Diese Arbeitsnachweise sollen wenn möglich unter Verwaltung der Gewerkschaften stehen und, wenn dies nicht möglich, unter Gemeindeverwaltung bei Mitwirkung der Arbeiterorganisationen.

Neben der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat die Gewerkschaftsbewegung die Aufgabe, die wirtschaftlichen Folgen der Arbeitslosigkeit zu lindern, weshalb gestrebt werden muß nach:

1. Arbeitslosenversicherung direkt und ausschließlich durch die Zentralverbände für ihre Mitglieder wie für jene, die auf Grund von Uebereinkommen mit anderen Korporationen als solche gelten.
2. Reichszuschüsse, die direkt den Gewerkschaften zufließen sollen.“

Als letzter Punkt stand die Frage der Ortsstellen auf der Tagesordnung, die bekanntlich bisher aus Vertretern der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen bestanden, nach einem Vorschlag des Vorstandes der Diamantarbeiter aber zu reinen Gewerkschaftsstellen gemacht werden sollen. Die Sache wurde jedoch vertagt, da man nicht mehr Zeit genug hatte, darüber zu verhandeln. Im übrigen hielt man die Frage auch nicht für dringlich.

### Konferenz

### sozialdemokratischer Frauenklub von Holland.

Arnheim, 18. April 1908.

Am heutigen Sonnabend, dem Vorabend des während der Osterferien in Arnheim tagenden Parteitages der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, hatten die sozialdemokratischen Frauenpropagandaklubs von Holland eine Konferenz veranstaltet, zusammenberufen vom Amsterdamer Klub. Zweck der Konferenz war, einen engeren Zusammenschluß zu erzielen. Die sozialdemokratischen Frauenklubs sollen ausschließlich aus Frauen, die Mitglieder der Partei sind, bestehen; ferner sollen die Klubs zu einem Verband zusammengeschlossen werden. Auf solche Weise soll aus den bisher selbständigen Klubs eine unmittelbar mit der sozialdemokratischen Arbeiterpartei verbundene proletarische Frauenbewegung herauswachsen, die einen systematischen Kampf auf ihrem speziellen Gebiet zu führen hat. Erreicht wird hierdurch Einheit in der Propaganda und in der Aktion für das Arbeiterinnen-Wahlrecht für Säuglings-, Mutter- und u. a. m.

Die Konferenz, die im „Vollgeheude“ stattfand, wurde von der Genossin Frau Widout mit einer Ansprache eröffnet, worin sie mitteilte, daß die Zahl der Klubs seit dem vorigen Jahre von 8 auf 12 gestiegen ist und deren Mitglieder von 455 auf 650 zugenommen haben, daß die holländischen Klubs internationale Beziehungen pflegen, in deren Auftrag der Amsterdamer Klub eine Delegierte nach dem Stuttgarter Kongress entsandt hatte, und daß die alle 14 Tage erscheinende „Proletarische Vrouw“ das Organ der gesamten Klubs geworden ist.

Betreten waren 10 Klubs, während zwei finanzieller Gründe wegen keine Delegierte abgeordnet hatten.

Nach eingehender Beratung wurde mit 7 gegen 3 Stimmen die Gründung eines „Verbandes der sozialdemokratischen Frauenpropagandaklubs“ beschlossen. Dem Beschluß hatten die beiden nicht vertretenen Klubs im voraus ihre Sympathie bezeugt. Ferner wurde beschlossen, dem Parteitag in Erwägung zu geben, dem neuen Verbande auf den Parteitagen direkte Vertretung und das Recht, Anträge einreichen zu können, zuzubilligen. Der Amsterdamer Klub, als derjenige, der seinen Sitz im selben Orte wie der Parteivorstand hat, wurde angewiesen, die drei Verbandsausführungsmittel zu ernennen, während die Klubs Middelburg, Scheveningen und Zeeuwarden zu der bereits gewählten Genossin Rooze Stel-Wos noch drei weitere Vorstandsmitglieder ernennen sollen. Redaktion und Administration wurden durch Affirmation wiedergewählt. Mit einem kurzen anspornenden Worte der Vorsitzenden wurde die Konferenz geschlossen.

### 14. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands.

Arnheim, 19. April.

Heute wurde hier der Parteitag von dem Genossen B. G. Bliegen mit einer Rede eröffnet, worin er auf das Wachstum der Partei im letzten Jahre sowohl an Abteilungen als Mitgliedern bei den Gemeinderatswahlen und den Wahlen für die Provinzialstaaten hinwies. Ein Beweis des Wachstums der Partei ist überdies, daß die bürgerlichen Parteien sich jetzt enger gegen die Arbeiterbewegung aneinander schließen. Die Auflage der Broschüren und Manifeste ist nie so hoch gewesen. Mit Freude werde auch das Wachstum der Gewerkschaftsbewegung begrüßt, und das enge Band, das zwischen ihr und der Partei geknüpft wurde, speziell durch den Beschluß des in letzter Woche tagenden Kongresses der Gewerkschaftszentrale, wodurch die Gewerkschaftsbewegung ihre Mitwirkung am Wahlrechtskampf zugesagt und sich zu diesem Zwecke unter die Führung der S. D. A. P. gestellt hat. Auch die Arbeiter-Genossenschaften machten gute Fortschritte. Im Jahre 1907 haben sie für die politische und Gewerkschaftsbewegung aus ihren Gewinnen 17 340 Gulden gegen 14 700 Gulden im Jahre 1906 beigetragen. Genosse Bliegen drückte den Wunsch aus, daß die Genossenschaften in Zukunft auch die Arbeiterpresse mehr mit Geldunterstützungen bespringen. Der Redner wies dann hin auf die Kritik mit ihrem Gefolge an Abend, das sie über die Arbeiterklasse bringt, die Notwendigkeit des Sozialismus, den Kampf der Diamantarbeiter und ihre vorbildliche Solidarität trotz der Kritik, die sie besonders traf. Unter langanhaltendem Beifall gedachte Bliegen der beurteilten russischen sozialdemokratischen Dumamitglieder, des bedrohten Finnlands, des Internationalen Kongresses zu Stuttgart, der ein Lichtpunkt in der internationalen Arbeiterbewegung war. Die inländische Politik bot nichts Besonderes, nur daß die liberale Regierung von der christlichen abgelöst wurde. Die erste konnte nichts Ordentliches für das allgemeine Wahlrecht tun, die letztere kann und will auch nichts tun. Die Arbeiterklasse muß auf ihre eigene Kraft zur Eroberung des allgemeinen Wahlrechts vertrauen. Zum Schluß erinnerte Redner an die Feier des sechzigjährigen Jubiläums des kommunistischen Manifestes, des fünf- undzwanzigjährigen Todestages von Karl Marx und der dahingegangenen Genossen des In- und Auslandes, unter anderen der Genossen B. L. Tal, Ignaz Tuer und Kotteler. Genosse B. J. Troelstra kann zum ersten Male seit dem Bestehen der Partei dem Parteitage wegen eines harnässigen Leidens nicht beiwohnen. Es wird beschlossen, ihm die Teilnahme des Parteitages telegraphisch auszudrücken.

Die dann eröffnete Diskussion über den Jahresbericht des Parteisekretärs van Auphof brachte eine breite, sachliche Kritik der marxistischen Richtung an Parteivorstand, Kammerstratung und insbesondere an der Redaktion von „Het Volk“. In dieser Kritik nahmen besonders Anteil die Delegierten der Abteilungen Amsterdam III, V, VI, das Parteivorstandsmitglied Genosse Mendels, die Genossen van der Goot, Henriette Roland-Holt u. a.

Die Kritik richtete sich gegen den Revisionismus in den letzten Parteikonstitutionen, der sich äußert in scharfen Angriffen auf Artikel der Marginalen, während eine Gruppe sozialistischer sogen. moderner Pfarrer und ihre Anhänger, die besonders im Norden Hollands zu finden sind, mehr oder weniger in Schutz genommen werden, obgleich ihre aus ethischen Gesichtspunkten erfliehenden Aeusserungen nicht selten in Beleidigungen der Partei und in der Verneinung des historischen Materialismus gipfeln. Genosse Mendels verteidigt eine Auslassung des Genossen van Raden-Koen, Redakteur des Rotterdammer Parteimonatsblattes „Voorwaarts“, worin die absolute Verleumdung der Arbeiter während der letzten zehn Jahre als Folge der Steigerung der Lebensmittelpreise demonstriert worden war. Eine Aeusserung des nunmehrigen Parteimitgliedes van der Vork, früheren Paters Coelestinus, in dessen kürzlich erschienener Broschüre, Karl Marx habe das Christentum verneint, und der historische Materialismus sei abzulehnen, sowie weitere ähnliche Dummdreien seien von der „Het Volk“-Redaktion nicht zurückgewiesen, die Broschüre vielmehr mit Genossenschaft angenommen worden. Der Vorsitzende der Partei, Genosse Bliegen, habe in einem Artikel über den Stuttgarter Kongress in einer bürgerlichen Zeitschrift vom englischen Genossen Hyndman gesagt, dieser werde von niemand ernst genommen, während „Het Volk“ in einem kürzlich erschienenen Artikel Hyndman als den englischen van Hol gefeiert habe. Redner hält seine Kandidatur als Haupt-Redakteur von „Het Volk“ als Protest gegen die selbige rein demokratische Redaktion bezw. gegen ihre Richtung aufrecht.

In der Radmittags Sitzung spricht Genosse van der Goot ein Wort für das Recht der freien Meinungsäußerung der marxistischen Minderheit; die Redaktion von „Het Volk“ verhandle nicht, die Meinungsunterschiede sachlich zu besprechen, sie hebe die Genossen gegen die Personen der Minderheit auf. Speziell in den Artikeln über die ausländische Arbeiterbewegung (Redakteur Genosse Bliegen) werde für den Revisionismus, gegen den Marximus geschrieben. Wie diese Artikel, so sei auch die Resolution des



Nächster Kongress auf verkehrte wiederbegebenen Auslassungen des Redners gegen Jaurès begründet. In der bürgerlichen Zeitschrift mit freisinnig-demokratischer Redaktion „De Vragen des Lids“ habe Bligen in einem Artikel über den Stuttgarter Kongress die russische Delegation als unentschieden in kolonialen Fragen disqualifiziert und die Marxisten darin mit denselben Gründen belämpft wie diese bürgerliche Redaktion. Der Redner verteidigt die Angriffe des Rotterdamer Genossen van Ravenstein, Redakteur des dortigen Partei-Wochenblattes „Doortwaars“, auf die sozialdemokratischen Gemeinderatsmitglieder Genossen van Dinte und Spintman. Der erstere hatte im Gemeinderat erklärt, daß er nicht die Arbeiterinteressen, sondern das allgemeine Interesse zu vertreten habe, worauf Ravenstein ihm vorwarf, daß er damit seinen proletarischen Ursprung und das Parteiprogramm verleugnet habe. Redner erklärt sich einverstanden mit dem Inhalt der „Tribüne“. Was diese gesagt habe habe aber van Borst und die gläubigen Pfarrer sei richtig. Kirchenglaube sei mit Marxismus nicht vereinbar, daß man zugleich Anhänger der Kirche und Marxist sei, könne Redner nicht begreifen.

Die folgende Rednerin, Genossin Roland-Holst, verteidigte ihren Artikel „Umschauung“ in der „Tribüne“, worin sie ihrer Ansicht Ausdruck gegeben hatte, daß infolge ökonomisch-historischer Ursachen sich anti-sozialistische Tendenzen in die Partei eingeschlichen hätten. Rednerin führt hierfür eine Reihe von Geschehnissen an, wie die Haltung der Kammerfraktion sowie verschiedener sozialdemokratischer Gemeinderatsmitglieder; das Nichtunterstützen der Rotterdamer Hafenarbeiter in ihrem Kampfe gegen das Hafenkapital und die ihm mit Militär zu Hilfe kommende Regierung; die sehr schwache Verteidigung des Streik- und Vereinigungsrechts durch die Kammerfraktion. Es sei lächerlich von der „Het Volk“-Redaktion, ihr Abgleiten in den Anarchismus vorzuwerfen, ihre Verdächtigungen, die Köpfe der Arbeiter zu erleuchten und ihnen neue Waffen im Klassenkampfe suchen zu helfen, seien ganz was anderes. Ebenso sei es mit der Behauptung, sie glaube an den großen Kladderadatsch. Sie habe in einem Aufsatz über die Geschichte der Arbeiterbewegung in der Amsterdamer Föderation die Zunahme der politischen Reaktion in der Mitte der neunziger Jahre, und zwar als Folge der Prosperität konstatiert; sie habe gerade den Gegensatz zwischen dem Utopismus und der sogenannten sozialen Bewegung Hollands und der jetzigen, mehr wissenschaftlich begründeten hervorgehoben. Sie befürworte den Massenstreik als kräftigstes Kampfmittel im Befreiungskampfe der Arbeiter. Der Angriff der „Het Volk“-Redaktion sei unmöglich in der Form und beruhe auf verkehrte wiederbegebenem Inhalt. Es sind noch 18 Diskussionsredner eingeschrieben, so daß eine Abenddiskussion nötig wurde.

### Die Bureauangestellten und Verwaltungsbeamten

traten am Sonntagmorgen zur Weiterberatung ihrer Verbandsangelegenheiten um 8½ Uhr zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung wünschte der Vorsitzende Bauer den letzten Absatz in dem „Dortwaars“-Bericht über die Bureauangestellten dahin zu berichtigen, daß nicht den Ausschluß der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin, sondern den Kassendirektoren den Vortritt trifft, einer Delegierten beim Erteilen von Urlaub zum Verbandstag Schwierigkeiten gemacht zu haben. Uebrigens ist der 3. Feiertag noch zum Urlaub bewilligt worden.

Die Versammlung nahm darauf den 5. Punkt der Tagesordnung auf. Zuerst referierte Giebel über das Thema:

#### Der Tarifvertrag der Krankenkassenangestellten.

Wenig hoffnungsvoll schien die Tarifbewegung, so führte er aus, als die Angestellten der Krankenkassen im Jahre 1905 eine Agitation entfalten, um eine tarifliche Regelung ihrer Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. Es gelang dem Verband trotz vieler Widerstände, einen Tarifabschluß zustande zu bringen. Die Notwendigkeit eines Tarifes ist für die Beamten nicht zu verkennen; es gilt die Sicherung der Existenz, die Verbesserung der Gehälter und die Regelung der Arbeitszeit. Nach den Berichten von 115 Ortskrankenkassen sind 78 mit zusammen 887 000 Mitgliedern als durchaus tariflos zu bezeichnen. Der Redner wies zahlenmäßig die vielen Verbesserungen nach, die durch die Einführung eines Tarifes erzielt wurden und selbst bei solchen Kassen, wo die Angestellten relativ in guten Verhältnissen sich befanden. Daß der Umfang, den die Tarifbewegung gewonnen hat, befriedigend sei, könne man freilich nicht sagen. Es ist eine starke Strömung gegen die Bestrebungen, Tarife einzuführen, vorhanden. Von diesen Kassenvorständen wird aus Unkenntnis und Unfähigkeit viel Opposition gemacht. Eine politische Seite wird häufig gegen die Tarifbewegung inszeniert. Der Abgeordnete Rüdger hat im Reichstage gegen den Tarifvertrag bei den Krankenkassen in einer Weise gesprochen, daß jeder Sachkennner sich sagen mußte: Entweder kennt Rüdger die Tarifbestimmungen gar nicht oder er hat sie nicht verstanden. Gegen die ganz grundlose politische Seite muß Protest erhoben werden, denn die Einführung des im Interesse der Angestellten so notwendigen Tarifes wird dadurch erschwert. Die vielen Einwände, die gegen Einführung von Tarifen erhoben werden, wies der Redner in längeren Ausführungen zurück und erklärte, daß der Tarif überall, auch bei den kleineren Kassen, eingeführt werden könne, wo nur der gute Wille dazu vorhanden sei. Gegen verschiedene falsche Auslegungen des Tarifes wandte sich dann der Redner und erwähnte zu einer kräftigen Organisation an allen Orten, wo der Tarif eine feste Stütze braucht.

Auf Giebel folgte Bauer mit einem Referat in derselben Sache für die Bureauangestellten. Er sprach über:

#### Die Regulativbewegung der Anwaltsangestellten.

Schon im Jahre 1898 haben sich die Anwaltsangestellten bemüht, Tarife einzuführen, aber in den Kreisen der Kollegen selbst wurde die Bewegung damals noch verächtlich oder lässig betrachtet. Der Verband deutscher Bureaubeamten zu Leipzig verhielt sich völlig ablehnend. Trotzdem machte eine tapfere Minderheit unter den Kollegen in Berlin einen Vorstoß, aber die Sache verlief vorläufig resultatlos, bis 1903 ein neuer Vorstoß gemacht wurde. Die Ansichten hatten sich jetzt in einem großen Teil der Kollegenschaft geändert, der alte Glaube an die Harmonie der Interessen war geschwunden und es gelang, die verschiedenen Vereine in Berlin unter einen Hut zu bringen. Die Forderungen der Anwaltsangestellten waren sehr minimal, aber sie wurden sämtlich abgelehnt. Der Redner erklärte die Wichtigkeit der Bewegung unter den Anwaltsangestellten, wenn auch keine greifbaren Resultate sogleich erzielt werden. Es gelte, die Kollegen aus dem Schlaf zu rütteln und das soziale Gewissen der auf ihre Berufsrechte so stolzen Rechtsanwältinnen wahrzurufen. Mit Schärfe wandte sich der Redner gegen die maßlose Ausbeutung der Rechtsanwältinnen, besonders jugendlichen Angestellten gegenüber. Die Rechtsanwältinnen sind durch ihre Gebührenlage gegen jede Konkurrenz geschützt und könnten leicht genug den Angestellten bessere Bedingungen gewähren. Sie müssen vor allen Dingen gestungen werden, ihren Herrenstandpunkt aufzugeben und das Recht der Angestellten anzuerkennen, sich zu verbinden, um ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern. Der Redner hofft, daß jeht die Vereinigung der beiden Verbände der Agitation neue Stützpunkte an vielen Orten bieten wird.

Die Diskussion über die beiden Referate wurde von Stumpe-Berlin eröffnet. Die Beteiligung war sehr lebhaft und die Wichtigkeit des Tarifvertrages wurde von allen Seiten anerkannt. Fraulein Schaub verteidigte energisch die Rechte der weiblichen Angestellten bei den Krankenkassen und wies auf einen Fall bei einer als tariflos geltenden Ortskrankenkasse hin, die die Verheiratung und Schwangerschaft einer Angestellten als Grund zur Lösung des Tarifvertrages in Anspruch nimmt.

Giebel machte in seinem Schlusswort darauf aufmerksam, daß der Tarifvertrag keine Ausnahmestellung zugunsten weiblicher Angestellten enthalten darf. Ferner erklärte er, daß die Verpflichtung der gewerkschaftlichen Ortskrankenkassen gegenüber den Forderungen des Verbandes der Bureauangestellten streng betont werden müsse. Ein Antrag, daß die Bezirksgruppe Sachsen-Anhalt, gegen die Klagen vorlegen, sich in jeder Beziehung den Bestimmungen

gen des Tarifes zu fügen habe, wurde dem Verbandstage angenommen. Ebenso gelangte ein Antrag aus Hamburg zur Annahme, nach welchem der Zentralvorstand bis zum nächsten Verbandstage Vorschläge für die bei Kranken- und Erbkrankheiten beschäftigten Kollegen zwecks rechtzeitiger Stellungnahme zum Ablauf des Tarifvertrages vornehmen solle.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

#### Unsere Forderungen an die Gesetzgebung.

übernahm H. Lehmann das Referat, dessen hauptsächlichster Inhalt in den folgenden Resolutionen ausgedrückt ist:

#### Zur geschlichen Regelung der Berufsverhältnisse der Bureauangestellten.

Der Verbandstag wiederholt das seit Jahren erhobene Verlangen des Zentralvereins der Bureauangestellten Deutschlands nach Regelung der Berufsverhältnisse auf dem Wege der Reichsgesetzgebung. Er fordert zunächst für die Bureauangestellten die rechtliche Gleichstellung mit den Handlungsgehilfen durch Einfügung von Bestimmungen in die Gewerbeordnung, durch die folgende Punkte in gleicher Weise wie für die Handlungsgehilfen geregelt werden.

Die Ausbildung und die Beschränkung der Zahl der Lehrlinge und die der jugendlichen Bureauangestellten unter 18 Jahren.

Die Kündigungsfristen.

Die Entlassungsgründe.

Das Recht auf Zeugnisse, insbesondere nach erfolgter Kündigung.

Die Fortzahlung des Gehalts in Krankheitsfällen.

Der Schutz gegen die gesundheitlichen und sittlichen Gefahren bei der Arbeit.

Der Verbandstag fordert weitergehend durch Abänderung der Gewerbeordnung:

Verbot der Sonntagsarbeit.

Einen achttündigen Maximalarbeitsdag.

Einen zusammenhängenden Urlaub von mindestens 14 Tagen im Jahre unter Fortzahlung des Gehalts.

Den Prinzipalen oder deren Vertretern unter Androhung von Strafen zu verbieten, andere dahin zu bestimmen, daß den Bureauangestellten die geschliche Zulassung oder der Abschluß eines Arbeitsvertrages beschränkt oder behindert wird.

Kuherdem fordert der Verbandstag:

Errichtung von Kammern für die Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis der Bureauangestellten bei den Kaufmannsgerichten.

Einbeziehung der Bureaubetriebe in die Gewerbeinspektion.

Errichtung von Arbeiterkammern für alle gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen unter gleichzeitiger Errichtung von Abteilungen für Bureauangestellte bei diesen Arbeiterkammern.

Ausbau der Invalidenversicherung zu einer ausreichenden staatlichen Invaliden-, Witwen- und Waisenversicherung für alle gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen.

Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Bureauangestellten.

Die verbündeten Regierungen haben das wiederholte Ersuchen des Reichstages, einen Gesetzesentwurf zum Schutze der Bureauangestellten vorzulegen, unbeachtet gelassen.

Die Generalversammlung erwartet daher von dem Reichstage, daß er nunmehr Schritte unternimmt, seinerseits die Reichsregierung zu veranlassen, dem Ersuchen des Reichstages zu entsprechen.

#### Zur Zivildienstreform.

Der Verbandstag hält es gegenüber der Erklärung der Rechtsanwältinnen, die sie treffenden wirtschaftlichen Nachteile der Zivildienstreform auf die Angestellten abwälzen zu wollen, für eine unaußweichliche Pflicht, durch geschliche Regelung, insbesondere durch Erfüllung der in der 1. Resolution aufgestellten Forderungen, die Angestellten der Rechtsanwältinnen und Notare vor einer weiteren Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen zu schützen. Dies um so mehr, als durch die Zivildienstreform ungewissheit ein großer Teil des Personals der Rechtsanwältinnen und Notare überflüssig wird.

Als Mittel zur Abwendung der den Angestellten drohenden Verschlechterung der Existenzverhältnisse erachtet der Verbandstag die durch die gesetzgeberischen Reformen (Zivildienstreform, Wechselreform) existenzlos werdenden Angestellten von Rechtsanwältinnen und Notaren bei Besetzung der durch Verlegung des Schreibens nach den Bureaus der Gerichte zu schaffenden neuen Stellen in erster Reihe zu berücksichtigen und sie mit den in gleicher Stellung befindlichen Beamten wirtschaftlich und rechtlich gleichzustellen, andernfalls sie entsprechend zu entschädigen.

#### Zur staatlichen Pensionsversicherung.

Der Verbandstag betont die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen und sozialen Solidarität der Privatangestellten und der Arbeiter als Angehörige der Arbeiterklasse. Er wendet sich daher gegen alle Bestrebungen, die die Privatangestellten aus der heutigen Arbeiterschaft- und Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung herauslösen wollen.

Deshalb fordert der Verbandstag auch in der Frage der staatlichen Pensionsversicherung der Privatangestellten einen zweckdienlichen Ausbau der bestehenden Invalidenversicherung auf folgender Grundlage:

1. Ausdehnung der Versicherungspflicht auf alle gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen, sofern ihr jährlicher Arbeitsverdienst 5000 M. nicht übersteigt.

2. Angulässigkeit aller privaten Ersparnisse.

3. Der Höchstbeitrag der Invalidenrente soll nach 40 Jahren der Versicherung mindestens 50 Proz. des bei der Berechnung der Beiträge zugrunde gelegten Arbeitsdurchschnittsverdienstes betragen.

4. Invalidität besteht, sofern der Versicherte nicht mehr imstande ist, in seinem bisherigen oder einem ähnlichen Berufe durch seine Kräfte und Fähigkeiten entsprechende Tätigkeit, die ihn unter voller Berücksichtigung seiner Ausbildung und seiner bisherigen Beschäftigung zugemutet werden kann, die Hälfte dessen zu erwerben, was für körperlich und geistig gesunde Personen derselben Erwerbsart mit ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen.

5. Die Altersrente ist nach Vollendung des 65. Lebensjahres fällig. Sie ist nach Höhe und Zahl der geleisteten Beiträge zu berechnen, beträgt aber mindestens 50 Proz. des bei der Berechnung der Beiträge zugrunde gelegten Arbeitsdurchschnittsverdienstes.

6. Die Witwenrente beträgt die Hälfte, die Waisenteile ein Sechstel und bei Vollwaisen ein Viertel der Invalidenrente.

Die Waisenteile werden bis zum vollendeten 18. Lebensjahr gezahlt.

7. Die Kosten sind zu gleichen Teilen aufzubringen durch das Reich, Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die Belastung des Reiches ist aus direkten Reichsteuern zu decken.

8. Die Zahl der Beitragsklassen ist auf zehn zu erhöhen, entsprechend der Erweiterung der Verdienstgrenze. Der nach dem Arbeitsverdienst zu berechnende Prozentsatz der Beiträge ist für die niedrigen Klassen geringer als für die höheren Klassen zu bemessen.

9. Völlige Selbstverwaltung durch die Versicherten.

Nach der Diskussion über den Vortrag und der einstimmigen Annahme der vorliegenden Resolutionen hielten die Delegierten ein sehr beifällig aufgenommenes Referat von Kiecis-Burgen in Sachsen, über

#### die Reform der Arbeiterversicherung.

Kiecis kritisierte streng die Behauptung der Gegner einer Selbstverwaltung der Krankenkassen, daß die Sozialdemokratie einen überwiegenden Einfluß dabei geltend mache und Mißbrauch damit treibe. Es handele sich bei solchen Verdächtigungen nur um die Absicht, Material zu gewinnen, um das Vertrauen in die Selbstverwaltung zu erschüttern und diese selbst zu gefährden. Die fol-

gende Erklärung wurde zu diesem Punkte vorgelesen, wie einstimmig angenommen wurde:

„Der Verbandstag hält eine, die Interessen der Versicherten wahrnehmende, durchgreifende Reform der Arbeiterversicherung für eine unaußweichliche Notwendigkeit. Zu fordern ist eine Vereinheitlichung der Versicherung durch Zusammenlegung oder mindestens organische Verbindung der einzelnen Versicherungszweige.“

Weiterhin ist eine Demokratisierung der Versicherung und einwärtiger Nebenorganisationen (Wohlfahrtsämter ujm.) dadurch herbeizuführen, daß bei sämtlichen Versicherungseinrichtungen den Versicherten in den Verwaltungskörperschaften der maßgebende Einfluß eingeräumt wird.

Der Verbandstag wendet sich daher gegen die nach den Ausführungen des Staatssekretärs Dr. v. Lehmann-Hollweg in der Reichstags-Sitzung vom 2. Dezember 1907 bestehende Absicht der Reichsregierung, bei der Reform der Arbeiterversicherung „Nahregel“ zur Sicherung der Verwaltung der Ortskrankenkassen gegen politischen Mißbrauch“ vorzugehen. Hierunter ist nicht anders als eine weitere Beschränkung des Selbstverwaltungsrechtes der Versicherten in den Ortskrankenkassen zu verstehen. Diesen Absichten gegenüber erklärt der Verbandstag, daß in der gesamten Arbeiterversicherung nur die unbeschränkte Selbstverwaltung durch die Versicherten eine den sozialen Zweck der Arbeiterversicherung erreichende Anwendung garantiert.

Außerdem wurde durch eine Beschränkung der heutigen Selbstverwaltung der Krankenversicherung für die Kassengestellten, wie sie schon auf ihrem Verbandstag 1905 in Breslau erklärt, eine Bedrohung ihrer Existenz durch die Einstellung von Militärärzten zu befürchten sein. Die Selbstverwaltung der Versicherten bietet den Angestellten die Sicherheit, daß sie in der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte nicht beschränkt werden. Nur durch Zurückdrängung aller die Selbstverwaltung bedrohenden rückwärtigen Tendenzen wird den Angestellten die Erhaltung ihrer wirtschaftlichen und politischen Rechte gewährleistet. Deshalb würde auch die Durchführung und Erweiterung der Selbstverwaltung durch die Versicherten in allen Versicherungszweigen den wirtschaftlichen Interessen der Angestellten in der gesamten Arbeiterversicherung entsprechen.

Schließlich ist der Verbandstag einmütig der Ansicht, daß vor Einbringung eines Gesetzesentwurfes an die gesetzgebenden Körperschaften die Kassengestellten durch ihre Organisation über den Inhalt und die Ausgestaltung der Versicherungsreform zu hören seien. Der Verbandstag fordert daher die Zuziehung von Vertretern der Angestelltenorganisation bei den Beratungen zu dem Entwurf.“

Ein Antrag, Vertreter zu dem demnächst stattfindenden Krankenkassenkongress

zu senden, wurde angenommen. Gewählt wurden Kiecis, Giebel und Lehmann.

Damit wurde der zweite Verhandlungstag geschlossen.

Am Montagmorgen traten die Delegierten in den 8. Punkt der Tagesordnung ein:

#### Die Prüfung von Angestellten in Ortskrankenkassen.

E. Wendlandt referierte darüber in einer kurzen Rede, als deren Epitaph eine Resolution vorlag, die wie folgt lautet:

1. Die Krankenkassen als öffentlich rechtliche Korporationen mit Selbstverwaltung sind auf die Erfüllung sozialer Aufgaben basieren. Als Selbstverwaltungskörperschaften bedürfen sie des freien Zutritts der im Volke lebenden Kräfte. Die von ihnen zur Ausübung der Verwaltungstätigkeit berufenen Funktionäre müssen in steter Fühlung mit dem Volke stehen.

2. Als ein Hindernis für diese Entwicklung muß sich der Versuch erweisen, Prüfungen in Krankenkassen anzuwenden. Prüfungen sind ein überlebendes mittelalterliches Junkerprivileg, die im Zeitalter der Gewerbefreiheit als überlebt gelten müssen. Sie führen zur Einseitigkeit und erbringen nicht den Nachweis des nötigen allgemeinen Wissens, noch der besonderen Fertigkeiten in der Ausübung der einzelnen Funktionen, sie wirken aktiv bureaukratisierend und sind mit dem Prinzip der Selbstverwaltung der Krankenkassen unvereinbar.

Die Erfahrungen der Praxis in der Krankenkassenverwaltung haben auch irgend welche Notwendigkeit solcher Prüfungen nicht ergeben. Aber auch die praktische Durchführbarkeit muß verneint werden, weil eine geeignete und anerkannte Prüfungsinstanz innerhalb der Kassendirektionen nicht möglich ist.

3. Die Einführung von Prüfungen ist daher abzulehnen. Wo durch die differenzierte Tätigkeit in den einzelnen Kassen besondere Fähigkeiten und Kenntnisse verlangt werden müssen, ist als ein geeignetes Mittel hierzu eine kollegial geregelte und ausgebildete Wechselbeschäftigung, insbesondere der Hilfsarbeiter, anzuwenden. Diese wird alle schlußmündenden geistigen Kräfte und Fähigkeiten zur Entfaltung bringen können.“

Diese Resolution fand einstimmige Annahme, nachdem eine angeregte Diskussion vorausgegangen war, in der der Widerstand mancher Prüfungen humorvoll beleuchtet wurde.

Die Bescheidung des internationalen Kongresses für Arbeiterversicherung in Rom lehnte der Verbandstag mit großer Mehrheit ab.

Julius Cohn erstattete Bericht über die Kommissionsberatungen zum Statutenentwurf für eine Pensionskasse des Verbandes. Die Abänderungsbestimmungen und darauf der Entwurf im ganzen wurden von den Kommissionsmitgliedern angenommen, und damit ist die Einrichtung einer Pensionskasse beschlossen, die am 1. Oktober dieses Jahres in Kraft treten soll, falls sich bis dahin 500 Mitglieder dazu gemeldet haben.

Einige kleinere Anträge gelangten zur Verhandlung. Beschlossen wurde, dem schon im ersten Bericht über den Verbandstag der Bureauangestellten erwähnten Antrag, die Schlichtung von Grenzstreitigkeiten zwischen Verbänden betreffend, zuzustimmen, trotzdem Regien als Vertreter der Generalkommission erklärte, daß praktisch der Antrag geringen Wert haben werde.

Fraulein Schaub regte an, die Frauenfrage im Verbande zum Gegenstande von Beratungen zu machen, wenn nicht eher, auf dem nächsten Verbandstag. Die Anregung wird dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen.

Saddach-Bremen erstattete Bericht über die Arbeiten der Statutenkommission, die an dem ersten Entwurf einige Änderungen vorgenommen hat. Eine rege Diskussion folgte über die neuzuschaffenden Statuten und der Entwurf mit den vorgeschlagenen Änderungen wurde angenommen. Eine Empfehlung derselben Kommission, bei den Ortsgruppen die Organisation der jugendlichen Mitarbeiter bis zu 17 Jahren anzuregen, fand ebenfalls Annahme.

Nach den neuen Statuten führt die Organisation den Namen: Verband der Bureauangestellten und der Dienstleistungsbeamten der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften Deutschlands.

Er erwidert sich über ganz Deutschland und hat seinen Sitz in Berlin.

Der monatliche Beitrag beträgt in Klasse I für Mitglieder im Alter über 20 Jahre 1,20 M., in Klasse II für Mitglieder unter 20 Jahren 60 Pf.

Unterstützung an arbeitsunfähige Kranke Mitglieder kann vom Beginn der dritten Woche der Arbeitslosigkeit infolge Krankheit an gewährt werden:

1. nach einjähriger Mitgliedschaft und Zahlung von 12 Monatsbeiträgen: Klasse I 6 M. pro Woche auf die Dauer von 13 Wochen, Klasse II 3 M. pro Woche auf die Dauer von 13 Wochen.

2. nach zweijähriger Mitgliedschaft und Zahlung von 24 Monatsbeiträgen: Klasse I 7 M. pro Woche auf die Dauer von 13 Wochen, Klasse II 3,50 M. pro Woche auf die Dauer von 13 Wochen.

Unterstützung an stiellose Mitglieder kann nach Verlauf von zwei Wochen Erwerbslosigkeit gewährt werden:

1. nach einjähriger Mitgliedschaft und Zahlung von 12 Monatsbeiträgen: Klasse I 10 M. pro Woche auf die Dauer von 6 Wochen, Klasse II 5 M. pro Woche auf die Dauer von 6 Wochen.







Ein neuer Hardenprozeß.

München, den 21. April 1908.

(Telegraphischer Bericht.)

Vor dem Schöffengericht München I gelangte heute unter dem Vorsitz des Oberlandesgerichtsrats Meher die Beleidigungsklage zur Verhandlung, die der Herausgeber der „Zukunft“, Maximilian Harden in Berlin, gegen den verantwortlichen Redakteur der „Neuen Freien Volkszeitung“ in München, Anton Staedele, angebracht hat.

Zu dem heutigen Termin ist Harden persönlich mit seinem bekannten Verteidiger Justizrat Bernstein erschienen. Der beklagte Redakteur Staedele, der ohne Verteidiger erschienen ist, erklärt, daß er die Verantwortlichkeit für den zum Gegenstand der Klage gemachten Artikel der „Neuen Freien Volkszeitung“ übernehme. Was er behauptet habe, sei nicht strafbar. Er habe einfach von einem Eindruck gesprochen. Diesen Eindruck hätten Hunderttausende gehabt; und er habe keinen Grund gehabt, zu verschweigen, daß auch er ihn teile.

vollenben Rubel

denken. Er habe in seinem Artikel nur diesen Gedankengang dargestellt und erwarbe dabei zuverlässig seine Freisprechung.

Auf eine Anfrage des Vorsitzenden erklärte der Privatkläger, daß er einen Vergleich unbedingt ablehnen müsse. Namens des Klägers gibt Justizrat Bernstein die Versicherung ab, daß auch er vor der Vernehmung der von ihm geladenen 12 Zeugen jeden Vergleich ablehnen müsse. Justizrat Bernstein begrüßt dann als Verteidiger des so schwer angegriffenen Harden diese Verhandlung, die Gelegenheit bieten könne und werde, zu beweisen, daß der gegen Harden erhobene häßliche Vorwurf unwahr sei.

Justizrat Bernstein erörterte dann eingehend die Aussagen des Fürsten Eulenburg in den beiden Prozessen. In den Bülow-Brand-Prozess sei Fürst Eulenburg nur berufen gewesen, Zeugnis abzulegen über den lächerlichen Vorwurf gegen den Reichsfürstlichen Fürsten Bülow, daß auch er homosexuell veranlagt sei. Fürst Eulenburg habe wahrheitsgemäß ausgesagt, daß ihm davon nichts bekannt sei. Er habe aber bei dieser Gelegenheit von dem Vorsitzenden die Erlaubnis erbeten und erhalten, auch über seine eigene angebliche homosexuelle Veranlagung zu sprechen.

Dem Antrage auf Vernehmung der geladenen Zeugen schließt sich auch der Privatkläger Maximilian Harden selbst an. Die Aussagen der Zeugen würden Klarheit darüber schaffen, ob er sich in den wechselnden Phasen des Prozesses mit dem Grafen Rolffe frivol oder rüchrichtvoll, feig oder maßvoll benommen habe. Nur an diesem Platze, nur vor Gericht könne das Urteil darüber gefällt werden.

Das Gericht beschließt, die angebotenen Beweise zuzulassen, beschließt aber weiter,

die Öffentlichkeit auszuschließen,

da eine Gefährdung der Sittlichkeit zu befürchten sei. Justizrat Bernstein bittet, die Vertreter der Presse zuzulassen. Ein Schweregebot für die Prozeßbeteiligten sei ja sowieso nicht zulässig. Das Gericht gibt auch diesem Antrage statt.

Es wird nunmehr in die Zeugenvernehmung eingetreten. Zeuge Milchhändler Georg Riedel, München soll über seinen Verkehr mit dem Fürsten Eulenburg aussagen. Vor seiner Vernehmung erklärt Justizrat Bernstein, daß er die Ladung dieses Zeugen schon in den Berliner Prozessen beantragt habe, daß sie aber damals vom Gericht abgelehnt worden sei. Der Zeuge habe ihm Vorfälle, über die er heute aussagen solle, schon früher in seinem Bureau erzählt. Damals habe der Zeuge Riedel ihm erzählt, Fürst Eulenburg habe ihn 1889 dazu verleitet und dafür bezahlt, mit ihm Onanie zu treiben, und Fürst Eulenburg habe ihm weiter dafür bezahlt, daß er in der Wohnung des Fürsten mit einem anderen Päderastie trieb.

Der 46jährige Zeuge Riedel ist der Sohn eines Fischereianomen am Starnberger See und seit neun Jahren Milchhändler in München. Auf Vorhalten des Vorsitzenden muß er zugeben, daß er sehr oft vorbestraft ist. — Zeuge Riedel: Ich bin eben ein Dillkopf; aber ich habe mich nie an fremdes Eigentum betrogen und nie jemanden betrügerisch geschädigt. — Vors.: Aber es ist doch richtig, daß Sie einmal wegen verleumderischer Beleidigung eines Oberamtsrichters vorbestraft sind. — Zeuge: Jawohl. — Vors.: Haben Sie jemals schwere Krankheiten durchgemacht? — Zeuge: Nein. — Vors.: Dann erzählen Sie einmal, was Sie vom Fürsten Eulenburg wissen.

Zeuge Riedel: Ich war als 19jähriger Aufseher Fischereimeister beim Fischereimeister Steininger am Starnberger See. Am 14. September 1882 mußte ich einen vornehmen Herrn über den See fahren. Der noble Herr fing an, sich mit mir zu unterhalten und erkundigte sich eingehend nach meinen Verhältnissen. Er sei, so sagte er mir, der Fürst Eulenburg und sei

Offizier im Leibkürassierregiment

zu Breslau. Später sagte er mir, er sei jetzt Legationsrat bei der preussischen Gesandtschaft in München und erzählte weiter, daß er schon in Afrika gewesen sei, wo die Schwarzen nach herumliegen, was schön anzusehen sei. (Gelächter.) Dann fragte er mich, ob ich schon einmal onaniert hätte, was ich verneinte. Später kam Fürst Eulenburg wieder zu mir und ließ sich von mir auf dem Starnberger See herumfahren. Er veranlaßte mich, in die Wälder in der Nähe des Ufers zu fahren, wir zogen uns aus und

hinter einem dichten Gebüsch onanierte ich zum ersten Male mit ihm. Später ist am Starnberger See nichts mehr vorgekommen, der Fürst kam nur noch einmal in Begleitung des Fischereimeisters Jakob Ernst zu mir. Ich habe dann den Fürsten Eulenburg wiederholt in

seiner Wohnung in München, Promenadenplatz 21,

2 Treppen, besucht. Ich habe mich sogar einmal unerlaubt von meinem Regiment in Augsburg entfernt und ihn in München aufgesucht. Auch nach meiner Entlassung vom Militär bin ich noch öfters bei ihm gewesen. Fürst Eulenburg hat mir im ganzen 500 M. gegeben, später verweigerte er mir weitere Geldmittel. Als ich ihn von Augsburg aus besuchte, traf ich bei ihm einen jungen Herrn, mit dem ich bei ihm zusammen aß und Wein trank. Dann ging Graf Eulenburg weg und ließ mich mit dem jungen Mann allein zurück, nachdem er mir 10 M. gegeben hatte. Der junge Mann veranlaßte mich dann, mit ihm Päderastie zu treiben und gab mir nachher auch 10 M. dafür. Als ich jetzt die Verhandlungen im Hardenprozeß las, sagte ich zu verschiedenen Personen, ich wisse auch etwas von dem Fürsten Eulenburg und deutete an, was ich meinte. Mehrere Bekannte sagten mir, das müßte ich dem Justizrat Bernstein mitteilen. Als ich dann in der Zeitung die eidlischen Aussagen des Fürsten Eulenburg las, bin ich zum Justizrat Bernstein gegangen und habe ihm alles erzählt, was vorgefallen war.

Vors.: Wissen Sie denn genau, daß es Fürst Philipp Eulenburg war, mit dem Sie damals zusammen waren?

Zeuge: Er nannte sich Graf Philipp Eulenburg und wohnte Promenadenplatz 21.

Vors.: Nach einer inzwischen bei mir eingelaufenen Mitteilung des Polizeipräsidenten von München wohnte Graf Philipp Eulenburg damals allerdings Promenadenplatz 21, zweites Stockwerk.

Justizrat Bernstein: Wie haben Sie den Fürsten angesprochen?

Zeuge: Wir haben zueinander Du gesagt.

Justizrat Bernstein: Kennen Sie den Grafen Runo Rolffe?

Zeuge: Fürst Eulenburg hat ihn mir einmal gezeigt; damals war Graf Rolffe noch Rittmeister.

Justizrat Bernstein: Haben Sie jemals die Unterschrift des Fürsten Eulenburg gelesen?

Zeuge: Jawohl, er unterschrieb sich auch Graf Philipp Eulenburg.

Vors.: Wußten Sie, daß Graf Philipp Eulenburg verheiratet war?

Zeuge: Jawohl, ich sah ja bei ihm auch seine Kinder.

Vors.: Wußten Sie nicht, daß das, was Sie getan haben, strafbar ist?

Zeuge: Bevor ich zum Justizrat Bernstein ging, hatte ich mich informiert, ob ich mir jetzt noch eine Strafverfolgung zuziehen könnte.

Nächster Zeuge ist der Fischereimeister Jakob Ernst vom Starnberger See. Er bezeugt, daß Graf Eulenburg in den vier Jahren häufig auf dem Starnberger See spazieren gefahren ist. Unerlaubte oder anstößige Unerbietungen habe er ihm niemals gemacht. Auch habe er niemals davon gehört, daß etwas Unerlaubtes oder Anstößiges vorgekommen oder auch nur gesprochen worden sei. Er habe den Fürsten nur zweimal auf seinem Gute Liebenberg besucht, die Reisekosten habe Graf Eulenburg bezahlt. Er sei aber nur zum Fischfang eingeladen gewesen, und es sei niemals zu irgend welchen Vertraulichkeiten gekommen.

Die beiden nächsten Zeugen, ein Fischereimeister und ein Baumeister aus kleinen Ortschaften am Starnberger See, sind in den vier Jahren dort mit dem Grafen Eulenburg bekannt geworden, wissen aber nichts Ungünstiges über seinen Lebenswandel zu berichten.

Hierauf trat eine längere Pause ein.

Nach der Pause wird in der Beweisaufnahme fortgefahren. Zeuge Blumenhändler Kiedel, München diene von 1882 bis 1885 mit dem Zeugen Kiedel bei den Chevaurlegern in Augsburg. Kiedel war ein guter Kamerad. Er fuhr öfter nach München und brachte dann immer

Geld mit zurück.

Eine Lüge hat ihm niemand zugetraut, er war bei Vorgesetzten und Kameraden beliebt. Einmal hat der Zeuge dem Kiedel auch Geld zur Reise nach München geliehen, Kiedel gab es ihm dann sofort wieder und erzählte ihm, er habe in München einen Onkel, einen Baron, von dem er immer Geld erhalte.

Ueber die Glaubwürdigkeit der Aussagen des Zeugen Kiedel gegen den Fürsten Eulenburg wird dann Polizeikommissar Seyffert vernommen. Er schildert den Kiedel als einen rachsüchtigen, freitsüchtigen und eigensinnigen Menschen, der häufig grundlose Angelegenheiten erstellte. Er hält Kiedel für einen Demagoganten und traut ihm eine bewußt unwahre eidlische Aussage wohl zu.

Justizrat Bernstein: Kennen Sie denn den Kiedel persönlich schon seit längerer Zeit? — Zeuge: Nein, mein Urteil stützt sich nur auf seine Strafsachen und auf das, was ich von seinen Kameraden gehört habe. — Justizrat Bernstein fragt dann den Vorsitzenden, in welchem Umfange er die Beweisaufnahme vorzunehmen gedenke. — Vors.: Ich glaube, es kann für unseren Prozeß genügen, wenn wir diejenigen Zeugen vernehmen, deren Ladung seinerzeit in Berlin abgelehnt worden ist. — Justizrat Bernstein bittet dann noch einmal, den Zeugen Ernst vorzurufen, dessen Aussage am Vormittag ihm einen wenig glaubwürdigen Eindruck gemacht habe. Er fragt ihn eindringlich, wieso Fürst Eulenburg gerade ihn zum Reisebegleiter genommen habe, da seine Leistungen als Kammerdiener doch offenbar nicht ausreichen. — Zeuge weiß dafür keinen Grund anzugeben. — Justizrat Bernstein: Haben Sie von dem Fürsten nicht unbehaltensmäßig große Summen erhalten, unter anderem

12 000 M. Hypotheken

zum Ankauf einer Villa? — Zeuge Ernst: Von ihm nicht, aber von seiner Mutter. — Vors.: Wie kamen Sie denn dazu, sich an die Mutter des Fürsten Eulenburg zu wenden? — Zeuge: Ich habe halt versucht. — Vors.: Sie wollen also dabei bleiben, daß Sie mit dem Fürsten Eulenburg in keinerlei nähere Beziehungen getreten sind. — Zeuge: Jawohl, es ist zwischen uns nicht das geringste vorgekommen. — Vors.: Aber bedenken Sie doch, daß wir Ihnen das so unmöglich glauben können. Der Fürst nimmt Sie, einen Fischer, plötzlich als Kammerdiener an, nimmt Sie auf Reisen mit, läßt Sie nach Liebenberg in der Ufermark kommen, gibt Ihnen 12 000 M. Hypotheken, da muß doch irgend was dahinter stehen. Wollen Sie nicht Ihr Gewissen erleichtern und uns die volle Wahrheit sagen? Denken Sie an die schmerzlichen irdischen und himmlischen Strafen, die über Sie kommen würden, wenn Sie hier Ihre Eidespflicht verletzten. — Zeuge Ernst (zögernd): Nein, es ist nichts Unanständiges vorgekommen. — Vors.: Zeuge Ernst, schon die unsichere Art, mit der Sie jetzt Ihre Aussage machen, zeigt, daß Sie irgend etwas verschweigen. Sagen Sie doch die Wahrheit frei heraus. — Zeuge Ernst denkt einen Augenblick nach und bricht dann plötzlich in die Worte aus: Graf Eulenburg hat mit mir

Lumpereien

gemacht. (Große langanhaltende Bewegung.) Auf eindringliches Befragen des Vorsitzenden, der dem Zeugen immer wieder seine Eidespflicht vorhält, erzählt dann der Zeuge Ernst: Der Graf hat mit mir angefangen, von geschäftlichen Dingen zu reden und hat mich gefragt, ob ich die Selbstbefriedigung kenne. Dann hat er mir solange zugehört, bis wir sie jeder an sich vorgenommen haben. Das hat 1888 begonnen und ist in Eugenua am Starnberger See und auf den Reisen, aber niemals in Liebenberg, fortgesetzt worden.

— Vors.: Haben Sie miteinander Inzucht getrieben? — Der Zeuge bleibt gegenüber allen Vorhaltungen dabei, daß verbotene Handlungen nach § 175 zwischen ihm und dem Grafen Eulenburg nicht vorgekommen seien. — Vors.: Hat Graf Eulenburg Sie nicht geküßt oder Sie sonst irgendwie berührt? — Zeuge Ernst verneint auch diese Frage zunächst eine Zeitlang, gibt dann aber auf weitere eindringlichere Fragen des Verteidigers, nun sichtlich von einer schweren Last befreit, zu, daß er auf ständiges Drängen des Fürsten Eulenburg unzüchtige Handlungen an diesem vorgenommen habe, die dieser zuerst an sich selber vorgenommen hatte.

Die Wirkung dieser Aussage des Zeugen ist sensationell und für den Fürsten Eulenburg gegenüber seinen früheren eidlischen Aussagen vernichtend.

Der Zeuge gibt schließlich noch an, daß auch Graf Eulenburg an ihm unzüchtige Handlungen vorgenommen habe. Der Graf habe die unzüchtigen Handlungen sogar zuerst an ihm vorgenommen, und er habe sie dann auf des Grafen Eulenburg Aufforderung hin an ihm wiederholt. Der Zeuge Ernst wird am Schluß seiner Vernehmung von einem leichten Unwohlsein befallen, bleibt aber nun dabei, daß alles, was er jetzt gesagt habe, reine Wahrheit sei.

Vors.: Oberlandesgerichtsrat Meher rät noch dieser sensationellen Aufklärung den Abschluß eines Vergleiches an. Redakteur Staedele erklärt sich angefaßt über die Inhaltlichkeit seiner Behauptungen dazu bereit, doch wird von Justizrat Bernstein dem Abschluß eines Vergleiches widersprochen. Harden habe ein Recht darauf, daß ein Gerichtspruch ihm seine vollkommene journalistische und moralische Intaktheit bestätige.

Beide Parteien verzichten angefaßt der neuen Sachlage auf jede weitere Beweisaufnahme. Justizrat Bernstein plädiert in kurzer Rede für die Verurteilung des Privatbeteiligten. Die lägerische Partei habe jedoch kein Interesse an einer Freiheitsstrafe, stelle vielmehr eine geringe Geldstrafe anheim, da der besagte Redakteur offenbar loyal und gutgläubig gehandelt habe. Der Privatkläger Harden schließt sich in einer längeren Erklärung (die wir noch ausführlich nachtragen) diesem Antrage an. Verklagter Redakteur Staedele bittet um seine Freisprechung. Er habe ja nur geschrieben, daß in den unteren Volksschichten die seltsame Mär gebe, Harden habe eine Million Mark von seinem Gegner dem Fürsten Eulenburg erhalten, damit er schweige und nichts weiter aufdecke. Daß diese Mär tatsächlich verbreitet gewesen sei, werde niemand bestreiten können, auch der nicht, der wie er ohne weiteres zugebe, glaube, daß daran keine Silbe wahr sein könne. Er bitte um seine Freisprechung — folle er aber verurteilt werden, so verlasse er diesen Gerichtssaal mit dem Bewußtsein, daß er auch so dem Rechte zum Sieg verholfen habe.

Das Urteil

lautele: Der beklagte Redakteur Staedele ist schuldig des Vergebens der Beleidigung nach § 186 R.-St.-G.-B. (Behauptung nicht erwieslich wahrer Tatsachen) und wird zu einer Geldstrafe von 100 M. erst. 10 Tagen Gefängnis und sämtlichen Kosten verurteilt. Der Privatkläger erhält das Recht, auf Kosten des Beklagten das Urteil einmal in der „Neuen Freien Volkszeitung“ zu veröffentlichen. Begründend führte der Vorsitzende aus, daß der Beweis, daß Harden Material gegen den Fürsten Eulenburg in Händen habe, vollständig gelungen sei. Es sei jeder Verdacht ausgeschlossen, daß er von irgend jemandem Geld angenommen und dann geschwiegen habe. Die „Freie Volkszeitung“ habe sich durch die Wiedergabe des Gerüchtes einer schweren Beleidigung schuldig gemacht. Angefaßt der gänzlichen Haltlosigkeit und der Schwere ihrer unwahren Behauptung habe trotz der loyalen Haltung des Redakteurs auf eine geringere Strafe nicht erkannt werden können.

IX. Verbandstag des Zentralverbandes der Dachdecker.

Mannheim, 18. April 1908.

Zu hiesigen Gewerkschaftsbauje traten am Dienstag, den 21. April, die Delegierten des Dachdeckerverbandes zum 9. Verbandstag zusammen.

Seit der letzten Tagung in Braunschwieg (1905) hat die Organisation einen gewaltigen Schritt vorwärts gemacht und sich sowohl in bezug auf die Mitgliederzahl, als auch der Finanzen in vorzüglicher Weise entwickelt. Nach dem seitens der Zentralleitung an den Verbandstag erstatteten Bericht, hat sich die Mitgliederzahl, trotz der ungünstigen Geschäftslage im Beruf, um etwa 1600 erhöht und umfasst gegenwärtig in 194 Jahrgängen 6684 Mitglieder, gegen 5180 im Jahre 1905. Besonders beachtenswert ist aber der gewaltige Unterschied in den Kassenerhältnissen gegenüber den Vorjahren. Während in dem Zeitraum von 1903—1905 die Gesamteinnahmen nur 73 685,83 M. betragen, verzeichnete die Organisation in den letzten zwei Jahren 247 495,56 M. Das ist eine Mehreinnahme von 173 809,73 M. oder von etwa 240 Proz. Dieser Fortschritt wurde erzielt auf Grund der auf dem letzten Verbandstage eingeführten Massenbeiträge. Wie notwendig diese Reform war, ergibt sich aus einer Gegenüberstellung der Leistungen für Lohnbewegungen und Streiks. Die beiden letzten Jahre waren für die Dachdecker Kampfsjahre in des Wortes bestem Sinne. Die Ausgaben für wirtschaftliche Kämpfe betragen 128 413,77 M., oder pro Kopf 21 M. Das ist gegen die Jahre 1903—1905 — wo nur 27 616,56 M. verbraucht wurden — eine Steigerung von 100 796,85 M., also von fast 300 Proz. Der Hauptanteil dieser gewaltigen Summe wurde für die Berliner Ausprechung gebraucht. Erfreulicherweise stellt der Bericht fest, daß die Lohnbewegungen und Streiks regelmäßig mit Erfolg beendet wurden. Für 2166 Kollegen wurden die Löhne im Durchschnitt um etwa 2,30 M. pro Woche erhöht und in anderen Fällen bei etwa 800 Kollegen eine Verschlechterung der Tarife abgewehrt. Gänzlich erfolglos war nur ein Streik in Frankfurt a. O. Besonders hat sich in der Verichtszeit das Internementum in diesem Beruf organisiert, das jetzt in seiner großen Mehrzahl den Unternehmerverbänden im Baugewerbe angeschlossen und mit diesem durch die und dünn geht. Auf Rechnung dieser Entwicklung ist die verhältnismäßig große Zahl von Ausprägungen zurückzuführen. In Bries, Köln a. Rh., Lüneburg, Wilhelmshaven, Dresden, Ludwigshafen und Kassel erprobten die Unternehmer dieses neue Kampfmittel, wobei sie auf der ganzen Linie eine jämmerliche Niederlage erlitten. Gegenwärtig tobt noch ein solcher Kampf in Celle, wo die Dachdecker bereits seit 2 Wochen ausgesperrt sind. Auch haben sich die Unternehmer im Dachdecker-gewerbe für alle zukünftigen Kämpfe die Hilfe der Schornmacher im Baugewerbe gesichert, wie ihre Verhältnisse bei den augenblicklichen Lohnbewegungen in Rheinland-Westfalen und Bayern beweist. Auch von ihrer Seite aus ist an die Dachdeckermeister im ganzen Reich die Parole ausgegeben worden, daß alle im Jahre 1908 zu vereinbarenden Tarifverträge bis zum 31. März 1910 oder bis zum 31. März 1908 und in weiterer Folge bis zum 31. März 1910 abzuschließen sind, ferner daß alle im Jahre 1908 zu vereinbarenden Tarifverträge nur unter Vorbehalt der Genehmigung durch die Bundesleitung abgeschlossen werden dürfen; eine Verletzung der Arbeitszeit, sofern diese nicht über zehn Stunden beträgt, nur nach vorausgegangenem verlorenem Streik und mit Genehmigung des Bundesvorstandes eintreten soll; und schließlich daß der 1. Mai in keinem Vertrage als Feiertag zugestanden werden darf.

Nun erhebt daraus, daß die kleinen Schornmacher im Dachdecker-gewerbe ihrem großen Bruder genau abgesehen haben, wie er sich rumpert und wie er spudt. Diese Verhältnisse im Unternehmerlager veranlaßten den Zentralverband seinerseits, ebenfalls der Agitation mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Der erste Schritt wurde in Berlin gemacht, wo durch die Anstellung eines Baubeamten der Agitation neue



Wege eröffnet wurden. Kurze Zeit darauf sah sich der Zentralverband genötigt, auch auf der anderen Seite Deutschlands, in Rheinland und Westfalen, je einen Gaubeamten einzusetzen, die beide sehr gute Resultate erzielten, so daß mit der Anstellung weiterer Gauleiter zu rechnen ist. Besonders stark tritt diese Notwendigkeit in Sachsen und Thüringen sowie in Braunschweig und Hannover hervor. Die Tätigkeit der Gaubeamten wirkte bei Lohnbewegungen und Auspflanzungen vorzüglich. Besonders haben sich dadurch die inneren Verhältnisse in den Filialen sehr gehoben.

Mit Polizei und Gerichten hatten die Verbände funktionäre besonders in Berlin, Köln, Karlsruhe, Remscheid und Potsdam zu tun. In 10 Fällen lagen Streitvergehen vor, und wurden Strafen von 14 Tagen bis 4 Monaten Gefängnis verhängt. Von anderer als dieser behördlichen Nachsicht weiß der Bericht nichts zu melden. So haben vor allen Dingen die Behörden bei dem Bauarbeiterstreik regelmäßig verurteilt und wird in dem Bericht ganz ausdrücklich festgestellt, daß in den letzten zwei Jahren hierin fast nirgends eine Besserung eintrat. Die „Nachdeder-Zeitung“ berichtet in jeder Nummer über Unglücksfälle. Allein 1907 sind 152 solcher registriert, wobei zu beachten ist, daß diese Zahl nur ein Teil der wirklichen Unfälle ist. Etwa 80 bis 100 Kollegen haben bei diesen mangelhaften Zuständen an Bauten ihren Tod gefunden oder sind zum Teil für immer arbeitsunfähig geworden. Auch die Nachdeder warten noch immer vergebens auf eine reichsgesetzliche Regelung des Bauarbeiterstreikes.

Besonders lebhaft wurde in den letzten beiden Jahren die Verschmelzung mit dem Maurerverband diskutiert und in einer Ende Februar vorgenommenen Abstimmung gegen eine überaus starke Minorität vorläufig abgelehnt. Doch dürfte diese Frage auch in der nächsten Zeit nicht ganz von der Tagesordnung verschwinden. Da der Zusammenschluß der Unternehmer im Bauwesen bei einem Lohnkampf fast regelmäßig auch die Nachdeder in Mitleidenchaft zieht, so wird früher oder später die Verschmelzung kommen müssen.

Das Unterstützungsweesen ist noch schwach ausgebaut. Nurzeit zahlt der Verband nur Sterbe-, Reise-, Rechtschutz- und Krankheitsunterstützung. Dem Verbandstage in Mannheim liegen etwa 30 Anträge auf Einführung der Kranken- und 10 Anträge auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung vor. Der Zentralvorstand hat sich für Einführung einer Krankenunterstützung entschieden. Die Debatten darüber dürften ziemlich heftig werden. Etwa 40 Jahrestellen haben Anträge auf Erhöhung der Beiträge eingebracht — der Grundbeitrag beträgt jetzt 30, der höchste 50 Pf. Vorschläge sind 35—50 Pf.

Das Verbandsgeschäft erscheint jetzt noch alle 14 Tage. Hierzu sind 21 Anträge gestellt, die ein wöchentliches Erscheinen wünschen. Der Stimmung nach zu urteilen, dürfte ein wöchentliches Erscheinen in Mannheim die Majorität finden. Auch über die Anstellung eines eigenen Redakteurs wird der Verbandstag zu sprechen haben, da diesbezügliche Anregungen bereits wiederholt gemacht wurden.

Die internationalen Beziehungen sind nicht besonders groß. Sie bestehen nur mit der Schweiz, Oesterreich und Lugemburg. In anderen Ländern scheint die Nachdederbewegung noch wenig Eingang gefunden zu haben.

Die Unterrichtsfrage der Generalkommission konnten bisher noch nicht so berücksichtigt werden, wie es der Verbandsvorstand gern gewünscht; nur ein Kollege nahm an denselben teil.

Dem Bericht selbst ist als Anhang noch eine allgemeine Statistik über Erwerbslosigkeit beigelegt, die 165 Rahlstellen umfasst und einen Einblick in eine Welt vollummer, Not und Sorge gestattet und welche der Organisation neue Wege für die Aufgaben der nächsten Jahre aufweist.

Alles in allem haben die Nachdeder Ursache, mit den Erfolgen der letzten zwei Jahre zufrieden zu sein, und der Verbandstag in Mannheim wird Mittel und Wege finden, den nächsten Jahren noch bessere Waffen zu liefern.

## Aus Industrie und Handel.

### Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft.

In diesen Tagen feiert die A. E. G. das Fest ihres 25jährigen Jubiläums. Eine prächtig ausgestattete Festschrift, die die Firma herausgegeben hat, schildert in Wort und Bild die Entwicklung des Unternehmens. Und dieses Werden reflektiert das Emporwachsen der Großindustrie in Deutschland überhaupt. Von den Bedürfnissen der großgewerblichen Unternehmen, des öffentlichen Verkehrs usw. ausgeht, wurde die Elektrizitätsindustrie ein Befruchter auf allen Gebieten industriellen Lebens; sie selbst wuchs sich zu einem starken Zweig gewerblicher Tätigkeit aus, kauf eine ganze Reihe neuer Unternehmen und hob bestehende auf eine höhere Stufe der Produktionsform. Die Festschrift gibt auch einen Anschauungsunterricht über eine in sozialer und politischer Beziehung bedeutsame Veränderung: der Fabrikhall hat das von Rudern und Spielern immer noch ins Haus verwiesene Weib aufgenommen. Zu Hunderten steht man da die Proletarierinnen in den großen Arbeitsstätten an den Heiß- und Kälte (wie Soldaten auf dem Kasernenhof) aufgestellten Arbeitstischen und Maschinen beschäftigt. Die linken Finger hantieren nicht mit Kochlöffel und Stricknadel, nicht pflegen sie den jungen Nachwuchs, dem unerfülllichen eiserneu Axiom ist ihre Aufmerksamkeit gewidmet, die Steidhungen sind befriedigen ist ihre Aufgabe; sie schaffen kapitalistischen Mehrwert. Das Weib ist in gewerblicher Beziehung dem Manne gleich geworden — nun schreit es aber auch nach politischer, staatsbürgerlicher Gleichberechtigung. Und die wirtschaftliche Entwicklung ist sein Bundesgenosse. Die Technik ist der größte Revolutionär und sie wird als solcher weiter wirksam bleiben, besonders auch durch die Elektrizitätsindustrie. Diese hat mit kühnem Schwunge die nationalen Grenzen überprungen. Die A. E. G. ist eine internationale Firma; ihre Interessensphäre, ihre Verbindungen, ihre Interessengemeinschaften, ihre selbständigen Unternehmen sind gewissermaßen ein Netz, das die ganze Welt umspannt. Und sie war nicht bloß produzierend tätig; sie gründete neue Unternehmen, um das Feld des Absatzes zu erweitern und ein erheblicher Teil des den Aktionären zuziehenden Gewinnes ist den Finanzierungs-geschäften der Gesellschaft entzogen. Sie ist auch über die Krisenklippen gut hinweg gekommen. Seit 1887 hat sie nicht unter 7 Prozent Dividende verteilt. In den letzten 10 Jahren wurden zweimal 8, je einmal 9, 10, 11 und 12, und dreimal 15 Prozent verteilt.

Ueber den Werdegang des Unternehmens macht die Festschrift unter anderem folgende Angaben: Die Internationale Elektrizitätsausstellung in Paris im Jahre 1881 regte Emil Rathenau zu dem Gedanken an, die finanzielle Ausbeutung des Edison'schen Systems elektrischer Glühlampen zu betreiben. Der Gedanke reifte zur Tat. Im Jahre 1883 wurde von ihm in Berlin die Edison-Gesellschaft gegründet. Das Aktienkapital betrug zunächst 5 Millionen Mark. Zweck der Gesellschaft war Fabrikation und Verwertung elektrischer Glühlampen wie überhaupt die Ausnutzung Edison'scher Patente. Aber schon bald zog die Gesellschaft den Kreis ihrer Tätigkeit weiter. Bereits im Jahre 1884 schloß sie mit der Stadt Berlin einen 30 Jahre dauernden Vertrag, der die Gesellschaft ermächtigte, die Straßen der Stadt zur Vergung von Elektrizitätsleitungen zwecks Abgabe von Kraft an private, kommunale und staatliche Konsumenten zu benutzen. Und immer weiter wurden die Grenzen der Tätigkeit gesteckt. Im Jahre 1887 erfolgte die Erhöhung des Aktienkapitals auf 12 Millionen Mark und der Name der Gesellschaft wurde in Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft geändert. Der Bau elektrischer Bahnen und anderer elektrischer industrieller Unternehmen, die Fabrikation von Dynamos und Elektromotoren

wurde aufgenommen. Eine neue Epoche begann mit der Gründung elektrischer Zentralen in den verschiedenen Kulturstaten, und Fusionen mit anderen Unternehmen gaben der Gesellschaft eine neue breitere Basis. Zu den Abschlüssen von Interessengemeinschaften traten Neugründungen, die einmal den Zweck hatten, die Verwertung zu vereinfachen, nicht zuletzt aber auch, neue Absatzquellen zu erschließen und die Finanzierungspläne durchzuführen. Heute hat die Gesellschaft ein Aktienkapital von 100 Mill. Mark, während das gesamte verbundene Kapital sich auf 184 Mill. Mark beläuft. In 700 in- und außerdeutschen Städten unterhält die Gesellschaft elektrische Zentralen. Die Verkaufsorganisation umschließt 45 Bureaus in Deutschland, 85 Bureaus und selbständige Unternehmen sowie 40 Vertretungen im Auslande.

Oberstelektische Eisenbahnbedarfs-A.G. Für das letzte Jahr stellt sich das Bruttoerträgnis auf 8452 904 M., gleich 17,61 Proz. des 48 Millionen Mark betragenden Aktienkapitals, gegen 7396 684 M., gleich 16,45 Proz. des Kapitals von 45 Millionen im Vorjahre. Da für das letzte Jahr die Abschreibungen über 1 Million Mark höher angelegt sind als für 1906, nämlich auf 4 023 765 M., ist der letztjährige Reingewinn um 680 806 M. geringer. Die Aktionäre erhalten 6 Proz. Dividenden. Die Langtremen abfordern 264 098 M.

Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen in Berlin. Nach dem Geschäftsbericht stellt sich der Betriebsergebnis aus dem letzten Jahre auf 2 695 455 M. oder 305 165 M. mehr als das Vorjahr erbracht hat. Als Reingewinn werden 1 739 517 M. ausgewiesen, gegen 1 716 286 M. im Vorjahre.

Im Zeichen der Krise. Die Continental-Caoutchouc- und Guttapercha-Compagnie, die bei einem Aktienkapital von 6 Millionen über 8 474 000 M. an Reserven und Rückstellungen verfügt, erzielte für 1907 einen Reingewinn von 3 957 972 M., wovon die Aktionäre wie in den beiden Vorjahren 40 Prozent Dividende erhalten.

Einen weniger hohen, aber noch immer anständigen Entbehrungslohn erhalten die Aktionäre der Hannoverschen Gummi-Kamm-Comp. Bei einem Aktienkapital von 1 1/2 Millionen Mark und bei Extraabschreibungen in Höhe von 178 000 M. erzielte die Gesellschaft, die gleich ihrer vorhin erwähnten Schwester-Gesellschaft nur mäßige Löhne zahlt, einen Reingewinn von 608 885 M. Die Dividende ist auf 21 Prozent festgesetzt.

Die Zentralerleuchtungswerke Aktiengesellschaft Hannover-Hainholz zahlte 14 Prozent, die Wollwäscherei und Kammerei in Döhren bei Hannover 12 Prozent, die Mechanische Weberei zu Linden 11 Prozent, das Eisenwerk Wäpfel und die Hannoverische Waggonfabrik A.G. Ridlingen bei Hannover je 10 Prozent.

Als Aktionär läßt es sich, wie Figura zeigt, auch während der Krise noch einigermaßen leben.

## Aus der Frauenbewegung.

Im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse hielt am Montag, den 13. April, im Anschluß an vorangegangene Vorträge Herr Dr. Koesch ein Vortrag über das Thema: „Wie betrachtet man Kunstwerke?“

Es sei unendlich schwer, so etwa leitete der Redner seine Ausführungen ein, ohne eine Demonstration an den Bildern selbst über Kunst und Kunstbetrachtung zu sprechen. Und es sei noch weit schwerer für ihn, dessen tiefsten Lebensinhalt die Kunst darstelle, seine Gedanken darüber in einem Kreise von Arbeiterinnen und Arbeiterinnen mitzuteilen, in deren Dasein sie leider eine nur sehr geringe Rolle spiele. Zunächst müsse man fragen: Was ist überhaupt ein Kunstwerk? Darauf gäbe es vielleicht nur die Antwort: Ein Kunstwerk ist der in Formen, Linien oder Farben ausgedrückte Empfindungsinhalt eines Künstlers. Der Empfindungsinhalt — denn nicht auf den behandelten Stoff komme es bei der Bewertung des Kunstwerks an, vielmehr einzig darauf, ob ein schöpferisches Temperament eine originale Menschenpersönlichkeit sich darin offenbare. In welchem Stoff sich diese Künstlerpersönlichkeit verkörpere, das wandelt sich fortwährend mit den Anschauungsformen der Zeiten, wie es abhängig sei von der besonderen Eigenart des Künstlers. Nur wähle man sich von dem Gloubden los-reihen, als könne der große Gegenstand dem Kunstwerk selbst schon Größe oder Bedeutung geben. Stellt man eine beliebige Zahl alter Madonnen- oder Heiligenbilder zusammen, so sprechen trotz des äußerlich erhabenen malerischen Vorwurfs nur wenige zu unserer Seele, diejenigen nur, die einem wahrhaftigen und unigen Gefühl entströmen. Unsere Zeit hat andere Ideale, andere Empfindungen als das Mittelalter; sie sucht deshalb andere Stoffe. Der moderne Künstler hat die Natur in einem ganz neuen Sinne sehen gelernt. Claude Monet z. B., einer der Bahnbrecher moderner Malerei, verkörperte keine Bildnerträume in den allereinfachsten, scheinbar nichternsten Stoffen. Er sieht einen Heuschäfer draußen im Sonnenlicht und seine schöpferische Phantasie erschaut in diesem alltäglichsten aller Dinge Wunder von Farbenspielen, Glanz und Licht, die vor ihm noch kein Auge sah. Er malt den Heuschäfer wieder und wieder, immer in anderer Beleuchtung, anderer Farbensättigung und wieder und wieder erschaut vor unseren Wänden ein neues, schöpferisches Wunderwerk. Denn in dem Künstler lebt etwas von der göttlichen Kraft, die die Welt aus sich heraus erschafft. Monet und die anderen großen modernen Maler lehrten uns, die Natur zu sehen, wie wir sie früher nie gesehen hatten. Sie schufen wirklich für uns neue Töne und Formen. Deshalb sollen wir aus der Geschichte der Malerei vor allem eines lernen, und das sei auch die Grundbedingung jeder echten Kunstbetrachtung: Ehrfurcht vor dem Künstler und seinem Werk. Wir müssen dem Künstler gegenüber treten nicht, wie es leider so oft geschieht, mit der Kritik des Besserwissenden, sondern wie dem Lehrer und Meister, von dem wir empfangen möchten, und wir müssen in Andacht warten, ob das Kunstwerk uns sein inneres Leben nicht erschließen werde. Es gibt keine Vorsehrift und kein Muß der Kunst gegenüber, die sich stets entwickelt, stets neue Wege sucht und sie suchen wird, so lange der Menschengeist weiter schreitet.

Er hoffe, so schloß der Redner seine warm empfundenen Worte, daß die Auleumföhrung, die ja der Ausgangspunkt dieses Vortrages war, der Versammlung recht reiche Anregung zu eigenen Überlegungen in der Diskussion gegeben habe, wie es denn für ihn besonders interessant sein würde, gerade von den Arbeiterinnen selbst etwas über ihre Anschauungen und künstlerischen Eindrücke zu hören. Es entspann sich denn auch nach dem Vortrage eine recht lebhaftige Debatte. Von mehreren Seiten wurde darauf hingewiesen, daß im Proletariat ein tiefes Interesse für die Kunst bestehe; aber leider habe die Arbeiterklasse unendliche Schwierigkeiten zu überwinden, um zum Kunstgenuss zu gelangen. Nicht nur sei sie überall in ihrer Kunstfreude durch den Mangel an Zeit und an Mitteln gehemmt, sondern es fehle auch jede künstlerische Erziehung, jede Ausbildung des Schönheitssinnes in der Schule wie im Hause.

Fraulein Kuffel machte darauf aufmerksam, daß ihrer Meinung nach selbst bei den beschränkten Mitteln der Arbeiterklasse der lebhafteste Wunsch nach schöner Umgebung manches im Proletariat heim künstlerischer gestalten ließe; gerade in letzter Zeit bemähe man sich, auch für Arbeiterwohnungen einfache, in schönen Linien gehaltene Einrichtungen herzustellen. Hiergegen wandte sich der Referent mit dem Bedenken, ob bei dem unendlich beschränkten Raum und der elenden Ausstattung unserer Mietkafernen wirklich etwas Harmonisches zu schaffen wäre.

Frau Wurm läufte an die Ausführungen des Redners, in denen er auf das Erblichen und Vergehen großer künstlerischer Epochen in den verschiedenen Ländern hingewiesen hatte, die Vermutung, daß die wirtschaftlichen Zustände der Völker die Grundursache ihrer künstlerischen Produktion seien.

Mehrere Mitglieder betonten übereinstimmend, wie schmerzhaft sie es als Mütter empfänden, auch ihren Kindern so gar keine künstlerische Anregung bieten zu können. Frau Wittig hob dies ebenfalls hervor und meinte, es wäre eigentlich eine dringende Pflicht unseres Arbeiterinnenvereins, auch für die Erziehung der Jugend etwas zu schaffen.

Von anderer Seite wurde diese Anregung aufgegriffen und der Antrag gestellt, der Vorstand möge schon in nächster Zeit eine Veranstaltung für die weibliche Jugend treffen. Die Vorliegende ließ über den Antrag abstimmen, der einstimmig von der Versammlung angenommen wurde.

Die nächste Vereinsversammlung findet am 27. April im Neuen Klubhaus, Kommandantenstr. 72, statt. Auf der Tagesordnung steht: Fortsetzung des Vortragszyklus: „Zur Entwicklung der Frau“.

### Versammlungen — Veranstaltungen.

Charlottenburg, Mittwoch, den 22. April, 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 3: Vortrag, Frau Johanna Meyer-Charlottenburg. Treptow-Baumfalkenweg, Mittwoch, den 22. April, 8 1/2 Uhr, bei Christl, Marienthaler Straße, Ecke Ernststraße: Vortrag, Herr Unger: „Der neue Hellsand“.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, 10 Uhr abends bis 12 Uhr abends, wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Gestützt 7 Uhr abends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Besuch und eine Zahl als Werkzeuge beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Eilige Fragen erage man in der Sprechstunde vor.

Bronze 4. Unbekannt. — W. 23. 20. Sie müssen Elemente zahlen. — R. 6. Ja. Können wir nicht empfehlen. — W. 6. 100. In diesem Falle wird keine Rente gezahlt. — L. 31. Es ist nur Kündigung laut Kontrakt zulässig. — A. 6. 65. Rechnen Sie aber die Wählerliste ein und erheben Sie eventuell Protest. — B. 100. Eine morganatische Ehe ist eine Ehe zur linken Hand, die Ehe eines Fürsten oder einer Standesperson mit einer nicht ebenbürtigen Frau, die durch die Ehe auch nicht zum Range des Mannes erhoben wird. — S. 101. Professor Birchom. — G. 31. 1. Ja. Ueber 1500 Mark. 2. „Nur“ liegt die Anstellung, umfaßt den Gehaltsbedarf und Reklame. — S. 68. 1. Der Reichsfinanzler erhält 100 000 Mark Gehalt. 2. Nein. Die Steuerläge sind sehr verschieden. 3. und 4. Der Kaiser und die Königin zahlen keine Steuern. 5. Ja. — R. 31. G. 2. 27 und 1461 Hse. Wenden Sie sich an die Zentral-Kommission der Krankenkassen, Engel-Allee 15. — Müller 115. Wenden Sie sich an die Unterstaatssekretärin für Hausangelegenheiten, Luisenstr. 2, geöffnet von 10 1/2—12 Uhr, außer Sonntags. — Nigbori 25. Ja. — S. 82. 1. Ihre Frau muß verstorben. 2. 1. Januar bis 31. Dezember. 3. Ja. — G. 2. 25. 1. Ein spezielles Stenographiesystem empfehlen wir nicht. 2. Nichtig ist: für den. — S. 2000. Wegen Verantwortung der Fragen wenden Sie sich an: v. Reichman, Legationsrat, außerordentlicher Gesandter in Rio de Janeiro, Dräuisen — W. 6. 17. Der Antrag kann jederzeit gestellt werden. — R. D. 58. Steht im Belieben der Militärbehörde. — R. 6. 30. Ja. — W. 8. 34. Wenden Sie sich an den Verein für die Interessen der Hausangestellten, in den Händen des Fräulein Ida Saar, Bilmersdorf, Kaiserplatz 17. — Arnold, München. Nicht bekannt. — Grulich, Waldeemarstraße. Ist vom Kaiser angekauft worden. — Deutsch. Ist beides richtig. — H. 6. 1. Wenden Sie sich an das argentinische Konsulat in Berlin. — G. 6. 1. Die Kräfte nimmt von der Stadt Berlin übermüdete Arme auf. — R. 2. 774. Sie sind Preuze. Leben Sie die Wählerliste ein und erheben Sie eventuell Protest gegen Ihre Nichtwahl. — G. 153. Rechnen Sie. — A. 6. 6. Hat Anspruch auf Gewinnanteil.

Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Heinrich Heine“. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Volke, Rodenbergstr. 8.

Les- und Diskussionsklub „Eintracht“. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Berg, Gohlfeststr. 10/11.

Les- und Diskussionsklub „Südost“. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Tolkdorf, Götterstr. 58.

Sozialdemokratischer Agitationsverein für den Reichstags-Wahlkreis Kalan-Ludau. (Sitz Berlin.) Sonntag, den 26. d. M., findet im Kreise Jugendverbände zur bevorstehenden Landtagswahl statt. Die betreffenden Genossen und solche, die noch helfen wollen, werden ersucht, sich morgen (Donnerstag), abends 8 1/2 Uhr, bei Welfen, Grünstraße 21, einzufinden.

### Witterungsübersicht vom 21. April 1908, morgens 8 Uhr.

| Stationen | Barometrischer Stand um 8 Uhr | Windrichtung | Windstärke | Wolken | Temp. in C. | Stationen  | Barometrischer Stand um 8 Uhr | Windrichtung | Windstärke | Wolken | Temp. in C. |
|-----------|-------------------------------|--------------|------------|--------|-------------|------------|-------------------------------|--------------|------------|--------|-------------|
| Stotensee | 750 mm                        | 6 heiter     | 2          |        |             | Dachau     | 744 mm                        | 2 bedeckt    |            |        | -5          |
| Hamburg   | 749 mm                        | 5 Schnee     | 0          |        |             | Petersburg | 750 mm                        | 2 Schnee     |            |        | -1          |
| Berlin    | 753 mm                        | 2 heiter     | 3          |        |             | Szawl      | 782 mm                        | 4 bedeckt    |            |        | 7           |
| Frankfurt | 757 mm                        | 2 heiter     | 2          |        |             | Aberdeen   | 765 mm                        | 3 bedeckt    |            |        | 4           |
| München   | 757 mm                        | 4 bedeckt    | -1         |        |             | Paris      | 761 mm                        | 1 halb bed.  |            |        | 0           |
| Wien      | 754 mm                        | 1 bedeckt    | 5          |        |             |            |                               |              |            |        |             |

Weiterprognose für Mittwoch, den 22. April 1908. Geldeulle heiter, nachts etwas wärmer, am Tage wieder kühl und sehr unbeständig mit Regen-, Schne- oder Gewapelschauern und ziemlich starken nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau

**Leihhaus**  
Gelegenheitskäufe verfall. Gold- und Silberachen, Brillanten etc.  
Seit 25 Jahren Prinzenstr. 28  
Ecke Ritterstr.

10 Jahre Garantie  
Neue elegante  
**Fahrräder**  
45, 50, 55 cm, ca. 500 Mt. geb. 15, 20, 25, 30; Laufschleife 1,75, Laufschleife 2, 2,50, 3,50, Pedale 0,75, Axlenbolzen 1,25, Ketten 1,50, Torpedofreilauf 12,50, Glocken 0,10, Freepumpen 0,60, Korkgriffe 0,10, Nadeln 0,15 u. s. w. Nähmaschinen 25, 30 Mt. Holzrungen, Motorradfahrer, Jugendradfahrer, Transporträder, Motorradfahrer, Tandem, größte Auswahl, Verlangen Sie sofort im eigenen Interesse Pracht-Kataloge gratis und franko.  
Fahrradfabrik **BERLIN**  
Ernst Machnow, Weltheimerstr. 14.

**Wir verkaufen**  
jetzt noch billig  
OR 4 Mark an  
in Petersdörfer, Ostbahn,  
OR 8 Mark an  
Ziegelhof, am Bahnhof,  
OR 10 Mark an  
Göhen-Neuendorf, Nordbahn,  
OR 10 Mark an  
Kantendorf, am Bahnhof,  
OR 10 Mark an  
Bahnhof Zabova, Bieddorf,  
Kantendorf-Zab,  
OR 30 Mark an  
Bieddorf, Stadtbahn, a. Bahnhof.  
Verkaufsst. a. d. Bahnhöfen.

**Nieschke & Nische**  
Berlin, Neue Königstr. 16.

Am besten kaufen Sie  
**Hygienische Bedarfsartikel**  
Hugs Schultz, Drogerie,  
Berlin N., Müllerstr. 166.

**Möbel!**  
Spezialität: Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen von 300—10000 Mark.  
Einselne Ersatzmöbel in großer Auswahl **spottbillig.**

**Umsonst**  
und ohne Kaufzwang ist die Besichtigung meiner Lager jedem Interessenten gern gestattet.  
**Langjährige Garantie.**  
Kulante Zahlweise.

**Hermann Piehl**  
Farnsprocher:  
Schwedterstr. 10. Amt III, 5693.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**

**Mittwoch, den 22. April**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Königl. Opernhaus. Cossì fan tutto.  
Königl. Schauspielhaus. Die Kabinenleiterin.  
Berliner. Alt-Heidelberg.  
Anfang 8 Uhr.  
Deutsches. Die Räuber.  
Kammerspiele. Egges und sein Ring.  
Leistung. Lebendige Stunden.  
Neues Schauspielhaus. Der Dammhölzer.  
Neues. Die gute Partie.  
Schiller O. (Schiller-Theater.)  
Kaiser und Gallier.  
Schiller Charlottenburg. Der Weg zum Herzen.  
Kleines. 2 x 2 = 5.  
Kebbel. Liebe.  
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Die Brüder von St. Bernhard.  
Lustspielhaus. Der Brandstifter.  
Vorlesung. Unbitt.  
Königliche Oper. Die Fledermaus.  
Westen. Ein Walzertraum.  
Neues Operetten-Theater. Der Mann mit den drei Frauen.  
Reichens. Der Floh im Ohr.  
Luisen. Der Mann mit den vier Frauen.  
Thalia. Die Beunruhigten.  
Trianon. Seine erste Frau. Die Hand.  
Theater an der Spree. Der Onkel aus Kottbus.  
Vernhard Noie. Die Lorelei.  
Metropol. Das muß man seh'n.  
Sipollo. Der kleine Chevalier. Spezialitäten.  
Gedr. Herrfeld. Wie aus der Bar. Es lebe das Nachleben!  
Kassio. Ein Dorfroman.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Vahsage. Die Magd. Spezialitäten.  
Parodie. Tannhäuser. Nachtsof.  
König. Donna Marina.  
Gustav Behrens. Spezialitäten.  
Carl Haberland. Spezialitäten.  
Walhalla. Spezialitäten.  
Hollés Bergère. Spezialitäten.  
Platz. Spezialitäten.  
Hollés Caprice. Was man anders.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Urania. Tausendströme.  
Nachm. 4 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig.  
Abends 8 Uhr: Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt.

**Berliner Theater.**  
Abends 7 1/2 Uhr:  
Alt-Heidelberg.  
Donnerstag 7 1/2 Uhr: Alt-Heidelberg.

**Neues Theater.**  
Anfang 8 Uhr.

**Die gute Partie.**  
Morgen und folgende Tage 8 Uhr:  
Die gute Partie.

**Kleines Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
2 mal 2 = 5.  
Donnerstag: 2 mal 2 = 5.  
Freitag: 2 mal 2 = 5.  
Sonntag: 2 mal 2 = 5.

**Theater des Westens.**  
8 Uhr: Ein Walzertraum.  
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr. halbe Preise:  
Die lustige Witwe.

**Neues Operetten-Theater**  
Schiffbauerdamm 25, an der Luisenstr.  
Neue und folgende Tage 8 Uhr:  
Der Mann mit den drei Frauen.

**Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.**  
Die Brüder von St. Bernhard.  
Anfang 8 Uhr.  
Donnerstag: Die Brüder von St. Bernhard.  
Freitag: Der Privatdozent.  
Sonntag: Ariemilds Rasche.

**Residenz-Theater.**  
- Direktion: Richard Alexander. -  
Abends 8 Uhr:  
Der Floh im Ohr.  
Schwan in drei Akten von Georges Feytaud. Deutsch von Wolf Jacoby.  
Sonntag, den 20. April, 8 Uhr:  
Haben Sie nicht zu verzeihen?  
Kebbel-Theater, Adliggrüner Str. 67/68.  
8 Uhr. **Liebe.** 8 Uhr.  
Donnerstag: Frau Warrens Gewerbe.

**Lustspielhaus.**  
Anfang 8 Uhr.  
Gastspiel Henri de Vries:  
Der Brandstifter.  
Verauf: Fraulein Freischütz.  
**BERNHARD ROSE THEATER**  
Gr. Frankfurter Str. 132.  
Abends 8 Uhr:  
**Die Lorelei.**  
Anfang 8 Uhr. **Wochentagspreise.**  
Morgen und folgende Tage: Die Lorelei.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der Trompeter von Salinisari.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Ballner-Theater).  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Kaiser und Gallier.**  
Belshazzarsches Schauspiel von Henrik Ibsen. Deutsch von G. Brandstetter.  
Erster Teil: **Cäsars Abfall.**  
Schauspiel in 5 Akten.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Der Weg zum Herzen.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Hans Huckebein.**  
Schiller-Theater Charlottenburg.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Der Weg zum Herzen.**  
Lustspiel in 4 Akten v. Adolf Pirronge.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Der Widerspenstigen Zähmung.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Der Widerspenstigen Zähmung.**

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
Taubenstr. 45/49.  
Nachmittags 4 Uhr:  
Ueber den Brenner nach Venedig.  
Theater abends 8 Uhr:  
Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt.

**Luisen-Theater.**  
Reichenberger Straße 34.  
Abends 8 Uhr:  
**Der Mann mit den vier Frauen.**  
Donnerstag: Gebildete Menschen.  
Freitag zum erstenmal: Mutter Erde.  
Sonntag: Unsere Den Ruand.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der wilde Reutlingen. Abends 8 Uhr: Der Mann mit den vier Frauen.  
Montag: Der wilde Reutlingen.

**Theater an der Spree.**  
Köpenicker Straße 68.  
Täglich 8 Uhr:  
**Der Onkel aus Kottbus.**  
Große Feste mit Gesang und Tanz in 5 Akten.  
Morgen: Der Onkel aus Kottbus.

**Metropol-Theater.**  
Zum 214. Male:  
**Das muß man seh'n.**  
Renue in 12 Bildern m. Ges. und Tanz.  
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.  
Sonntag, 20. April, nachm. 3 Uhr:  
**Die Herren von Maxim.**

**Passage-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
Die Sensation  
Berlins!  
**Ota Gygi**  
Der Mann mit den 3 Gelben.  
**Rita Tanca**  
und das kolossale  
April-Programm!

**Palast-Theater**  
Burgstr. 21. Hof. Börse.  
Täglich 8 Uhr:  
Das  
erstklass. April-Programm.  
u. a.: Agnes Krenbser,  
Konzert-Alt.  
Vollständige Preise.

**Saisonkarten à 6 Mark**  
für die  
**Große Berliner Kunstausstellung 1908**  
und den  
**Landesausstellungspark**  
Verkaufsstellen: Pförtner des Ausstellungsparkes  
(kleine Pförte, Alt-Moabit), Thormayer, Zigarren-  
geschäft, Königgrätzer Straße 129, 19 Filialen der  
Zigarrenfabrik J. Neumann.  
Eröffnung: Freitag, den 1. Mai 1908.

**Deutsche Konzerthallen**  
An der Spandauer Brücke 3.  
Täglich  
**Große Massen-Konzerte**  
Spezialitäten = Vorstellung.

**Brauerei Friedrichshain**  
Fr. Lipps. Oek.: Ernst Liebling. Am Königstor.  
Heute Mittwoch:  
**Operetten-Abend**  
von  
**C. M. Ziehrer aus Wien**  
Hofkapellmeister, Dirigent der k. k. Österr. Hofballmusik,  
mit auf sechzig Künstler verstärktem Orchester.  
Anf. 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf., reserv. Pl. 1 M., num. Tisch 1,25 M.  
Billets im Vorverk. Sots & Bock, Wertheim, Leipziger Str., in-  
validendank, Kaufhaus des Westens u. in d. m. Plakat. bel. Gesch.

**Letzter Tag**

**Zirkus Schumann**  
Heute Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr:  
**Dank-Abschiedsvorstellung.**  
Gala-Programm  
unter persönlicher Mitwirkung des  
Direktor Alb. Schumann und seiner  
Elite-Gesellschaft.  
Die großen Attraktionen wie:  
**Resisto, das elektrische Wunder**  
**Konsul Peter,**  
der menschliche Schimpanse.  
Geborgenheit der Aus-  
führung des Programms im  
vornehmsten Rahmen ist auch  
heute Garolo.

**WINTERGARTEN**  
Neues abwechslungsreiches  
Programm.  
Gertrude Barrison, Tänzerin  
Selma Brantz, Jongleuse.  
Hagedorn's Wundergroße.  
John u. Luis Boller, Rad-  
fahrer.  
Enionboltas, Luftgymnastiker  
3 Braggas, Akrobaten.  
May de Souza, amerikanische  
Sängerin.  
Tschernoff, Dresseur.  
Millmann-Trio, Drahtseilakt.  
Corwey, musikalischer Clown.  
Palace Girls, englische Ge-  
sangs- und Tanz-Truppe.  
Lilli Schreiber, Soubrette.  
Der Biograph.

**Apollo Theater**  
Mittwoch, den 22. April er.:  
Räthen Poilici Gertha Geerts  
Eisenstraße Gertha Remond  
Sina Montjote Sun Arpad  
Bluc Dell Enrico Garulo  
Koll Kafasch (Karyophon).  
Mittelmeerreise des Kaisers.  
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: Famil-  
ien-Vorstellung. Kleine Preise.  
**Trianon-Theater.**  
Gastspiel Charlotte Wieth. Seine  
erste Frau. Die Hand (La main).  
Anfang 8 Uhr.

**Walhalla-  
Variete-Theater**  
Weinbergsweg 19/20, Rosenhügel Tor.  
Anfang 8 Uhr.  
**Das neue April-  
Programm.**  
Berlins Lichting-Soubrette  
**Grete Gallus.**  
Erstklassige Spezialitäten.  
Tunel: Militär-Konzerte.  
Theaterbesucher freien Eintritt.

**Gustav  
Behrens-  
Theater.**  
Berlin W.,  
Goltzstr. 9.  
Das phänomenale April-Programm!  
Mit Vorbehalt mit ihren dreifürten  
**Bären.**  
Mexiko in Berlin. - Ein lustig. Witwer.  
Sollen mit Gesang.  
Außerdem Dubletts Biograph und  
20 Spezialitäten.  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

**Würzburger Hühneraugenmittel**  
von Dr. H. Unger. - Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anweisung frei.  
Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min.  
losgelöst. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. Indol-  
Ganzkraft.)  
Dr. H. Unger in Würzburg.  
In Berlin (20 Pf.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße. Greif-  
Apothek, Berninstraße 33. - München: Schützen-Apothek. - Stutt-  
gart: Hirsch-Apothek. - Breslau: Victoria-Apothek. 110/11\*

**JOSETTI JUNO**  
Cigaretten  
Cigaretten „gerade so gut“  
kosten das doppelte  
und mehr. *Josetti*  
10 St. für 20 Pfg.

**Gebr. Herrfeld-  
Theater.**  
Anfang 8 Uhr. Vorverf. 11-2 Uhr.  
**Herrfeld-Zyklus**  
III. Serie:  
(28. inkl. 23. April.)  
**Else aus der Bar.**  
Komödie in 1 Akt.  
Heraus:  
**Es lebe das Nachleben.**  
Folgen einer Separée-Wäre in  
2 Akten.  
Som 24. bis inkl. 29. April:  
IV. Serie:  
**Seht Euch, Hall Blumentopf.**  
Schuh diesjähriger Spielfasson  
Mittwoch, den 29. April er.

**W. Noacks Theater**  
Direktion: Rob. Hill. Oranienstr. 16.  
Auf vielfachen Wunsch:  
**Der Flüchtling.**  
Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Sonntag: Gr. Extravorstellung:  
Die Fischerin von Island.  
**Kasino-Theater.**  
Cottbinger Straße 37. Täglich 8 Uhr:  
**Nur noch kurze Zeit!**  
**Ein Dorf-Roman.**  
Vorher das glänz. April-Programm.  
Sonntag 4 Uhr: Nick Cartor.

**Buggenhagen**  
Montplatz  
im Theatersaal täglich  
**Albert Böhme**  
Das brillante April-Programm.  
u. a.: Vina Goltz, Artur Wolf,  
W. Bendig, Alexander Wood,  
Norann Sittler.  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.  
Entree 50 Pf. Sonnt. reserv. 1 M.  
Part. 0,75, Entree 50 Pf. in d. Höhe  
Familienbillets 5 St. 2 M.  
Im unteren Kongressaal:  
Täglich: Konzert.

**Sanssouci, Kottbuser**  
Direktion: Wilhelm Kalmr.  
Sonntag, Montag und  
Donnerstag:  
**Hoffmanns**  
Norddeutscher Sänger  
und  
**Tanzkränzchen**  
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Anfang  
Sochentags  
8 Uhr.  
Anfang  
Sonntags  
7 Uhr.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Anfang  
Sochentags  
8 Uhr.  
Anfang  
Sonntags  
7 Uhr.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Anfang  
Sochentags  
8 Uhr.  
Anfang  
Sonntags  
7 Uhr.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Anfang  
Sochentags  
8 Uhr.  
Anfang  
Sonntags  
7 Uhr.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Anfang  
Sochentags  
8 Uhr.  
Anfang  
Sonntags  
7 Uhr.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Anfang  
Sochentags  
8 Uhr.  
Anfang  
Sonntags  
7 Uhr.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Anfang  
Sochentags  
8 Uhr.  
Anfang  
Sonntags  
7 Uhr.

**Billigste Bezugsquelle**  
von Blüchhofad, Bettstellen mit  
Matrassen, Kleiderbüden, Ber-  
told, Spiegeln, farb. Küchen  
sowie ganzen Wohnungsein-  
richtungen in nur reeller Aus-  
führung. Nach Teilzahlung. Lang-  
jährige Garantie. Gefallen erhalt. 27.  
Neumann, Leipzig, Oranienstr. 202.

**Melches Teilzahl-Geschäft**  
für **Brennabor-Räder!**  
Rein Leder!  
Günstigste  
Bedingungen.  
Berlin SO.,  
Louls Barth, Brückenstr. 10a, pt.

**F. F. Emil Schmidt,**  
Restaurant,  
Lindenstr. 3, 2. Hof part.  
Sonntags nachm. von 5 Uhr:  
Gemüthlicher  
**Familien-Knatsch**  
Räume a. Berl. 80-120 Berl.  
Schil. d. Weisard. Verb. Zahlabend.

**Vorletzte Woche!**  
**Inventur-Extrapreise**

**Gardinen**  
abgepaßte Fenster,  
weiß und creme  
Schallänge pro  
2,75 Mtr. Festr. M. 2 85  
Schallänge pro  
3,20 Mtr. Festr. M. 4 35  
Imit. Point-lace  
Gardinen, pr. Festr. M. 5 95  
Eleg. Seccions-  
Tüll-Stores M. 1 75  
Gestickte echte  
Spachtel-Stores M. 7 85  
Goldfarb. reich-  
gestickte  
Band-Stores M. 8 85  
Tüllbett-Gr. 180/220  
decken cm M. 2 35  
Reichgest. Erb-  
tüllbettdecken M. 6 25  
Elegante Tüll-  
Beitrückwände M. 5 85  
Brise, Bise (Scheibenschleier)  
Stück 0,22 Pf. (Wert 0,50 Pf.)

**Gardinen-Spezial-Haus**

**Emil Lefèvre**  
Berlin Süd. Seit 1882  
nur Oranienstr. 158  
Unter-  
halte nirgends Filialen!  
Nach auswärts per Nachnahme

**Inventur-Extralliste**  
billiger Sonderangebote  
gratis und franko.

**Inventur-Extralliste**  
billiger Sonderangebote  
gratis und franko.

**Inventur-Extralliste**  
billiger Sonderangebote  
gratis und franko.

**Inventur-Extralliste**  
billiger Sonderangebote  
gratis und franko.

**Inventur-Extralliste**  
billiger Sonderangebote  
gratis und franko.

**W. Noacks Theater**  
Direktion: Rob. Hill. Oranienstr. 16.  
Auf vielfachen Wunsch:  
**Der Flüchtling.**  
Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Sonntag: Gr. Extravorstellung:  
Die Fischerin von Island.  
**Kasino-Theater.**  
Cottbinger Straße 37. Täglich 8 Uhr:  
**Nur noch kurze Zeit!**  
**Ein Dorf-Roman.**  
Vorher das glänz. April-Programm.  
Sonntag 4 Uhr: Nick Cartor.

**Buggenhagen**  
Montplatz  
im Theatersaal täglich  
**Albert Böhme**  
Das brillante April-Programm.  
u. a.: Vina Goltz, Artur Wolf,  
W. Bendig, Alexander Wood,  
Norann Sittler.  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.  
Entree 50 Pf. Sonnt. reserv. 1 M.  
Part. 0,75, Entree 50 Pf. in d. Höhe  
Familienbillets 5 St. 2 M.  
Im unteren Kongressaal:  
Täglich: Konzert.

**Sanssouci, Kottbuser**  
Direktion: Wilhelm Kalmr.  
Sonntag, Montag und  
Donnerstag:  
**Hoffmanns**  
Norddeutscher Sänger  
und  
**Tanzkränzchen**  
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Anfang  
Sochentags  
8 Uhr.  
Anfang  
Sonntags  
7 Uhr.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Anfang  
Sochentags  
8 Uhr.  
Anfang  
Sonntags  
7 Uhr.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Anfang  
Sochentags  
8 Uhr.  
Anfang  
Sonntags  
7 Uhr.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Anfang  
Sochentags  
8 Uhr.  
Anfang  
Sonntags  
7 Uhr.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Anfang  
Sochentags  
8 Uhr.  
Anfang  
Sonntags  
7 Uhr.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Anfang  
Sochentags  
8 Uhr.  
Anfang  
Sonntags  
7 Uhr.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Anfang  
Sochentags  
8 Uhr.  
Anfang  
Sonntags  
7 Uhr.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Anfang  
Sochentags  
8 Uhr.  
Anfang  
Sonntags  
7 Uhr.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Anfang  
Sochentags  
8 Uhr.  
Anfang  
Sonntags  
7 Uhr.



# Bund zur Aufklärung von Deutschlands Frauen und Mädchen.

Großer wissenschaftlicher

## :: Lichtbilder-Vortrag :: nur für Damen.

Freitag, den 21. April, abends 8 1/2 Uhr,  
Sanssouci, 80., Kottbuser Straße 6.  
Sonnabend, den 25. April, abends 8 1/2 Uhr,  
Moabiter Gesellschaftshaus, NW., Wickestr. 21.  
Montag, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr,  
Königsstadt, N., Schönhauser Allee 10/11.  
Dienstag, den 28. April, abends 8 1/2 Uhr,  
Germania-Pracht-Säle, N., Chausseestr. 110.  
Mittwoch, den 29. April, abends 8 1/2 Uhr,  
Ballschmieder, N., Badstr. 16.

# Minna Kube,

Privatgelehrte,

pricht über:

I. TEIL:

## Liebe und Ehe.

Das Glück der Liebe in der Ehe, wie es gewonnen, gewahrt und erhalten wird.  
Wie die Frau den Mann in der Ehe fesseln und erziehen kann.

## Die Reform-Ehe. (Glückshe.)

Ein Mittel zur Erhöhung der Daseinsfreude und zur Bereicherung des Menschengeschlechts.

## ::: Das Erwachen der Liebe ::: und das Liebesleben.

Weiterer Inhalt des Vortrages:

Die Herabwürdigung der Liebe. — Keuschheit und Unkeuschheit. — Prostitution und Mädchenhandel. (Männlich werden 15 000 deutsche Töchter nach dem Auslande verkauft.) — Die wahre Erziehung zur Ehe. — Wen darf man heiraten? — Berechnung und Blutsverwandtschaft. — Hochzeit, Hüttenwochen, Mutterhaft. — Versehen der Frauen. — Wie man die Ehe glücklich gestaltet und wodurch sie oft unglücklich wird. — Eifersucht und Untreue. — Kindersterblichkeit. — Kinderlos- und kinderreiche Ehen. — Die Anfertigung der Geschlechter. — Die Furcht vor dem Kinde und die Freude am Kinde. — Die falsche Scham der Eltern und die wahre Moral. — Der Fluch der doppelten Moral. — Das Erhalten der jungen Leute in Unwissenheit, fast die einzige Ursache ihres Verderbens und des Fehlritts. — Die Geschlechtskrankheiten. — Nur wahrhaft moralische und rein denkende Eltern können ebensolche Kinder erziehen. — Die heutige Präterie und falsche Erziehung. — Die Körperpflege. — Kleidung, Diät und Berufsleben. — Der Liebestraum und der Brautstand. — Jungfrau und Gattin. — Die Mutterhaft und das Kind. — Die Sünden in und vor der Ehe und die daraus resultierenden Frauenleiden und Kindergebrechen.

Was sagen die Aerzte zur Beschränkung der Kinderzahl?  
Wann ist sie gesetzlich erlaubt?

II. TEIL.

## Die 30 Schönheiten des Weibes.

Wie erhalten wir uns gesunde, glückliche und schöne Frauen bis ins hohe Alter?

Wie verhüten wir das Verblühen der Frauen?

Wie werde ich schön? (Methoden werden bekanntgegeben.)

Wie begründet und erhält sich die Frau das Eheglück?

Verheiratet und doch glücklich sein.

Die Kunst, einen gesunden Mann zu bekommen.

Warum gibt es so viele kranke Frauen und Mädchen? — Können nicht viele Operationen durch rechtzeitige Aufklärung vermieden werden? — Die Krankheiten der Wechseljahre. — Die größtmögliche Verhütung des Krebses durch rechtzeitige Untersuchungen. — Wie bewahrt sich die Frau und das Mädchen vor Anklagen, Entzündungen, falschen Lagen, Verwachsungen, Weisfah, Blutungen, Entzündungen, Gewachsen und anderen weiblichen Leiden?

## Warum gibt es so viele kalte Frauen?

Schadet die Liebeskälte ihrer Gesundheit, Lebensglück und Lebenskraft?

Eintritt 50 Pf.

Jede Frau erhält wertvolle Aufklärung für ihr ganzes ferneres Leben!

::: Nur für Frauen und Mädchen über 18 Jahre! :::

## Verbandshaus der Gastwirtsgehilfen.

Dekonom: Paul Kobus.

Berlin N. 24, Gr. Hamburger Straße 18/19.

Telephon: Amt III, 1813.

Restaurant • Garten • Vereinszimmer.

Kleiner Saal zu Versammlungen und Festlichkeiten bis zu 150, Garten bis zu 300 Personen noch einige Tage in der Woche, auch Sonnabend und Sonntags frei.

Hintze-Pianino. — 2 Neuhafen-Billardis.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

### Gelegenheits-Angebot:

Ein Posten halbfertige Blusen, in Leinen und Batist, moderne Muster zur Hälfte des bisherigen Preises.

# Frühjahrs-Neuheiten

### Gelegenheits-Angebot:

Waschstoff-Reste, weiß und farbig, für Kleider u. Blusen ausreichend zu sehr billigen Preisen.

## Blusen

„Barbara“, Weiss Batist mit breitem Stickerei-Einsatz M. 3.25  
„Ruth“, Weiss Batist mit marinebl. Matrosenträger M. 7.00  
„Margot“, Weiss ind. Mull mit Spitzensattel u. Lochstick. M. 10.50  
„Isabella“, Weiss Batist mit Spitzen- und Sackerei-Einsätzen, Kimono-Armel . . . M. 12.50  
„Eos“ Weiss gepunkt Mull Sattelst. u. Valenciennes-Spitze M. 18.00

## Weisse Batist-Blusen

Abgepasste Kinder-Kleider in Weiss Batist u. farb. Leinen m. Schweiz. Lochstickerei v. M. 7.50 bis 11.00

## Blusen

„Bobbi“, Farb. Sport-Hemdbluse aus gestreift Zephyr . . . M. 3.50  
„Anna“, Hemdbluse aus feinst. gestreift. Zephyr ! M. 8.50  
„Malta“, Bluse a. farb. ind. Mull in hellblau oder kartilla, reich verziert mit Valenciennes-Spitze und Sackerei-Stickerei . . . M. 11.00

„Malwino“, Bluse aus zart-blau oder weiss ind. Mull m. Loch-Stickerei u. Spitzen-Einsätzen M. 14.75

handgenäht und handgestickt . . . von M. 11.00 bis 150.00

Halbfertige Schweizer Stickerei-Kleider Weiss u. farb. grosse Auswahl, neueste Form. v. M. 22.00 bis 180.00

## Halbfertige Kleider

Nr. 1218 Weiss Seidenbatist m. Stickerei und Falteneinsätzen M. 13.25  
Nr. 2217 Hellblau, mittelblau, dunkelblau, mod. farb. od. roseda-farb., Leinen m. weiss. Stick. M. 15.00  
Nr. 1221 Weiss Seidenbatist m. reich. Lochstick. u. Spitze verz. M. 25.00

## Halbfertige Blusen

Weiss Batist mit Schweizer Lochstickerei . . . M. 4.40 u. 8.00  
Weiss oder farb. Leinen m. farb. od. weiss. Stickerei M. 3.50 u. 6.75

Handgestickte halbfertige Leinen-Kleider auch mit Liftboy- od. Bolero-Jäckchen v. M. 51.00 bis 150.00

Leinen und Wäsche jeder Art. — Braut-Ausstattungen stets zur Besichtigung.

# F. V. Grünfeld

Ländeshuter Leinen- und Gebild-Weberei  
Berlin W., Leipziger Strasse 20-21.

## Waschstoffe

Grosse Auswahl in Kleiderleinen, Organdy, Zephyr, Kattun  
von M. 0.45 bis 3.50.

## Wollmusseln

bedruckt Batist u. baumwoll. Voile, hochmodernes Muster  
von M. 1.05 bis 2.00.

## Gustav Lindenhayn,

Gastwirtschaft, Telefon: Amt Grünau Nr. 17.  
Grünau, Friedrich-Str. 2, 5 Minuten vom Bahnhof.  
Großer Garten, Vereinszimmer.  
Fremdenlogis. 26612\*  
Vorzügliche Speisen und Getränke in größter Auswahl zu soliden Preisen.

## Erfinder!

Patente billigt, ev. Finanzierung, Patentzahlung gestattet. 1235b\*  
Patentbureau Lindner & Co., Berlin, Grobdechenstraße 25, Sonntags 12-1.

Soeben erschienen:

## Der preussische Landtag.

Handbuch für sozialdemokratische Landtagswähler.

Im Auftrage des Parteivorstandes und unter Mitwirkung einer Anzahl von Parteigenossen herausgegeben von Paul Strich.  
Zweite umgearbeitete und bis auf das Jahr 1908 ergänzte Auflage.  
Das Buch bietet eine Fülle des besten Agitationsmaterials und kann daher jedem agitatorisch tätigen Genossen auf das wärmste empfohlen werden.

Der Preis beträgt für das jetzt 600 Seiten umfassende Werk brosch. 5 M., geb. 6 M.  
Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69. (Laden.)

## H. Pfau, Bandagist

jetzt: Direksenstraße 20  
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und  
Reichspräsidenten. — Amt VII, 13799.



Bruchbänder und Bandagen, Geradehalter, Leibbinden, orthopädische Apparate künstl. Glieder, Korsetts u. alle Mittel zur Krankenpflege. Für Damen weibliche Bedienung.  
Lieferant für alle Krankenhäuser.

# Wegen der vielen Angriffe

unserer verehrten Konkurrenz haben wir uns entschlossen, das Schöneberger Geschäft Hauptstr. 10 und die anderen 4 Geschäfte aufzugeben, das heißt, wir werden das gesamte Unternehmen in eine Gesellschaft umwandeln, und zwar am 31. 12. 08. Aus diesem Grunde veranstalten wir einen

# Gr. Total-Ausverkauf 50% unter Preis 50%.

Wir haben uns entschlossen, bis zum 25. April noch auf untenstehende 6 Serien einen Extra-Rabatt von 10% zu gewähren.

Serie 0: Herren-Paletot Stück 6<sup>65</sup> M. | Serie IV: Herren-Paletot Stück 13<sup>50</sup> M. | Serie IX: Herren-Paletot Stück 25<sup>00</sup> M.  
Serie I: Herren-Anzug Stück 8<sup>75</sup> M. | Serie VI: Herren-Anzug Stück 17<sup>50</sup> M. | Serie XI: Herren-Anzug Stück 34<sup>00</sup> M.

Streng feste Preise!

Nur kein Neid, wer kann, kann!

::: Serien-Preise! :::

# BLITZ

9 Rosenthaler Str. 9 Ecke Auguststraße | 137 Gr. Frankfurter Str. 137 | Schöneberg  
85 Chaussee-Straße 85 | 29-30 Kottbuser Damm 29-30 | 10 Haupt-Straße 10

## Liebe Freundin!

Kannst Du dort auch das hübschen-Selbsterpulver „Goldperle“ haben? Frage doch mal nach und laufe Dir ein Paket, Du wirst entzückt sein über die reizenden Geschenke, die jedem Paket beiliegen. Versäume das nicht und achte auf den Namen „Goldperle“, damit Du das richtige bekommst.

Gerechten Gruß  
Deine Anna.

Vertreter: Andr. Caspar, Berlin SO., Josephstr. 11. Fernsprechamt IV. 6266.

## Steppdecken

größte Auswahl, sehr preiswert, direkt in d. Fabrik Bernhard Strohmayer, nur 72 Wallstr. 72, Berlin SW. 14. (zwischen Reich u. Jusefferstr.)  
us auch alte Steppdecken aufgearb. wdh.

Haben Sie Stoff?  
Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Maß, schick, dauerh. Zutaten, von 20 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 11. (Städt. Börse).



Partei-Angelegenheiten.

Jessen. Heute, Mittwoch, den 22. April, abends 8 Uhr, Wahlvereinsversammlung im Lokal von P. Kurzner (früher Schmitz). Die Tagesordnung wird dort bekanntgegeben. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist unbedingt notwendig.

Berliner Nachrichten.

Bitte — alles an seinem Platz.

„Wannsee — alles aussteigen!“ Also raus.

Wie war's, wenn wir uns 'mal Kleists Grab ansähen? Seit sieben Jahren war ich nicht hier. Wir gehen also am Bahndamm entlang durch die Anlagen. Uha, da ist noch die Tafel: „Zum Grabe S. v. Kleists“. Lebensbäume sind da vor gewachsen, so daß man die Schrift kaum noch erblickt. „Bismarckstraße“ steht aber aufdringlich an einem blauen Schild zu lesen. Ausgerechnet Bismarckstraße! Na, sie hatten eben noch keine, und da mußte denn diese herhalten. Häuser sind nicht zu sehen. Doch, da hinten. Und Straßenpflaster sogar — wie im Grunewald. Ein paar schöne Villen liegen einsam da. Wo ist nun aber das Grab geblieben? Früher wiesen einen mehrere Tafeln zurecht. Jetzt existiert nur ein dunkles, kleines Holzbrett, auf dem in schamrotten Lettern ein paar Worte verkünden, daß hier der Weg abgeht. Wir sind zuerst daran vorbeigelaufen — eine Viertelstunde in den Wald hinein, um das einst so still gelegene Grab da zu suchen. Und kehren zurück an den Weg, der zwischen einem frisch aufgewählten Baugrund und einem frisch angelegten Garten dem See zuführt. Da liegt auch ein großes Gebäude, irgend ein Klubhaus oder dergleichen. Suchend sehen wir uns um. Wo ist denn nun das Grab? Ach richtig! da, in die Ecke gedrückt, hart am Abhänge. Jörn und Widervillen erfassen einen, wenn man dies sieht. Wenn man weiß, wie still und abgesehen noch vor wenigen Jahren diese Stelle lag, mitten im Wald, über dem Wasser. Nur ein paar Stämme sind stehen geblieben, in einer Breite von wenigen Metern. Auf der einen Seite das moderne Klubhaus, auf der anderen der aufgewählte Baugrund. Pflui Teufel. Wir eignen uns eine Crocus-Blüte an, die da her vorstimmert und eilen davon.

Ein Dichtergrab ist ja am Ende etwas so fabelhaft Hohes nicht. Aber man muß wissen, wie die Bourgeoisie vor kurzem sich gegen die Verlegung des Grabes gestraubt hat. Wie man von Pietätlosigkeit schrieb. Und wie man endlich mit Genehmigung konstatierte, daß der Protest geholfen habe; daß die Städte unversehrt bleibe.

Hätte man sie doch lieber versehrt! Sie aus dieser Umgebung entfernt, da ja die Umgebung nun einmal parzelliert werden sollte, um für Sommerwohnungen Raum zu schaffen...

Es dämmert. Wir klettern wieder in die Stadtbahn... Abfahren!... und klappern davon, nach Hause. Gleich kalt ist es. Heißt wird nicht mehr, wenn auch das Thermometer um ein paar Grad über Null zeigt. Diese verdammte Anauferer! Das Defizit ist so groß... da können auch noch einige Tausend für Heizung angewendet werden. Oder man brauchte nur ein einziges Mal weniger zu schleien aus jenen Kleinstmordwerkzeugen, die mit jedem Geschöß viele Tausende verschlingen.

Ueberhaupt diese Stadtbahn! Im Winter die Finsternis auf den Bahnhöfen und im Frühling die Kälte in den Wagen. Zu bestimmten Stunden wird das Licht ausgedreht. Zu bestimmten Daten auch die Heizung abgedreht. Alle Welt schimpft darüber, aber alle Welt läßt sich gleichwohl gefallen.

Das ganze Land ist total verbureaucratet. Das Kleist-Denkmal steht an seinem alten Platz, wenn auch die ganze Umgebung für immer verunkutet ist. Wenn auch keine Spur vom Jauder dieser Stelle übrig blieb. Wenn auch ein frecher und lächerlicher Bau sich nebenan breit macht. Bitte — das Kleist-Denkmal steht an seinem Platz.

Das Stadtbahnpublikum verdirbt sich die Augen, indem es trotz der ägyptischen Finsternis, in der Dämmerung heimfahrend, die endlose Längeweite der Fahrt mit Lesen zu vertreiben sucht. Bitte — alles an seinem Platz: Um 7 Uhr 1 Minute geht die Sonne unter. Danach richten wir uns.

Frierend schlägt man den Mantelkragen hoch, schließt die Fenster und drückt sich in die Ecke. Dreiviertel Stunden Fahrt! Die Erkältung wird gut. Schon meldet sich ein Schnupfen. Bitte — alles an seinem Platz: Wir schreiben den 21. April und Sie wissen, daß am 15. die Heizung aufgehört. Wären Sie vor acht Tagen gefahren...

Zu diesem Heizungsprinzip paßt das preussische Regierungsprinzip.

Dem fünfzehnten — Jahrhundert entspricht es und nach ihm richtet es sich.

Es wird nicht anders werden, ehe das Publikum selber anfängt einzuschreiten.

Steuern vom Nichts!

Daß Personen, die kein Einkommen haben, manchmal dennoch zur Einkommensteuer veranlagt werden, dafür haben wir letzten mehrere Beispiele angeführt. Die Liste der Besteuerungsmerkmale ist hiermit keineswegs erschöpft. Von den neuen Fällen, die und inzwischen bekannt geworden sind, wollen wir den folgenden mitteilen.

Ein ehemaliger Zimmergeselle F., der jetzt im sechzigsten Lebensjahre steht, ist seit längerer Zeit lungenkrank. Nachdem er im Jahre 1907 vom Mai bis zum Oktober in einem Krankenhaus gelegen hatte und erfolglos behandelt worden war, wurde im Oktober sein Anspruch auf Invalidenrente anerkannt. Seine Rente wurde ihm zugewilligt für die Zeit von Mai an, doch mußte er sich die nachgezahlende Summe um drei halbe Monatsbeträge kürzen lassen, die für die Krankenhausbehandlung einbehalten wurden. Nun war aber F. für das Steuerjahr 1907/08 mit einem Einkommen von 900—1050 M. eingeschätzt und zu einer Einkommensteuer von 8 M. veranlagt worden. Er hatte reklamiert, doch wird bekanntlich die vorläufige Zahlung der veranlagten Steuer hierdurch nicht aufgehoben. Während F. vom Frühjahr bis zum Herbst wie schon gesagt, im Krankenhaus lag, ersuchte man ihn pünktlich in jedem Vierteljahr, seine Steuern zu bezahlen. Im August wurde er zur Vernehmung nach der Nebenstraße vorgeladen. Auf eine dorthin gefandte schriftliche Mitteilung gab's keine Antwort, und im November kam dann wieder der Steuererheber und präsentierte seinen Zettel. Erst im Februar 1908 kriegte F. eine nochmalige Vorladung, und nun wurde endlich unterm 21. März 1908 verfügt, daß F. für das Steuerjahr 1907/08 von der Einkommensteuer zu befreien sei. Die Benachrichtigung wurde dem F. am

28. März 1908 zugeestellt, drei Tage vor Schluß des Steuerjahres, das mit dem 31. März abließ.

Inzwischen war schon wieder für das neue Steuerjahr 1908/09 die Einkommenschätzung vorgenommen worden und im Anschluß daran war die Steuerveranlagung für dieses Jahr erfolgt. Da aber ein Einspruch gegen die Veranlagung für das Vorjahr, über den noch nicht entschieden worden ist, keine Wirkung auf die Veranlagung für das folgende Jahr ausübt, so war zu befürchten, daß F. auch für 1908/09 wieder zu 8 M. Einkommensteuer veranlagt und dann genötigt sein würde, von neuem zu reklamieren. Indes, diesmal kam's anders. Diesmal nämlich wurde F. nicht zu 8 M. veranlagt, sondern — zu 38 M. Bei 38 M. Einkommensteuer müßte er ein Jahreseinkommen von 2100 bis 2400 M. haben. Man sieht, wie kräftig die Steuerbehörde angezogen worden war gegen einen kranken Arbeiter, der kein anderes Einkommen als sein armseliges Invalidenrenten hat! Die Benachrichtigungen, daß F. — nach der Meinung der Einschätzungs- bzw. der Veranlagungskommission — sich nunmehr eines Jahreseinkommens von 2100—2400 M. erfreue und demnach für 1908/09 die Kleinigkeit von 38 M. abzugeben habe, gingen dem Glücklichen zu, bevor noch die oben erwähnte Zuschrift über die endlich erfolgte Steuerbefreiung für 1907/08 in seine Hände gelangt war. Rüge er jetzt sehen, ob er auf die erneute Reklamation, die nötig geworden ist, einen Bescheid kriegt, bevor das Steuerjahr 1909/10 herankommt und die Herren von der Einschätzungscommission ihm noch wieder eine Einkommenserhöhung befehlet haben. Von Verdienen ist zwar bei F. keine Rede, mindestens gegenwärtig nicht, wo er infolge Verschlimmerung seines Zustandes sich schon wieder seit zwölf Wochen in ärztlicher Behandlung befindet. Aber das hindert die Kommission nicht, ihm ein Jahreseinkommen bis zu 2400 M. zu „geben“, leider nur auf dem Papier. Wer mag da die Redeweise ausgeführt haben, die vor jeder Einschätzung ausgeführt werden soll?

Man muß geradezu annehmen, daß manche Einschätzungscommissionen es für zulässig halten, ins Blaue hineinzuschätzen, weil ja der etwa Ueberschätzte das Abwehrmittel der Reklamation habe. Was aber geschieht, wenn das Opfer solcher blind zugreifenden Besteuerungsakten aus Unkenntnis der Bestimmungen die Reklamation unterläßt? Dann muß er zahlen — gleichgültig, ob er's dazu hat oder nicht! Denn zur Billigkeit bei der Einkommenschätzung gefehlt sich Rücksichtslosigkeit bei der Steuererhebung. Die Erfahrungen, die man da machen kann, werden uns geschilbert von einem Manne, der seit dem Herbst ohne Beschäftigung ist und den Winter hindurch teils von Ersparnissen aus besserer Zeit, teils von Unterstützungen durch Verwandte gelebt hat. Er hatte reklamiert, aber dadurch wird weder der Steuererheber noch der Exekutor aufgehalten. Die Forderung, die bei ihm vorgekommen wurde, war nicht erfolglos; es wurden noch bare 19 M. bei ihm gefunden. Er hat, ihm dieses Geld zu lassen, da er nach sechsmonatiger Arbeitslosigkeit soeben wieder Stellung gekriegt habe und dort eine kleine Ration erlangen müsse. Aber die Steuerverwaltung gibt keinenardon und fordert Steuern aus vom Nichts. Kalthergig nahm man dem Manne seine 19 M. ab. Er konnte infolgedessen seine Stellung nicht antreten und steht nun wieder brotlos da.

Weiße Ostern waren uns diesmal beschieden. Durch seine Leuten hat der Wettergott die Hoffnungen so vieler Laufender schmählich zerkratzt. Am ersten Feiertag herrschte ein ungemein unfreundlich Wetter. Am Nachmittag gab es Hagel, Schnee und Regen. In der Umgegend Berlins gingen größere Schneemengen nieder und strichweise gab es starke Hagelschläge. Natürlich hatte der Osterwecker unter der beständig wechselnden Witterung ganz außerordentlich zu leiden. Erst der zweite Feiertag brachte eine Besserung. Wenn auch ein wenig Kälte vorherrschte, so ließen sich am Nachmittag die Berliner doch nicht davon abhalten, Ausflüge nach der Umgegend zu unternehmen. Die Gastwirte der Ausflugstafeln wurden für den ihnen verloren gegangenen ersten Feiertag wenigstens etwas entschädigt. In den Forsten, im Grunewald, in den Müggelbergen usw. herrschte ein recht reges Leben und Treiben. Auch auf den Gewässern in der Umgegend, auf der Havel, der Spree, dem Wannsee und dem Müggelsee, hatte sich ein starkes Ruderen- und Seglerverehr entwickelt. Es sollte auch nicht an den üblichen Waidunfällen fehlen. Glücklicherweise nahmen sie jedoch alle einen günstigen Verlauf.

Der Minister über die Verwirrung in der Bezeichnung der Schnellfahrenden Züge. In der Bezeichnung der schnellfahrenden Züge herrscht seit der Einführung der Eilzüge, wie wir vor kurzem ausgeführt haben, immer noch eine gewisse Verwirrung. Eine Verfügung des Ministers der öffentlichen Arbeiten an die Eisenbahndirektionen spricht dies jetzt ebenfalls aus, indem sie sich darüber beklagt, daß auf den Fahrplanaufgaben für das Publikum in den Angaben über die verschiedenen Arten von Zügen nicht gleichmäßig verfahren wird. Der Minister ordnet deshalb jetzt folgendes einheitliche Verfahren für diese Tafeln an. Die Zugzüge sowie sämtliche Schnell- und Eilzüge erhalten rote Ziffern. Den Ziffern ist bei den Zugzügen an der linken Seite in roter Farbe ein L, bei den D-Zügen ein D und bei den übrigen zuschlagspflichtigen Schnellzügen eine punktierte starke Linie... vorzusetzen. Die Eilzüge sind nur durch den roten Druck der Ziffern zu kennzeichnen. Die Abfahrtszeiten der Personenzüge sind mit schwarzen Ziffern darzustellen. Eine besondere Bezeichnung der Vorortzüge, abweichend von den Personenzügen des Fernverkehrs, soll nur da erfolgen, wo nach den örtlichen Verhältnissen eine Unterscheidung notwendig ist. Am Fuße der Tafeln sind folgende Bemerkungen aufzunehmen: (L): Zugzüge; (D): D-Züge, zuschlagspflichtig; (.): zuschlagspflichtige Schnellzüge; (rot): Eilzüge; (schwarz): Personenzüge; (hellblau oder hellgrün): Vorortzüge; WW: Züge verkehren nur Werktags; SZ: Züge verkehren nur Sonn- und Feiertags. Die Minutenziffern der Nachtzeiten von 8.00 abends bis 5.59 morgens sind unterstrichen. Die in den vorstehenden Bemerkungen, links neben den Zugbezeichnungen stehenden Buchstaben, Zeichen und Worte sind auf den Tafeln nicht einzuklammern, sondern mit roter, schwarzer, hellblauer oder hellgrüner Farbe, ihrer Bedeutung entsprechend, darzustellen. Im übrigen sind die Bemerkungen schwarz zu drucken. Nach Umwandlung der zuschlagspflichtigen Schnellzüge in D-Züge fällt die punktierte Linie mit der zugehörigen Erläuterung fort. Auch für die gebrochene Fahrpläne dürfte eine ähnliche Verfügung angebracht erscheinen. Einzelne Entwürfe für den kommenden Sommerfahrplan sprechen immer noch von zuschlagsfreien Schnellzügen, was es doch nach neuem Wortgebrauch nicht mehr gibt.

Weitere Ausdehnung der Sonntagstraße. Die städtische Untersuchungsstation I für die Untersuchung des von außerhalb nach Berlin eingeführten Fleisches in der Dirschstraße, Stadtbahnhofen 125, ist von jetzt ab an den Sonntagen vormittags für den Verkehr nicht mehr geöffnet, sondern bleibt in der Zeit von Sonnabend abends 7 Uhr bis Sonntag nachts 12 Uhr geschlossen.

Phantasierer an der Arbeit. Der Brand der alten Garnisonkirche gibt den Leuten ohne Maßstab wieder mal ertüchtlichen Anlaß, in Phantasiemodus zu schwelgen. In einer Sonderausgabe des „Volk-Anzeiger“ vom Osterfestabend lesen wir die folgenden erbaulichen Sätze:

„Auch daß die Scheiben einiger Fenster hell geblieben sind und des Feuers ungeheurer Glut widerstanden haben, entgeht der Menge nicht und wird von ihr mit Recht als ein Wunder befaßt und betrachtet. Auch das preussische Herz regt sich, und es schlägt höher, als die Glut gewahren, wie die Medaillons an der Außenfront unberührt geblieben sind und wie das Feuer den Flug des darauf zur

Sonne strebenden Adlers nicht zu stören vermochte. Auch daß die Inschrift über dem Haupttor noch mit hell glänzenden Buchstaben den Zweck und das Entstehungsjahr der Kirche verkündet, wird freudig begrüßt und empfunden.“

Wir vermissen den Zusatz, daß August Scherl aus Dankbarkeit für seine Orden resp. für die ihm noch zustehenden „Adler“ die neue Orgel stiften wird. In der Sonntagsnummer des Hofblattes a. D. wird sogar schon angeregt, aus dem geschmolzenen Metall der Kirchenbedachung — Gedenkmedaillen prägen zu lassen.

Die städtische Fortbildungsschule für schwachbelegte Jünglinge und junge Mädchen hat das neue Schuljahr bereits begonnen. Sie wurde im vergangenen Winter von 230 Schülern und Schülerinnen besucht. Die Jünglinge haben Montags und Donnerstags, die Mädchen Dienstags und Freitags Unterricht und zwar in Deutsch, Rechnen und Handarbeit. Für die Jünglinge wird von jetzt an auch ein Zeichenkursus, für die Mädchen eine Haushaltungsschule eingerichtet. Anmeldungen nimmt der Leiter der Schule an den Schultagen von 5—8 Uhr im Schulhaus, Brunnenstr. 180, 2. Hof (Nähe des Rosenthaler Thores), auch jetzt noch entgegen.

Um das Bismarck-Denkmal. Das „Berl. Tageblatt“ weiß zu melden: Der ablehnende Bescheid des Kaisers in Sachen des Bismarck-Denkmal ist jetzt im Rathause eingetroffen. Das Schreiben des Zivilkabinetts geht dahin, daß der Kaiser sich nicht in der Lage habe sehen können, dem eingereichten Plan der Aufstellung eines Bismarck-Denkmal auf dem Karlsplatz seine Zustimmung zu geben. Der Magistrat wird sich in seiner nächsten Sitzung mit diesem Bescheid des Kaisers beschäftigen, um die Rechtsgrundlage für eine Aufstellung des Denkmals an anderer Stelle ohne Genehmigung des Kaisers zu erörtern.

Unsere Ansicht, daß der Kaiser gar kein Recht habe, eine solche Genehmigung zu erteilen oder zu verweigern, haben wir kürzlich schon dargelegt. Eine Ministerialverordnung kann dieses Recht nicht konstruieren. Es entsteht aber die Frage: Wer hat den Kaiser überhaupt um seine Genehmigung gebeten?

Neue Ermittlungen gegen den Anabermörder. Durch die neuerlichen Feststellungen der Kriminalpolizei wird der verhaftete Anabermörder, der Schuhmacher August Heider, noch weiter schwer belastet. Der Anode, der in der Asche des Racheofens gefunden wurde, ist als ein Fingerring bestimmt festgestellt worden. In der Asche wurden aus chemischem Wege Ueberbleibsel von verbrannten Anoden festgestellt; außerdem fand man darin Hosenknöpfe, wie der Schneidermeister Raab, der Lehrling des ermordeten Flecher, sie verwendet und diesen von Schnürschuhen. Die Schnürschuhe des Ermordeten hatten nur diesen. Es ist nach diesen Ermittlungen nicht mehr daran zu zweifeln, daß Heider die Kleidungsstücke des Ermordeten im Racheofen verbrannt hat. Heider behauptet, daß er in der letzten Zeit von seinen Ersparnissen gelebt habe. Wahrscheinlich hat er jedoch im wesentlichen von Erpressungen sich ernährt.

Die Hundesteuermarken für das Etatsjahr 1907/1908 behalten noch bis Ende nächsten Monats Gültigkeit, weil die Einziehung der Steuer nicht mehr im April durchgeführt werden kann. Hundebesitzer, bei denen die Abholung der Steuer nicht rechtzeitig erfolgt, sind verpflichtet, das Geld selbst bei der Steuerkasse einzuzahlen. Später auf der Straße umherlaufende Hunde, welche die neue Steuermarken nicht tragen, unterliegen dem Fangrecht des deutschen Tierärztvereins.

Eine eilige Rechnung erhielt am zweiten Feiertag auf dem Thomas-Kirchhof ein Vater, der seinen 23jährigen Sohn zur letzten Ruhe beflattet hatte, vom Kirchendiener zugestellt. Herr D., so heißt der Vater des Verstorbenen, hatte den Beichenkommissar mit der Beforgung der Beerdigungsgeschäfte betraut. Bei der Aufstellung der Kosten waren jedoch 1,50 M. für Kerzen vergessen worden. Als der Beerdigungssakr vorüber war und die Leidtragenden das Grab verlassen wollten, trat plötzlich ein Kirchendiener an Herrn D. heran und betonte, daß er noch 1,50 M. für Kerzen zu bezahlen habe. Der Kirchendiener wurde gebeten, doch die Rechnung einzusehen, da der Augenblick für die Abwicklung solcher Geschäfte nicht besonders günstig sei. Doch der Kirchendiener hatte es eilig, die Rechnung mußte sofort bezahlt werden. Bei dem zahlreichen Trauerfolge löste die Hast, mit der der Kirchendiener seines Amtes waltete, ganz eigenartige Gefühle aus.

Mutter und Tochter in den Tod. In der Nacht zum ersten Oftertag sind die 66jährige Witwe Ida Stähr und ihre 23jährige Pfliegerochter Emilie gemeinsam in den Tod gegangen. Beide wohnten seit über 20 Jahren im dritten Stock des Hauses Prinzenstraße 76. Das junge Mädchen arbeitete als Silberputzerin und bestritt einen großen Teil des Hausaufwandes. Am Sonnabendabend brachte Frau Stähr eine Freundin, an die sie ein Zimmer vermietet hatte, bis zur Straßenbahn. Als die Freundin am Oftersonntag zurückkehrte, fand sie die Wohnung verschlossen. Sie benachrichtigte die Polizei, die die Korridortür öffnete. In der Wohnkammer fand man Frau Stähr angekleidet auf dem Sofa und ihre Pfliegerochter auf dem Fußboden tot liegen. Auf dem Tisch standen zwei Kaffeetassen. Die die Untersuchung ergab, hatten die beiden Frauen eine Branntweinschüssel mit kaffeegetrunken. Nachforschungen scheinen das Motiv zur Tat gewesen zu sein.

Zeichen der Zeit. Ein „Hof-Prediger“ mit dem Vorkosten ist seit mehreren Wochen eine neue Erscheinung im Berliner Straßenbild. Der etwa 40 Jahre alte Mann hat langwallendes, weiß über die Schultern fallendes Haar, wie ein richtiger Christuskopf. Seine ziemlich altertümliche Drehsichel spielt nur geistliche Lieber. Nach jedem Viede hält der Mann eine Ansprache, die in Ermahnungen, daß die Menschen sich bessern mögen, und in ein Gebet ausklingt. Ramentlich in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts hatte Berlin eine ganze Anzahl solcher sonderbaren Heiligen, die als Originale galten und dementsprechend behandelt wurden. Man nahm sie damals schon nicht allzuernst und behauptete, daß derartige Leute im stillen Kämmerlein gerade das Gegenteil taten von dem, was sie öffentlich auf der Straße und auf den Höfen predigten. Immerhin ist es ein charakteristisches Zeichen unserer Zeit, daß solche Strahnererscheinung möglich ist und ihre Existenz findet. Uebrigens wählt sich dieser moderne Strahner- und Hofprediger ganz nach der Art seiner heimgegangenen Vorbilder mit Vorliebe die inneren, ältesten Stadtteile als Operationsfeld. Da gehört er mit seinen Ermahnungen auch hin.

Die Unfallkrank in der Anilinfabrik (Kittengesellschaft) vor dem Schlessischen Tor wächst. Erst kürzlich mußten wir über einen Unfall in diesem Betriebe berichten, bei dem sich ein Arbeiter mit Essigsäure die Nase schwer verletzete und heute wird uns nachträglich über einen am Donnerstag erfolgten weiteren Unfall berichtet. In diesem Tage morgens 8 Uhr fiel der Arbeiter Barnitt von einer nach dem Wasserreservoir führenden Leiter ab und erlitt, wie später auf der Unfallstation festgestellt wurde, eine doppelte Verletzung des rechten Fußes. Wie wir hören, soll die Leiter nicht vorläufigsmäßig sein, da sie keine Halten enthält, um festgehalten werden zu können. Dadurch sei die Leiter ins Aussehen gekommen und der Arbeiter abgestürzt. Nachdem der Unfall passiert war, habe man Barnitt in den Speiselaal gebracht und hier habe der Verwundete in seinen Schmerzen warten lassen, bis ein im Betriebe angestellter ärztlicher Herr erschienen. Da dieser Herr aber erst gegen 10 Uhr zu kommen pflege, hätten Arbeiter sich darüber beschwert, daß der Verunglückte zwei Stunden ohne ärztliche Hilfe bleiben solle, worauf Abhilfe erfolgt sei; aber eine Stunde hat der vor Schmerzen stöhnende Arbeiter doch aushalten müssen.







**Kaasmira Banackiewicz**  
Albert Wischowski  
Verlobte.

Unserem Freunde und Genossen  
**Wilhelm Fleischhammel**  
zu seinem heutigen Beerdigungstage ein dreimal donnerndes Hoch!  
Seine Freunde  
M. M. L. D.

Unserem Genossen  
**Willi Fechner nebst Braut**  
zu ihrer heutigen Vermählungsfeier ein dreifach donnerndes Hoch!  
Die Genossen des 7. Bezirks  
Lichtenborg. 15508

Dem Jubelpaar  
**August Melitzkat nebst Frau**  
die besten Glückwünsche zur Silbernen Hochzeit.  
Die Genossen des 117. Bez. T. I.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den  
**6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
**Nachruf.**  
Am 17. April verstarb im Lazarus-Krankenhaus unser Mitglied, der Gastwirt  
**Wilhelm Verleih**  
Alterstr. 58.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am 21. April bereits stattgefunden.  
226/13 **Der Vorstand.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser  
**Georg Weißheimer**  
am 18. d. M. gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 22. April, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Strohplatzes in Strausberg aus statt.  
115/13  
Rege Beteiligung erwartet  
Die Ortsverwaltung.

**Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse d. Drechsler u. Berufsgen.**  
(E. D. 86 Hamburg.)  
Verwaltungsstelle Berlin A.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied  
**Heinrich Frenzel**  
am 19. April verstorben ist.  
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 22. April, nachmittags 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Ortsverwaltung.

**Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute.**  
**Nachruf.**  
Am 17. April starb im hohen Alter von 80<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Jahren unser Mitglied, der Zimmerer  
**Wilhelm Zigler.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung fand am Dienstag, den 21. d. Mts., auf dem Thomas-Friedhof, Hermannstraße, statt. Leicht sei ihm die Erde.  
15648 **Der Vorstand.**

**Deutscher Transportarbeiter - Verband.**  
**Nachruf.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Kollegen  
**Paul Rottke**  
am 12. April 1908 und  
**Wilhelm Krause**  
am 15. April 1908, verstorben sind  
Ehre ihrem Andenken!  
68/13 Die Verwaltung I.

Am Sonntag, den 19. April 1908, abends 6 Uhr, entschlief sanft nach langen, schweren Leiden mein lieber Mann, Vater und Schwiegervater, der Tischler  
**August Block**  
im 63. Lebensjahre.  
Dies zeigen tiefbetäubt an  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Eichwalde, 20. 4. 1908.  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 23. d. M., nachmittags 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, von der Leichenhalle in Eichwalde aus statt.

**Todes-Anzeige.**  
Nach längeren, schweren Leiden verstarb am 20. April meine innigst geliebte Gattin, unsere gute Mutter  
**Hedwig Apfelgrün**  
geb. Grabs  
im 63. Lebensjahre. 15466  
Mit der Bitte um stille Teilnahme zeigen dies tiefbetäubt an  
Der trauernde Gatte nebst Kindern.  
Die Beerdigung erfolgt am Freitag, 24. April, nachm. 5 Uhr, auf dem Friedhof der Freireligiösen Gemeinde in Berlin, Groppeallee.

**Pflanzer-Verein „Bundschuh“.**  
Am 20. April 1908 verstarb unser Mitglied  
**Hedwig Apfelgrün**  
geb. Grabs  
nach langen, schweren Leiden.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 24. April 1908, auf dem Friedhof der Freireligiösen Gemeinde, Groppeallee, nachmittags 5 Uhr statt.  
296/2

**Danksagung.**  
Für das ehrenvolle Beisein sowie für die schönen Kranzspenden bei der Beerdigung meines Sohnes  
**Adolf Thies**  
in Rottbus am 17. 4. 08 sagen allen seinen Kollegen und Arbeiterinnen der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft Berlin, Schlegelstr., herzlichsten Dank.  
Familie A. Thies, Rottbus.  
Sage allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere dem sozialdemokratischen Wahlverein, dem Pflanzerverein Kolonie „Mittelweg“, dem Glas- und Spawerein „Vorwärts“ und den Kollegen der Plano-Labor Union für die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unserer guten Vaters meinen herzlichsten Dank.  
**Witwe Karoline Scheide und Kinder.**

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

**Dr. Schönemann**  
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.  
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

**Blumen- und Kranzbinderie von Robert Meyer,**  
an der Mariannen-Straße 2.

# Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Reichthorstraße 28. Filiale Berlin. Fernsprecher Amt IV Nr. 4787.  
**Donnerstag, den 23. April, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15:**  
**General-Versammlung**  
Tages-Ordnung:  
1. Reichsverband gegen die Sozialdemokratie. Referent: Gewerkschaftssekretär R. Fendel.  
2. Abrechnung vom 1. Quartal 1908. 3. Verbandsangelegenheit. 131/19<sup>o</sup>  
Die Ortsverwaltung.

**Verband der Sattler.**  
Ortsverwaltung Berlin.  
**Achtung! Koffermacher! Achtung!**  
Donnerstag, 23. April, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, Saal 7:  
**Hußerordentliche Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Der Stand unserer Lohnbewegung. 2. Verschiedenes.  
Jeder Koffermacher ist verpflichtet, diese Versammlung zu besuchen.  
156/17. Die Branchenleitung.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Ortsverwaltung Berlin.  
**Maschinen-Arbeiter.**  
Donnerstag, den 23. April, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr:  
**Branchen-Versammlung**  
in Boetters Festsälen, Weberstr. 17.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Kallak über: „Krise, Trübs und Karikell“. 2. Diskussion. 3. Der 1. Rat. 4. Branchenangelegenheiten.  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
Die Branchenkommission.

**Legehühner**  
junge, beste Lege, 2,50 M., festgehende Brutputen. Brutzeit hochedelst. Küken empf. unt. Garantie! Recl. Wegner, Berlin 50., Mariannenstr. 34.

**Cigarren-Händlern**  
bequemsten Einkauf zu billigsten Preisen bietet das größte und reichhaltigste ausgestattete  
**Cigaretten-Engroslager Carl Röcker, Berlin,**  
Grüner Weg 112 (Fernspr. VII, 3861).  
Offertiere folg. Marken u. Original-Fabrikpreis von 100 St. an einer Sorte:  
Berliner Marken: Garbát, Josef, Manoll, Problem, Phänomen, Kapitán, Herbstoll, Carmen Salsa, Tellus, Kreftin.  
Dresdener Marken: Salem Meitum, Sullma, (Matropas etc.), Luma, Bolero-Rentli, Remion, Koferna.  
Ferner: Kurati, Kyriaki Strees, Egyptian Comp., Österreichische und ungarische Regie-Cigaretten und -Tabake, Waldorf, Gloria usw.  
Generalvertreter für Deutschland der dänischen Kapitán-Kautabake, Rauch- und Schnupftabake; Hauptniederlage der Kautabal-Fabriken G. A. Panewader und Grimm & Tripel in Nordhausen; Brädr Braun in Kopenhagen, sowie J. Goldfarbs Schnupftabake, St. Stargard.  
Bei Neuanschaffungen von Cigarren-Geschäften bitte mein bestsortiertes  
**Cigarren-Engroslager**  
zu beschäftigen. Ich führe nur gutgelagerte, feinste Qualitäten in allen Preislagen.  
**C. Röcker, Berlin O., Grüner Weg 112.**  
Amt VII, 3861.

**Hygienische Bedarfartikel,**  
Gummiwaren, 1000s Anork. V. Prof. u. Aerst. empf. bill. Apoth. S. Schweitzers Fab. hyg. Präp., Berlin O., Holzmarktstr. 69-70. Preis: gratis.

**Zur Maifeier!**  
Blote Rosen, Nelken,  
für Vereine usw.  
100 Stk. 1 M.  
**Herm. Hesse,**  
Dresden-A.,  
Eckelstr. 10-12.

**Achtung! Verleihe!**  
„Slysium“ Landberger  
Hler 40/41.  
Stelle meinen 2000 Verj. fassenden Naturgarten sowie großen Saal dem geehrten Vereinen mit Sängergesellschaften zu Sommerfesten usw. zur unentgeltlichen Verfügung. 27802  
**Karl Eisermann, Amt 7, 2617.**

**Konkursmasse Fürst & Liebner**  
**Kein Laden! Mohrenstr. 37a, 1. Etage Kein Laden!**  
und andere Gelegenheitskäufe sollen  
**Engros haus!** **Engros haus!**  
**für 1/3 des Wertes**  
**sofort**  
im Einzelnen ausverkauft werden!  
**Kostüme, Jacketts, Paletots, Capes, Röcke, Blusen**  
in den verschiedensten Ausführungen und in den modernsten Stoffen.  
Man säume im eigenen Interesse nicht!!  
**Die Räumung des Lokals muß sehr schnell erfolgen.**  
**Verkaufszeit im Detail: 10-1, 3-8 Uhr.**

**Zur Maifeier 1908**  
bringen wir unser zur Beschäftigung gemahregelter Textilarbeiter gegründetes Fabrikationsgeschäft für Vereins- und Festabschehen,  
**Maifeiertage in sinnreicher Ausführung,**  
Rosetten, Schärpen, Brustband für Turner und Studenten  
in empfehlende Erinnerung. 21612<sup>o</sup>  
**Gewerkschaftskartell Lörrach.**  
Adresse: J. Klänsler in Rheinfelden.

Berlin SO. 16,  
**H. & P. Uder, Engel-Ufer 5.**  
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.  
**Spezialität: Nordhäuser Kautabak**  
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 2489L<sup>o</sup>  
Amt 4, 3014.

**Neu! Wichtig für alle pp. Verwaltungen**  
von Krankenkassen, Gewerkschaftsverbänden,  
Vereine etc. etc.  
**Das Problem ist endlich gelöst!**  
**Meine Patent-Quittungs-Marken**  
sind durch das Kaiserliche Patentamt Berlin als  
**D. R. G. M. Nr. 105569**  
auf 10 Jahre geschützt. [27312<sup>o</sup>]  
Nach langjährigem Bemühen ist es mir gelungen, jetzt Quittungsmarken herzustellen, die zum großen Teile nicht wieder verwertet werden können, auch können meine Patentmarken nach meinem neuen System von keiner Konkurrenz nachgemacht werden!  
Verlangen Sie meinen ausführlichen Prospekt.  
Nachschreibungsbock  
**Jean Holze,**  
in Firma: **Jean Holze & Co.,**  
Hamburg, Besenbinderhof Nr. 70  
neben dem Gewerkschaftshaus, Hamburg.

**Das unerwartet ungünstige Osterwetter**  
zwängt mich, das noch nach vielen Tausenden zählende Lager in diesjährigen  
**Frühjahrs-Kostümen** zu jedem nur irgend annehmbaren Preise abzugeben!  
**Die Auswahl ist ganz enorm!! Die Gelegenheit ist selten günstig!!!**  
**Aber Eile ist geboten!!!** Auch meine Bestände in Regen-, Staub-, Gummimänteln, in Paletots, Kimonos, Frauenmänteln, Rücken, Blusen, Kleidern etc.  
sind noch bedeutend im Preise nach folgenden 6 Stufen ermässigt:  
vorher bis M. 15,- bis M. 28,- bis M. 40,- bis M. 60,- bis M. 100,- bis M. 160,- usw.  
auf kurze Zeit M. 4,- M. 8,- M. 10,- M. 14,- M. 25,- M. 40,-  
Jede Dame kann sich für geringes Geld bei mir chic, vornehm und gediegen kleiden!  
**Zur Reisezeit: Reisekostüme und Reisemäntel in jeder erdenklichen Ausführung ganz bedeutend unter Preis!**  
**Uebergangsmäntel,** bisheriger Wert bis M. 20,-, jetzt zu M. 7.50 p. Stück zum Ausschauen!!  
**Gratis: Ein elegantes Kammgarn-Frühjahrs-Jackett** bei Einkauf von M. 20,- an!!!  
Eleg. Trauer-Magazin  
Es ist zweckmäßig, die Einkäufe in meinen Geschäften vormittags zu besorgen, da nachmittags der Andrang zu stark ist.  
Genaue Beachtung der Firma- und Hausnummer im eigenen Interesse geboten!  
Auswahl & Preise konkurrenzlos.  
**Konfektionshaus Westmann,** Hauptgeschäft Berlin W., Mohrenstr. 37a, Eckhaus Koloanoden, und Große Frankfurterstr. 115, 2. Haus an der Andreasstraße.



